

Abgeordnete Frau Becker: Meine Damen und Herren! Ich muß mich gegen die Angriffe des Herrn Abgeordneten Beck wehren. Ich stelle hier fest, daß ich nicht gesagt habe, ich wäre für eine Kostschmälerung, die Kinder litten deswegen keinen Hunger. Ich habe das Wort „Hunger“ überhaupt nicht gebraucht. Aber die Kommunisten überzeugen wollen, heißt Gulen nach Athen tragen. Ich stelle es dem Hause anheim, darüber zu urteilen, was mehr dazu beigetragen hat, Gutes für die Kinder zu erzielen, meine sachliche Arbeit in den Jahren, wo ich hier bin, oder das Schreien und Toben der Kommunisten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen zu Punkt 52. Wer hier für unveränderte Annahme entsprechend dem Ausschußantrage ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Wer zu Punkt 53 für den Antrag des Ausschusses auf Drucksache 124 ist, den bitte ich, sich zu erheben. Auch das ist die Mehrheit.

Dann folgen die Punkte 54, 55 und 56 zusammen. Wer hier entsprechend dem Antrage der Ausschüsse für Ablehnung ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Damit haben wir diesen Punkt erledigt.

Ich rufe nun Punkt 72 auf, wozu bisher eine Wortmeldung nicht erfolgt ist.

Ich frage, ob der Herr Berichterstatter das Wort wünscht. Das ist nicht der Fall.

Ein Widerspruch gegen den Vorschlag des Ausschusses erhebt sich nicht. Dann ist hier unveränderte Annahme beschlossen.

Wir vertagen dann heute die Verhandlungen auf morgen. Ich bitte um die Ermächtigung, alle die-

jenigen Punkte, die von den Ausschüssen schon erledigt sind, aber bisher noch nicht auf der Tagesordnung standen, auf die Tagesordnung zu setzen. Im übrigen bitte ich die Ausschüsse, möglichst bald zusammenzutreten, um die noch nicht von ihnen erledigten Angelegenheiten zu besprechen, und zwar den Ausschuß I für die Drucksachen 132, 133, 140, 141 und 143, den Ausschuß III für die Drucksache 132, den Ausschuß IV für die Drucksachen 130 und 133, den Ausschuß VI für 138 und den Geschäftsordnungsausschuß zur Beratung der Drucksache 145.

Ich möchte bitten, daß die anderen Ausschüsse, wenn es nicht möglich ist, heute abend noch zusammenzutreten, doch morgen früh so zeitig zusammentreten, daß die Drucklegung ihrer Beschlüsse noch erfolgen kann und es jedenfalls noch möglich ist, die Beschlüsse dieser Ausschüsse als Nachtrag zur Tagesordnung zu nehmen. Ist es nicht möglich, jetzt schon festzulegen, wann diese Ausschüsse zusammentreten? Also I., III., IV. und VI. Darf ich mich nicht für ermächtigt halten, vielleicht auf 10 Uhr morgen vormittag diese Ausschüsse zu berufen? (Zustimmung.) Ich nehme an, daß die Vorsitzenden oder in ihrer Abwesenheit die stellvertretenden Vorsitzenden hier sind und mir die Ermächtigung geben. Dann werde ich an der Tafel ansetzen lassen: Ausschüsse I, III, IV und VI morgen früh 10 Uhr, Geschäftsausschuß 10½ Uhr, Ältestenausschuß 10½ Uhr und das Plenum um 11 Uhr. Ich habe auch die Ermächtigung, die Tagesordnung entsprechend festzustellen.

Das Wort ist nicht weiter gewünscht. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß 18 Uhr 6 Minuten.)

Fünfte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Freitag, den 27. März 1931.

(Beginn: 11 Uhr 20 Minuten.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des IV. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Bereitstellung eines Betrages von 50 000 RM für Zwecke der Säuglingsfürsorge.
3. Antrag des IV. Ausschusses zu Kapitel 48 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Jugendwohlfahrt (Landesjugendamt).

In Verbindung hiermit:

- a) Antrag der SPD.-Fraktion auf Erhöhung der Etatsposition Kapitel 48, Titel 1—9, von 400 000 RM auf 800 000 RM;
- b) Antrag der SPD.-Fraktion auf Erhöhung der im Kapitel 48, Titel 10, eingesetzten Summe von 190 000 RM auf 500 000 RM und deren Ueberweisung an die örtlichen Erwerbslosen-

- c) Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend Bereitstellung weiterer Mittel für erwerbslose Jugendliche;
- d) Antrag der SPD.-Fraktion auf Erhöhung des eingesetzten Betrages zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur von 8000 RM auf 20 000 RM.
4. Antrag des IV. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Ueberweisung der für freiwillige Erziehungshilfe in Kapitel 48, Titel 16, eingesetzten Summe an die dissidentische Fürsorge.
5. Antrag des IV. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Ueberweisung des in Kapitel 48, Titel 14, eingesetzten Betrages von 40 000 RM an die Freidenkeryugend und die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit.
6. Antrag des IV. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Aufstellung einer Nach-

weisung über alle mit gewerblichen oder sonstigen Arbeiten beschäftigten Kinder unter 14 Jahren.

7. Antrag des IV. und I. Sachausschusses zu Kapitel 59, Titel 2 und 3, des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Fürsorge für kinderreiche Familien.

In Verbindung hiermit:

- a) Antrag der Zentrumsfraktion, betreffend Erhöhung des im Kapitel 59, Titel 2, eingelegten Betrages von 200 000 RM, betreffend Maßnahmen für kinderreiche Familien, auf 250 000 Reichsmark;
 - b) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des im Kapitel 59, Titel 2, eingelegten Betrages auf 500 000 RM zur Fürsorge für kinderreiche Familien.
8. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Nachprüfung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Gesetzes zur Bekämpfung von Schmutz- und Schundliteratur.
9. Antrag des V. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend

1. den Antrag der KPD.-Fraktion, dem Provinziallandtag eine Aufstellung über die dem Caritasverband und anderen Organisationen in den letzten Jahren überwiesenen Mittel vorzulegen;
2. den derzeitigen Stand der vom Provinzialverband der Rheinprovinz für Anstalten und Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege übernommenen Bürgschaften und der beim preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt zur Weiterleitung an Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege aufgenommenen Darlehen;
3. die im Jahre 1930 auf Grund der dem Provinzialausschuß durch den 77. Provinziallandtag erteilten Ermächtigung übernommenen Bürgschaften und Darlehen;
4. erneute Ermächtigung des Provinzialausschusses, im Rechnungsjahre 1931 Darlehen zur Weiterleitung an Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege aufzunehmen.

In Verbindung hiermit:

Antrag der KPD.-Fraktion auf Kündigung aller dem Caritasverband und anderen Organisationen gewährten Darlehen und Bürgschaften.

10. Antrag des V. Sachausschusses
1. zu Kapitel 41 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Besserungswesen sowie Pflege- und Sickenwesen; hierzu Unterhaushaltspläne:
 - a) der Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler (Anlage 4),
 - b) der Provinzial-Heilstätte Sichtenhain (Anlage 5),
 2. zu Kapitel 50 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Wandererfürsorge.
11. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 44 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Fürsorge für Krüppel; hierzu der Unterhaushalts-

plan der orthopädischen Provinzial-Kinderheilanstalt in Süchteln (Anlage 6).

12. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 42 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Fürsorge für Geisteskranke, Idioten und Epileptische; hierzu die Unterhaushaltspläne:
- a) der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten (Anlage 1),
 - b) der Provinzial-Kinderanstalt für seelisch Abnorme in Bonn (Anlage 2),
 - c) des Provinzial-Psychopathenheimes und Heilerziehungsheimes für Fürsorgezöglinge in Düren (Anlage 3).
13. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 43 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Fürsorge für Taubstumme und Blinde, einschließlich des Bildungswesens; hierzu die Unterhaushaltspläne:
- a) des Provinzial-Taubstummenheimes in Eschkirchen (Anlage 9),
 - b) der Provinzial-Taubstummenanstalten (Anlage 8),
 - c) der Provinzial-Blindenunterrichtsanstalten (Anlage 10).
14. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Errichtung eines Neubaus der Provinzial-Taubstummenanstalt in Aachen.

15. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 45 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene.

In Verbindung hiermit:

- a) Antrag der KPD.-Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 1,25 Millionen RM zur Finanzierung von Winterhilfsmaßnahmen zugunsten der Kriegsoffer;
 - b) Antrag der KPD.-Fraktion, bei Darlehen und Unterstützungen aus Kapitel 45 (Kriegsbeschädigtenfürsorge) zu fordern, daß Tariflöhne gezahlt, die Arbeitszeit auf 5 Stunden täglich verkürzt und das Recht auf Wahl von Betriebsvertretungen zugestanden wird;
 - c) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des bei Position Kapitel 45, Titel 6 (Kriegsbeschädigtenfürsorge), vorgesehenen Betrages für Einzeldarlehen einschl. Baudarlehen auf 500 000 RM;
 - d) Antrag der KPD.-Fraktion auf Einstellung eines Betrages von 5 Millionen RM in den Haushalt Fürsorge für Kriegsbeschädigte zwecks Förderung des kommunalen Wohnungsbaues für Kriegsoffer;
 - e) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung der Position Kapitel 45, Titel 4b, „Erziehungsbihilfen“ im Haushaltsplan Fürsorge für Kriegsbeschädigte auf 150 000 RM.
16. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 47 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Hebammenlehrwesen; hierzu der Unterhaushaltsplan der Provinzial-Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Wuppertal (Anlage 11).
17. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über die

Verwendung des für außerordentliche Zwecke des Straßenbaues für größere Bauausführungen an den Provinzialstraßen bereitzustellenden Anleihebetrages von 1 050 000 RM.

In Verbindung hiermit:

Antrag der KPD.-Fraktion, zur Verbesserung der Durchfahrt der Provinzialstraße in Vallendar die von der Stadtverwaltung Vallendar einstimmig vorgeschlagene Umgehungsstraße zu bauen.

18. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Bewilligung eines Zuschusses an die Stadt Koblenz zum Bau einer zweiten Moselbrücke in Koblenz.

In Verbindung hiermit:

Antrag der KPD.-Fraktion, betreffend Ueberwachung der Arbeiten beim Bau der zweiten Moselbrücke in Koblenz durch die Provinzialverwaltung und Gestellung von besonderen Bedingungen an die die Arbeiten ausführenden Unternehmer.

19. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über den Stand der Bauarbeiten und der Baukosten der Kraftwagenstraße Bonn — Köln — Düsseldorf — Industriegebiet.

In Verbindung hiermit:

Antrag der KPD.-Fraktion, betreffend Entziehung aller der Firma Lindemann in Köln durch die Provinzialverwaltung erteilten Aufträge.

20. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Uebernahme der Unterhaltungspflicht von Brücken durch den Provinzialverband.
21. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Gewährung eines Zuschusses von 50 000 RM an die Gemeinde Alsdorf für den Bau der Annastraße.
22. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf sofortige Inangriffnahme der Arbeiten zum Bau einer Umgehungsstraße „Zülicher Straße“ Aachen bis Neufen.
23. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Regulierung der Kurve an der Wurmbücke der Provinzialstraße Aachen — Krefeld.
24. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betreffend Ausbau der Straße zwischen Bosheln und Alsdorf und Uebernahme dieser Straße in die Unterhaltung der Provinz.
25. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Stellungnahme zu dem Beschlusse des letzten Provinziallandtages, betreffend Uebernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes.
26. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Stand des Ausbaues und der Uebernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes.
27. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage des Provinzialausschusses zur Denkschrift über den

Ausbau und die Unterhaltung eines rheinischen Kreiswegenebes durch planmäßige Verwendung der Kraftfahrzeugsteuer in Zusammenarbeit zwischen Provinzialverwaltung und Landkreisen.

28. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betreffend Anlegung von Radfahrwegen an der Provinzialstraße Aachen — Linnich zwischen Würfelen und Baesweiler.
29. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage des Kartells der christlichen Gewerkschaften des Kreises Monschau auf Zurverfügungstellung von Mitteln zur Weiterführung der Umgehungsstraße im Kreise Monschau von Röttgen bis zur Schleidener Landstraße.
30. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP. dahingehend, im Verkehrsinteresse der Rheinprovinz und zur Unterstützung der rheinischen Luftverkehrslinien sowie der rheinischen Flughäfen 100 000 RM zu genehmigen.

31. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, bei der Herstellung und Erhaltung der Provinzialstraßen nur Materialien zu verwenden, die ganz oder zum überwiegenden Teile aus inländischen, möglichst rheinischen Rohstoffen hergestellt sind.

32. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion auf bevorzugte Berücksichtigung der unmitttelbaren Grenzkreise in den Höhegebieten der Regierungsbezirke Trier und Aachen bei der Verteilung der Mittel für den Kreis- und Gemeindegewebbau und für die Uebernahmestraßen.

33. Antrag des III. Sachausschusses zu Kapitel 20—29 und 120 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Verkehrswesen.

34. Antrag des VI. Sachausschusses zu Kapitel 61 und 62 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Denkmalpflege und Naturschutz.

In Verbindung hiermit:

Antrag der KPD.-Fraktion auf Streichung sämtlicher Mittel für Zwecke der Denkmalpflege.

35. Antrag des VI. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Verteilung der unter Abschnitt VI, Kulturpflege, Kapitel 61, Titel 12, des Haupthaushaltsplanes für 1931 vorgesehenen Mittel im Betrage von 140 000 RM.

36. Antrag des VI. Sachausschusses zu Kapitel 63 und 64 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Museen und Heimatpflege; hierzu Unterhaushaltsplan der Provinzialmuseen (Anlage 19).

37. Antrag des VI. Sachausschusses zu Kapitel 65, 66 und 69 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Förderung der Wissenschaft, Volksbildungswesen pp.

In Verbindung hiermit:

a) Antrag der KPD.-Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 10 000 RM in Kapitel 65 für „Marxistische Arbeitsschule“.

b) Antrag der KPD.-Fraktion auf Ueberweisung des im Etat Kapitel 66, Volksbildungswesen, eingefetzten Betrages von 35 000 RM an die Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (Ika),

- c) Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Streichung des im Kapitel 69, Titel 3, für die Wandertheater vorgesehenen Betrages von 9000 RM.
38. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betreffend Notprogramm für die auf das äußerste gefährdete rheinische Grenzprovinz.
39. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Aufstellung und Durchführung eines umfassenden Notstandsprogramms.
40. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Milderung der Arbeitslosigkeit.
41. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Finanznot der Gemeinden und Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge.
42. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Uebernahme der Kosten für die Wohlfahrtserwerbslosen auf Reich und Staat.
43. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Forderung eines Reichszuschusses für die Reichsnappschafft.
44. Antrag des I. Ausschusses zur Entschließung der Fraktion der Wirtschaftspartei, betreffend Wiedervereinigung von Cuxen und Malmedy mit dem Reiche.
45. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Ueberweisung von 50 000 RM an die internationale Arbeiterhilfe zur Unterstützung der Familien streikender Arbeiter.
46. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Bereitstellung eines Betrages von 50 000 RM für die Rote Hilfe.
47. Antrag des I., II., III. und V. Ausschusses zum außerordentlichen Haushaltsplan für 1931.
48. Antrag des I. Ausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Aufnahme einer Anleihe von 7 327 800 RM.
- In Verbindung hiermit:
Antrag des I. Ausschusses zu
- a) dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Erhöhung der Anleihe von 7 327 800 RM auf 15 Millionen RM und
- b) dem Antrage der SPD.-Fraktion, von den beantragten 15 Millionen RM 10 Millionen RM zur Unterstützung des Kreis- und Gemeindewegebaues zur Verfügung zu stellen.
49. Antrag des I. Ausschusses zu Kapitel 1—9 und 100 des ordentlichen Haushaltsplans für 1931, betreffend Finanzverwaltung.
50. Antrag des I. Ausschusses zum Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für 1931 nebst Vorbericht hierzu.
51. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der Fraktion Arbeitsgemeinschaft, betreffend Vermeidung von Fehlbeträgen im Rechnungsjahr 1931.
52. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der Fraktion der Wirtschaftspartei, betreffend Regelung einer anderweitigen Besteuerung der Kraftfahrzeuge.
53. Anträge auf Entlastung von Rechnungen.
Antrag des I. Ausschusses,
Antrag des II. Ausschusses,
Antrag des III. Ausschusses,
Antrag des IV. Ausschusses,
Antrag des V. Ausschusses,
Antrag des VI. Ausschusses.
54. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betreffend Auflösung des Provinziallandtages und Ausschreibung von Neuwahlen.
55. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betreffend Einbau einer Radioanlage im Sitzungssaale des Ständehauses.
56. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Ausstellung von Ausweisen für die Provinziallandtagsmitglieder zum Besuche der Provinzialanstalten pp.

Nachtrags-Tagesordnung:

57. Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, betreffend Änderung des § 12 der Geschäftsordnung des Provinziallandtages.
58. Antrag des I. Ausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei auf Herabsetzung des bei Kapitel 9, Titel 2, des ordentlichen Haushaltsplanes — Ausgaben — für 1931 vorgesehenen Betrages von 358 768 RM auf 200 000 RM.
59. Antrag des I. Ausschusses zu dem Entschließungsantrage der Wirtschaftspartei, bei Staat und Reich auf Abänderung der Bestimmungen über die Vergebung der Hauszinssteuer-Hypotheken hinzuwirken.
60. Antrag des III. und I. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion zur Linderung der Arbeitslosigkeit der Steinbrucharbeiter die aus dem außerordentlichen Haushalt für 1930 (Straßenbau) noch aufzunehmenden Anleihemittel in Höhe von 3 400 000 RM für die Herstellung von Kleinpflaster in 1931 zu verwenden.
61. Antrag des IV. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Einführung eines 9. Schuljahres.
62. Antrag des IV. und I. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Wiederherstellung des bisher im Etat eingeseht gewesenen Betrages von 200 000 RM für Gesundheits- und Erholungsfürsorge für Kinder Nichtversicherter.
63. Antrag des VI. Ausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Aufhebung des Beschlusses des Provinziallandtages, nach welchem unter „Kulturpflege“ nur Organisationen unterstützt werden dürfen, die von Reich und Staat anerkannt sind.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte, Platz zu nehmen und die Türen zu schließen.

Meine Damen und Herren! Die Niederschrift über die gestrige Sitzung liegt hier auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen. Schriftführer für die heutige Sitzung sind zunächst die Herren Abgeordneten Dr. Dichgans und Andres.

Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Es bleibt bei der Zusammenfassung, die wir gestern vorgenommen haben. Zusammengefaßt werden die Punkte 2 bis 8 der Tagesordnung und dazugekommen von der Nachtragstagesordnung die Punkte 61 und 62; das sind die Drucksachen 130 und 133. Die Redezeit bleibt 20 Minuten.

Punkt 9 bleibt für sich.

Die Punkte 10 bis 14 werden zusammengefaßt. Die Redezeit ist 10 Minuten.

Punkt 15 bleibt für sich, ebenso 16, mit je 5 Minuten.

Die Punkte 17 bis 33 werden zusammengefaßt; Redezeit 25 Minuten.

Ebenso die Punkte 34 bis 37, damit zusammen der Punkt 63 der Nachtragstagesordnung, Drucksache 138, 20 Minuten.

Dann 38 bis 40, 10 Minuten,

41 bis 43, 10 Minuten,

44 für sich, 5 Minuten.

45 und 46, Uebergang zur Tagesordnung; da braucht keine Redezeit festgesetzt zu werden.

47 bis 52, 15 Minuten.

53, 54, 55 und 56 bleiben für sich mit je 5 Minuten.

Auf die Nachtragstagesordnung (Zuruf: Die liegt noch nicht vor!) ist noch gesetzt:

Als Nr. 57 der Antrag des Geschäftsausschusses zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, betreffend Aenderung des § 12 der Geschäftsordnung des Provinziallandtages. — Der Vorstand schlägt Ihnen hier 5 Minuten Redezeit vor.

Als Nr. 58: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei auf Herabsetzung des bei Kapitel 9, Titel 2, des ordentlichen Haushaltsplanes — Ausgaben — für 1931 vorgesehenen Betrages von 358 768 RM auf 200 000 RM. Das ist mit den Punkten des IV. Sachausschusses zu verhandeln, würde also noch mit Punkt 2 bis 8 verbunden werden.

Punkt 59: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Entschließungsantrage der Wirtschaftspartei, bei Staat und Reich auf Abänderung der Bestimmungen über das Vergeben der Hauszinssteuer-Hypotheken hinzuwirken, bleibt für sich.

Punkt 60: Antrag des III. und I. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Notlage der Steinindustrie, wird verbunden mit den Punkten des III. Sachausschusses, also 17 bis 33. Dazu gehört die Drucksache 132.

Damit sind auch die Punkte, die bisher noch nicht auf der Tagesordnung standen, geschäftsordnungsmäßig erledigt, wenn sich kein Widerspruch erhebt.

Zur Geschäftsordnung Herr Glier.

Abgeordneter Glier: Wir erheben schärfsten Protest dagegen, daß die Punkte 45 und 46 durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden sollen. Das Urteil über den Provinziallandtag ist bei der arbeitenden Bevölkerung bereits gefällt. Aber damit, daß hier in einer solchen Weise über zwei derartige Anträge entschieden wird, zeigt sich, daß der Provinziallandtag nichts weiter ist als ein Stück des brutalsten Unterdrückungsterrors der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft. Damit hat sich der Provinziallandtag an die Seite der Klassenjustiz und des blutigen Polizeiterrors in Deutschland gestellt.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Herr Abgeordneter, das hat mit der Geschäftsordnung nichts zu tun. (Zuruf des Abgeordneten Glier: Aber ich hab's gesagt!)

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Melzheimer.

Abgeordneter M e l z h e i m e r: Mir ist aufgefallen, daß die Drucksache 137, ein Antrag der Zentrumsfraktion:

„Der Provinziallandtag beauftragt den Landeshauptmann, bei der Reichs- und Staatsregierung zu beantragen, daß beschleunigt die wirtschaftliche Lage der Winzer geprüft werde“

bei der Erläuterung der Tagesordnung nicht in die Erscheinung getreten ist. Ich möchte fragen, ob das behandelt wird. (Zuruf: Zurückgezogen!) Zurückgezogen? Danke sehr. Ich wollte damit nicht etwa zum Ausdruck bringen, daß ich gegen den Antrag Stellung nehmen will.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle fest, daß Sie den Vorschlägen des Kleinstenrates folgen. Aber ich bitte doch, um die Dreiviertelmehrheit festzustellen, diejenigen, sich zu erheben, die für die Festsetzung der Redezeit nach dem Vorschlage des Kleinstenrates sind. — Das ist die Mehrheit.

Damit die Rednerliste vollständig und richtig geführt werden kann, bitte ich, sich heute zu den einzelnen Punkten von neuem zu melden, denn die gestrige Rednerliste gilt nicht mehr.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Zu Punkt 1 ist nichts zu bemerken.

Punkt 2: Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Bereitstellung eines Betrages von 50 000 RM für Zwecke der Säuglingsfürsorge. Berichterstatterin ist Fräulein Boecklen.

Abgeordnete Fräulein Boecklen: Meine Herren und Damen! Der IV. Sachausschuß hat sich zu seinem Bedauern genötigt gesehen, den eben verlesenen Antrag der SPD. abzulehnen, da die Mittel nicht vorhanden sind.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Wortmeldungen liegen nicht vor. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Zu 2 liegt eine Wortmeldung vor!) Wir wollen zunächst die Berichterstattung zu den vereinigten Punkten 2 bis 8 der Tagesordnung und 58, 61 und 62 der Nachtragstagesordnung hören.

Zu Punkt 3 ist Berichterstatterin Frau Schumacher-Röhl.

Abgeordnete Frau S c h u m a c h e r - R ö h l: Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier um den Etat des Landesjugendamtes „Jugendwohlfahrt“, der die beiden Gebiete der Jugendfürsorge und der Jugendpflege umfaßt. Der IV. Sachausschuß hat mich beauftragt, zum Ausdruck zu bringen, daß die doch immerhin bedeutenden Kürzungen gerade dieser Etatspositionen ganz außerordentlich zu bedauern sind.

Im einzelnen lagen zu einigen der Vorschläge Anträge vor. Der Punkt Titel 2 des Kapitels 48: Gesundheits- und Erholungsfürsorge für Kinder Nichtversicherter, ist gekürzt von 200 000 RM auf 150 000 RM. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß gerade diese Kürzung sehr schmerzhaft ist, weil es sich um Kinder handelt, die durch andere Maßnahmen, insbesondere durch Versicherungen, nicht erfaßt werden.

Zu diesem Punkt hat die Sozialdemokratische Partei den Antrag eingebracht, die Position auf den bisher eingesetzten Betrag von 200 000 RM wieder zu erhöhen. Im IV. Sachausschuß ist beschlossen worden, zu beantragen, daß der Betrag auf möglichst 200 000 RM zu erhöhen ist und daß die Mittel aus den aufgelösten Fonds zu entnehmen und, soweit das nicht möglich ist, durch Ausgleich der einzelnen Positionen dieses Etats selbst zu bestreiten sind.

Die kommunistische Fraktion hatte den Antrag eingebracht, Titel 1 bis 9 dieses Etats von 400 000 RM auf 800 000 RM zu erhöhen. Deckungsvorschläge waren nicht gemacht. Der IV. Sachausschuß schlägt vor, diesen Antrag abzulehnen.

Besonders besprochen wurde dann noch der Titel 10 des Haushaltsplanes: Förderung der Einrichtungen der Jugendpflege und der Jugendbewegung, insbesondere Maßnahmen zur Betreuung erwerbsloser Jugendlicher. Hierzu liegen gleichfalls Anträge vor: Der weitestgehende Antrag war der der kommunistischen Fraktion, den Betrag von 190 000 RM auf 500 000 RM zu erhöhen und die Gelder den Erwerbslosenaus-schüssen an den einzelnen Orten zu überweisen. Der Ausschuß beantragt Ablehnung dieses Antrages.

Dann liegt vor ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der darauf hinweist, daß man erst in den Anfängen sei bezüglich der Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen. Er will diese Position um 100 000 RM erhöhen. Dieser Antrag hat nach der Besprechung im Ausschuß Abänderungen erfahren. Zunächst hat der Ausschuß beschlossen, daß von den eingesetzten 190 000 RM mindestens 100 000 RM für die Zwecke der Betreuung der erwerbslosen Jugend zu nehmen sind. Ferner ist mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen worden, weitere 50 000 RM hier einzusetzen und diesen Betrag den aufgelösten Fonds zu entnehmen.

Es liegt dann noch vor ein Antrag der kommunistischen Fraktion, den zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur eingesetzten Betrag von 8000 RM auf 20 000 RM zu erhöhen und zur Aufklärung der Jugendlichen zu verwenden. Eingeklammert ist das Wort „Sexualproblem“. Der Ausschuß hat diesen Antrag abgelehnt.

Besondere Aufmerksamkeit erfuhr noch der Titel 16, der sich mit der freiwilligen Erziehungshilfe befaßt und auf den auch hier schon mehrfach hingewiesen wurde. Es handelt sich hier um die Betreuung solcher Kinder, die zwar subjektiv nicht verwahrlost sind, aber in einem Milieu leben, das sie schwer schädigt. Diese Kinder können nach der geltenden Rechtsprechung nicht der Fürsorgeerziehung überwiesen werden, sondern sie fallen der Fürsorge der Bezirksfürsorgewerbenände anheim. Da diese zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen heute vielfach nicht in der Lage sind, hat die Provinz hier dankenswerterweise eingegriffen. Für die Notwendigkeit dieser Hilfe spricht die Tatsache, daß die Zahl der betreuten Kinder seit dem 1. April des vorigen Jahres sich mehr als verdoppelt hat, so daß der Ausschuß den Wunsch ausgesprochen hat, diese Einrichtung möglichst zu fördern.

Außerdem hat sich der IV. Sachausschuß mit dem Antrage befaßt, der Ihnen unter Nr. 99 der Drucksachen vorgelegt wird und der die Beschränkung der Ausgaben vorsieht für den Fall, daß die Einnahmen

den Ansätzen nicht entsprechen. Der IV. Sachausschuß war der Meinung, daß sich diese Einschränkung unter keinen Umständen auf die Aufgaben beschränken dürfe, die allerdings auch als freiwillige Aufgaben der Provinz in diesem Etat gekennzeichnet sind, insbesondere daß eine Kürzung unbedingt vermieden werden müsse auf den Gebieten der freiwilligen Erziehungshilfe, der Müttererholungsfürsorge und der Gesundheits- und Erholungsfürsorge für Kinder Nichtversicherter.

Im übrigen empfiehlt der IV. Sachausschuß die Annahme des Etats.

Vorsitzender Dr. Farres: Mitberichterstatter zu Antrag 3c ist Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Meine Damen und Herren! Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, Drucksache 40, betreffend Vermehrung der Mittel zur Betreuung von erwerbslosen Jugendlichen, konnte im Sachausschuß I wegen der vorgeschlagenen Deckung eine Zustimmung nicht finden. Die Deckung sollte gemäß Drucksache 40 aus den Positionen 12 bis 20 der sachlichen Bedürfnisse der Denkmalpflege genommen werden, was nicht möglich ist, weil diese Positionen im Sachausschuß VI nicht gekürzt worden waren. Inzwischen ist dann im Sachausschuß IV der Antrag mit einem anderen Deckungsvorschlag angenommen worden. Es wird vorgeschlagen, den Betrag zu erhöhen, falls verfügbare Mittel aus der Auflösung von Fonds und Konten über den bereits bewilligten Betrag von 50 000 RM für Maßnahmen für kinderreiche Familien hinaus bei Kapitel 100 zur Verfügung bleiben. Der Sachausschuß I hat geprüft, daß Mittel hierfür zur Verfügung sind. Er empfiehlt Ihnen daher die Annahme.

Zu Punkt 7a, Drucksache 48, der Zentrumsfraktion, empfiehlt der Sachausschuß I die Fassung der Drucksache 126:

„Der Provinziallandtag wolle Kapitel 59, Titel 2 und 3, annehmen mit der Maßgabe, daß entsprechend dem Antrage der Zentrumsfraktion an Stelle des bei Titel 2 eingesetzten Betrages von 200 000 RM ein solcher von 250 000 RM eingesetzt wird und zum Ausgleich Kapitel 100, Titel 1, auf 800 000 RM erhöht wird.“

Hier bittet der Sachausschuß I um Annahme.

Zu Punkt 7b, Drucksache 70, Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung des zur Fürsorge für kinderreiche Familien eingesetzten Betrages auf 500 000 RM schlägt Sachausschuß I Ablehnung vor.

Vorsitzender Dr. Farres: Zu Punkt 4 (Drucksache 125) ist Berichterstatterin Frau Becker.

Abgeordnete Frau Becker: Meine Damen und Herren! Im Haushaltsplan des Landesjugendamtes, Kapitel 48, Titel 16, sind 450 000 RM, 50 000 RM mehr als voriges Jahr, für freiwillige Erziehungshilfe eingesetzt worden. Nun hatten die Kommunisten einen Antrag gestellt, diese Summe der dissidentischen Fürsorge zuzuführen. Die kommunistische Fraktion ging aber dabei von einer falschen Voraussetzung aus. Sie glaubte, daß diese Summe den Spitzenorganisationen der freien Wohlfahrtspflege zugeführt würde. Nach einer Aufklärung durch die Verwaltung haben sie ihren Antrag für erledigt erklärt.

Vorsitzender Dr. Farres: Zu den Punkten 5 und 6, Antrag 65 und 66, ist Berichterstatter Herr Dr. Müller.

Abgeordneter Dr. Müller: Meine Damen und Herren! Der IV. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, diese beiden Anträge abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Farres: Zu Punkt 8, Antrag 109, ist Berichterstatter Herr Elfs.

Abgeordneter Elfs: Meine Damen und Herren! Der Antrag, der Ihnen auf Drucksache 109 vorliegt, beabsichtigt zunächst, Ihr Interesse auf die Zustände zu lenken, die sich in der Deffentlichkeit herausgebildet haben, auf die erschreckende Zunahme des Dirnenwesens und die steigende Flut der Schund- und Schmutzschriften im Handel und vor allen Dingen in den Fensterauslagen.

Der Antrag will sodann der Provinzialverwaltung, insbesondere dem Landesjugendamt, ein Wort des Dankes und der Anerkennung sagen für die bisher geleistete Arbeit, um Provinzialverwaltung und Jugendamt damit zu ermuntern, auf dem bisherigen Wege fortzufahren.

Schließlich will der Antrag das Interesse auf die Gesetzgebung lenken, auf die einschlägigen Gesetze, insbesondere auf das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und das Gesetz zur Bewahrung der Jugendlichen vor Schund- und Schmutzschriften. In Fachkreisen, in allen Kreisen, die sich mit der Auswirkung dieser Gesetze beschäftigen, liegen eine ganze Reihe Anregungen und Erfahrungen vor. Der Antrag will, daß die Provinzialverwaltung bei den in Betracht kommenden Reichs- und Landesstellen die erforderlichen Schritte tut, damit die Gesetze auf Grund der bisher gewonnenen Erfahrungen und Beobachtungen einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Der Provinzialausschuß und der IV. Sachausschuß empfehlen den Antrag zur Annahme.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort in der Beratung hat Herr Abgeordneter Beck.

Abgeordneter Beck: Meine Fraktion hat zu dem vorliegenden Punkte der Tagesordnung eine Reihe von Anträgen gestellt, u. a., den eingesehten Betrag von 190 000 RM zur Einrichtung der Jugendpflege und Betreuung erwerbsloser Jugendlicher auf 500 000 RM zu erhöhen, mit dem Zusatz, daß die Gelder an die Erwerbslosenausschüsse gegeben werden, um von dort Verwendung zu finden. Wir ließen uns dabei von dem Grundsatz leiten, daß nach den Angaben des Landesjugendamtes — ich erinnere mich jedenfalls an eine Sitzung des Landesjugendamtes, wo davon die Rede war — zirka 75 Prozent der erwerbslosen Jugendlichen von keiner karitativen oder sonst einer Jugendorganisation erfaßt werden. Ich habe mich damals schon auf den Standpunkt gestellt, daß diese Jugendlichen am besten und zweckmäßigsten von den Erwerbslosenausschüssen erfaßt werden, weil dort auch am meisten ihre Interessen gewahrt werden. Der Antrag wird ja zur Ablehnung empfohlen.

Die Sozialdemokratie hatte in Anbetracht der Not der Jugendlichen ebenfalls unter Drucksache 40 einen Antrag eingebracht, die Position 110 für Jugendpflege um 100 000 RM zu erhöhen und die Ausgaben hierfür aus den Bedürfnissen der Denkmalspflege zu entnehmen. Allerdings muß man, wenn man nachher den Rückzieher der Sozialdemokratie sieht, der auf Drucksache 144 zum Ausdruck kommt, wo es heißt: — „Der Antrag wird von den Antragstellern vorläufig

zurückgezogen. Der Provinziallandtag wolle statt dessen beschließen usw.“ — zu der Auffassung gelangen, daß der erste Antrag nichts anderes war als ein Agitationsantrag und geboren wurde aus den Umständen, in denen sich heute die Sozialdemokratische Partei befindet, von der die „Wiener Arbeiterzeitung“ — beileibe kein kommunistisches, sondern ein sozialdemokratisches Organ — selbst sagte, daß es der Sozialdemokratie in Deutschland heute schwieriger gemacht wird, die Massen zu betrügen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Zu betrügen?) Von diesem Gesichtspunkte aus muß man diesen Rückzieher betrachten. Wir fagen ganz offen: Der Antrag der SPD., die Erhöhung der Summe um 100 000 RM einzusetzen, war ein regelrechter Agitationsantrag. Ihnen ging es gar nicht darum, für diesen Antrag wirklich auch bis zur letzten Konsequenz einzutreten.

Ich habe hiermit gleich zu verbinden, daß all' die Mittel, die gerade im letzten Jahre seitens des Landesjugendamtes an die einzelnen Organisationen gegeben wurden, praktisch heute schon Mittel sind, die zu einer Arbeitsdienstplicht aufgewendet werden. Fragen Sie die Jugendlichen, die gezwungen wurden, auf die Sportplätze oder zu den sonstigen Veranstaltungen zu gehen, die mit den Mitteln des Landesjugendamtes durchgeführt wurden, ob sie nicht bereits den ersten Schritt zur Durchführung der sowohl von den Nationalsozialisten wie der Wirtschaftspartei und heute bereits auch von großen Teilen des Zentrums anerkannten Arbeitsdienstplicht darstellen. Wir Kommunisten wehren uns ganz entschieden dagegen, daß man erneut auf diese Art versucht, die proletarische Jugend zu militarisieren. (Zuruf der Abgeordneten Gerlach und Steinbüchel: Und in Rußland?) Wenn hier der Einwurf „Rußland“ gemacht wird, so bitte ich Sie nachzulesen, was die bürgerliche Presse selbst feststellen mußte, daß eine Delegation aus Amerika, die die Verhältnisse, von denen Sie (zu den Sozialdemokraten) vorher schrieb: „Zwangsarbeit und nochmals Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion studiert hat, zu einer gegenteiligen Auffassung gekommen ist, als Sie sie in Ihrer Presse zum Ausdruck bringen. Bekanntlich übertrifft ja die sozialdemokratische heute selbst den Generalanzeiger in Schwindelmeldungen über Sowjetrußland. (Zuruf des Abgeordneten Wikard: Sie fagen die Wahrheit!)

Wir haben ferner beantragt, daß eine größere Summe für kinderreiche Familien eingeseht wird. Auch dafür haben das Zentrum und die übrigen Parteien kein Verständnis, weil es ihnen nicht darum geht, irgendwie den Minderbemittelten, denen, die wirklich Not leiden, zu helfen, sondern, weil auch dieses Parlament in erster Linie die Aufgabe zu erfüllen hat, denen, die schon genug haben, noch mehr zuzuschmeißen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Die Zentrumsfraktion hat einen Entschließungsantrag eingebracht, der in seinem ersten Satz lautet: „Der Provinziallandtag erkennt dankbar an, daß die Provinzialverwaltung, besonders das Landesjugendamt, in verdienstvoller Weise gegen die steigende sittliche Volksnot ankämpft.“ Wir haben auch zur Frage der Bekämpfung von Schund und Schmutz erneut eine Reihe von Mängel aufzuzeigen, die wiederum beweisen, daß an einer ganz verkehrten Stelle Schund und Schmutz bekämpft werden. Damit möchte ich nicht

sagen, daß wir irgendwie jene Schundromane decken, die Gift darstellen. Aber es wäre wohl zweckmäßig, in den eigenen Reihen erst einmal den Mist wegzufahren, ehe man darangeht, vor des Nachbarn Tür zu fegen.

Ich darf vorausschicken, daß das Landesjugendamt der Rheinprovinz auch in diesem Jahre für sich in Anspruch nehmen kann, am trefflichsten — natürlich nach Ihrer Auffassung — in der Bekämpfung von Schund und Schmutz vorgegangen zu sein. Auch dieses Jahr hat die Rheinprovinz wiederum das Verdienst, daß sie führend war in der Zahl der beantragten Vorgehen gegen bestimmte Bücher, Zeitschriften und dergleichen.

Wozu das führt, dafür ein Beispiel: Es kam vor kurzem ein Tonfilm heraus: „Das Lied vom Leben“. Dieser Tonfilm wurde verboten. In der Begründung hieß es, daß nach dem Gutachten der Film unweigerlich zersekend auf die Familie wirke, weil man aus den Vorgängen des Filmitreibens nicht deutlich ersehen könne, ob das junge Paar, das im Mittelpunkt der Handlung steht, auch wirklich ehelich getraut ist. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Also, weil aus dem Film nicht hervorging, daß das Paar in die Kirche gegangen ist und sich dort die Bescheinigung geben ließ, daß es ehelich getraut ist, deswegen wirkt dieser Film zersekend.

Ein anderes Beispiel: Im Kreis Oppeln in Oberschlesien gehen meine Fraktionsfreunde dazu über und schlagen den Papstbrief über die Ehe an. Und was geschieht? Man verbietet den Anschlag; man geht gegen unsere Genossen vor, weil sie „Schweineerei“ angeschlagen haben. (Hört, hört! bei den Kommunisten. Zuruf links: Das ist kennzeichnend!) Ich glaube, man braucht nicht zu untersuchen, wer die Schweineerei begangen hat. Hier wird derjenige gepakt, der die Sache angeschlagen hat. Aber wer hat, um mit den Worten dieser Leute zu sprechen, die „Schweineerei“ geschrieben? Urteilen Sie selbst darüber.

In denselben Rahmen gehört ein anderer Vorgang, der sich in unserer nächsten Umgebung abgespielt hat. — Ihr Herren vom Zentrum, paßt besonders gut auf, Euch geht das besonders an, was hier in den Schriftstücken aus dem Missionshaus für auswärtige Mission von Stehl zum Ausdruck kommt — 1913 starb im Herz-Jesu-Kloster in Neuß ein Fräulein Gertrud Schmitz. Dieses Fräulein, das einige Spargelder hatte, hatte in ihrem Testament zum Ausdruck gebracht, daß dafür 250 hl. Messen gelesen werden sollten. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Nun schließt hier dieses Schreiben — ich will nur den letzten Absatz vorlesen — mit folgenden Worten: „Nun ist das Spargeld des Fräulein Gertrud Schmitz auf 92,07 RM aufgewertet worden, weil inzwischen die Inflationszeit kam. Wenn Sie und die übrigen Verwandten Ihre Zustimmung geben, wollen wir die 92,07 RM übernehmen und uns gegenüber dem Amtsgericht in Neuß verpflichten, 60 hl. Messen in der Meinung des Frä. Schmitz zu lesen, um damit deren letzten Willen nach Möglichkeit zu erfüllen.“ Also, das Fräulein hat in seinem Testament in seinem letzten Willen 250 hl. Messen gewünscht. Aber der Betrag reicht nach der Meinung der Kirche nicht aus, und so werden eben nur 60 Messen dafür gelesen. (Lachen bei den Kommunisten.) Ich überlasse es Ihnen, zu be-

urteilen, wie man das sonst im gewöhnlichen Leben nennt. Sie wissen, es gibt einen Paragraphen, den Sie besonders scharf zur Zeit gegen die Kommunisten anwenden, und ich habe keine Ursache, Ihnen den billigen Gefallen hier zu tun. Aber jeder einsichtige, jeder ehrliche Mensch wird ohne weiteres seine Schlüsse aus einem derartigen Verhalten ziehen. Er wird erkennen, daß auch die Kirche eine Einrichtung ist, wie sie es stets war, die nach denselben Grundsätzen arbeitet wie jedes kapitalistische Unternehmen. (Zuruf des Abgeordneten Adams: Das ist ja un wahr! — Zuruf des Abgeordneten Mohl: Es geht nur um den Profit!)

Wir haben alle diese Anträge gestellt, weil wir die Meinung vertreten, daß man nicht durch derartige rigorose Maßnahmen irgendwie versuchen kann, den Schund und Schmutz zu bekämpfen. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß man nur durch eine richtige, planmäßige Aufklärung, nicht durch ein feiges Mädelertum die Jugend vor Schmutz und Schund bewahren kann. Wir sind der Auffassung, daß ein Jugendlicher, der richtig und zeitig pädagogisch aufgeklärt wird, viel eher gegen alle Anstürme von außen gefeit ist als diejenigen, die nur mit dem Gebetbuch und der Bibel erzogen werden.

Wenn die Zahl der Kinder, die heute noch stärker als bisher am Hungertuche nagen müssen, wenn die Zahl der Mütter, die nicht wissen, wie sie für ihre Kinder Brot beschaffen sollen, in den kommenden Wochen und Monaten noch größer wird, wenn dieses Elend noch mehr anschwillt, dann, meine Herren vom Zentrum, ist es Ihnen zuzuschreiben, daß die Not so unerhörte Ausmaße annimmt. Denn Sie sind es in erster Linie, die gemeinsam mit der übrigen Mehrheit in diesem Parlament dafür sorgen, daß die berechtigten Anträge der kommunistischen Partei, die absolut ungenügend sind, wie ich hier ganz besonders feststellen möchte, die nur einen Tropfen auf den heißen Stein darstellen, abgelehnt werden. Diese berechtigten Anträge treten Sie mit Füßen, um den Großkapitalisten, den Führern in Ihren eigenen Reihen um so mehr Mittel zuzuschänzen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hohmann.

Abgeordneter Hohmann: Meine Damen und Herren! Ich greife aus den Fragen des Landesjugendamtes hier zwei heraus, die auch bei den Beratungen innerhalb des Landesjugendamtes zur eingehenden Erörterung gestanden haben: die Frage der Betreuung der erwerbslosen Jugend und die Frage des neunten Schuljahres, wie sie seitens der sozialdemokratischen Fraktion ja auch in unseren Anträgen, und zwar in den Drucksachen 40 und 144 bezüglich der Betreuung der erwerbslosen Jugend und in der Drucksache 130 bezüglich des neunten Schuljahres vorliegen.

Es hat uns natürlich außerordentlich gewundert, daß der Betrag, der für die erwerbslose Jugend hier in den Etat eingesetzt war, um 40 000 RM niedriger war als in dem vergangenen Jahre. Ich weiß, daß in dieser Position nicht nur die Betreuung der erwerbslosen Jugend, sondern auch noch andere Mittel für Jugendwohlfahrt enthalten sind und daß im vergangenen Jahre 100 000 RM für die Betreuung der erwerbslosen Jugend ausgegeben wurden. Dieser

Betrag von 100 000 RM soll ja auch jetzt zunächst wieder für das kommende Jahr gesichert sein. Ich bin aber der Meinung, daß diese 100 000 RM bei weitem nicht ausreichen, um auch nur einigermaßen den Bedürfnissen unserer heutigen erwerbslosen Jugend entsprechen zu können. (Abgeordneter Haut: Sehr richtig!)

Und wenn hier der Vertreter der Kommunistischen Partei von einem Agitationsantrage der sozialdemokratischen Fraktion spricht, so möchte ich mir hier die Frage erlauben: Was sind denn das für Anträge, die die kommunistische Fraktion hier dem Hohen Hause unterbreitet? Ich glaube, es sind nicht zu 80, nicht zu 90, sondern beinahe zu 100 Prozent nur Agitationsanträge. (Abgeordneter Kurth: Sehr gut!) Ich glaube, daß Sie auch nicht wollen, daß sie einen anderen Charakter haben, denn in anderen Parlamenten bekennen Sie ja oft, die Stellung Ihrer Anträge diene nur dazu, um die anderen Parteien und Fraktionen in ihrer Art zu entlarven. Es ist gar nicht der Zweck der Stellung Ihrer Anträge, daß sie in den Parlamenten angenommen werden, sondern Sie wollen nach draußen hin nur sagen, und zwar mit einer recht großen Geste: Seht, unsere Anträge, die allein im Interesse des werktätigen Volkes liegen, werden von der Mehrheit, werden von den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie abgelehnt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Auf den Schwindel fällt bloß keiner mehr herein!)

Ich muß aber auf diese Frage jetzt noch einmal näher eingehen. Wir haben hier in unserer Rheinprovinz jetzt wohl ungefähr 60 000 erwerbslose Jugendliche. Das sind von den sämtlichen 530 000 Jugendlichen von 14 bis 21 Jahren innerhalb unserer Rheinprovinz ungefähr 10 Prozent. In den Großstädten dürfte sich dieser Prozentsatz der erwerbslosen Jugendlichen auf 20 Prozent und darüber steigern. Wenn Sie demgegenüber die Beträge sehen, die da den Gemeinden zugewiesen werden, wenn Sie die 100 000 RM nehmen und nehmen dazu auch noch die 100 000 RM der Regierung und die 1 000 000 RM, die seitens der Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, so haben Sie rund 300 000 RM. Das macht auf die 60 000 erwerbslosen Jugendlichen 5 RM pro Kopf für das ganze Jahr. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da fragt man: Was macht die Gemeinde, was macht der Ort mit 5 RM pro Jugendlichen und einem ganzen Jahr? (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Gar nichts!) Er kann nichts damit machen, und trotzdem, meine Damen und Herren, erkenne ich an, was die Gemeinden in der letzten Zeit bezüglich der Betreuung getan haben. Es ist aber zum großen Teil der Opferfreudigkeit der Jugendlichenorganisationen selbst zu verdanken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie in ihren Heimen und in ihren Kursen die erwerbslosen Jugendlichen zusammengefaßt und sie in diesen Kursen geistig mitbetreut haben, so ist das als eine große Tat unseren Jugendlichen gegenüber zu werten. (Sehr richtig!) Aber, meine Damen und Herren, wenn man sieht, wie diese Jugendlichen in diese Kurse und diese Heime hineinkommen, man möchte fast sagen, täglich immer von neuem hinzuströmen, dann macht man die Beobachtung, daß diesen Jugendlichen in erster Linie

etwas anderes noch fehlt, was nach keiner Richtung hin mit diesen Mitteln bestritten werden kann: Sie haben Hunger! (Abgeordneter Kurth: Sehr richtig!) Was wollen Sie da mit den paar Butterbroten und dem bißchen Kaffee machen, das ihnen heute dort gegeben wird. Das reicht ja auch nicht im geringsten aus, um hier auch nur das allergeringste Bedürfnis zu befriedigen. Nach der Seite der wirtschaftlichen Betreuung haben wir den Jugendlichen gegenüber eine viel, viel größere Aufgabe in der nächsten Zeit zu erfüllen. Meine Damen und Herren! Wenn nach draußen hin heute immer noch gesagt wird, die Erwerbslosen wollen nicht arbeiten, so haben Sie hier ein Beispiel dafür, wie die Aktivität der Jugend nur dazu drängt, sich auswirken zu können, etwas zu tun, etwas zu machen. Und Sie machen sich alle mitschuldig an dem kommenden neuen Geschlecht, auf das wir unsere Hoffnung setzen müssen, wenn Sie diese Jugend etwa hinausstreiben auf die Straße und der Verrohung ausliefern. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die kommen zu uns!) Ja, meine verehrten Herren Kommunisten, wir fürchten keinen Radikalismus. Einen Radikalismus, der von Verantwortung getragen ist, den Radikalismus, der in sich trägt die Verantwortung, dem Volke zu dienen, begrüßen wir durchaus. (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr!) Wir bekämpfen aber jenen Scheinradikalismus, der nicht von Verantwortung getragen ist! Und das gilt der Rechten des Hauses genau so. Wir bekämpfen diesen Scheinradikalismus, der nur die Not und das Elend unter den Jugendlichen heute dazu ausnützen will, um für sich parteipolitisch etwas herauszuholen. (Abgeordneter Gerlach: Sehr gut! — Zurufe der Kommunisten.) Meine Damen und Herren! Das ist der springende Punkt bei unseren erwerbslosen Jugendlichen. (Zuruf links: Kulturfaschismus!) Darüber kann ich Ihnen an einer anderen Stelle etwas Deutliches sagen. Wir wissen, mit welcher großen Lüge Sie nach draußen arbeiten; die könnte ich Ihnen auch hier klar zutage legen.

Aber, meine Damen und Herren, ich muß auch noch ein paar Worte zu dem neunten Schuljahr sagen. In den letzten Beratungen des Landesjugendamtes ist ja auch diese Frage besprochen worden. Sie ist ja jetzt durch das Reich, durch den Staat zunächst auf ein Jahr vertagt worden. Diese Vertagung muß aber nach meiner Ansicht uns veranlassen, zu dieser Frage jetzt eingehend Stellung zu nehmen, um nach einem Jahre auch mit greifbaren Vorschlägen zu kommen und hier zu einer ganz bestimmten Tat zu schreiten. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Wir haben heute 5 Millionen Erwerbslose in Deutschland. Unter diesen 5 Millionen Erwerbslosen befindet sich eine große Reihe Jugendlicher. Selbst wenn diese Zahl nach der Meinung der Optimisten einmal auf 1,2 bis 1,5 Millionen heruntergedrückt werden sollte — ich wünschte, die Optimisten hätten recht —, dann bleibt sie trotzdem eine ungeheuer große Belastung für das deutsche Volk. (Abgeordneter Rikard: Sehr richtig!) Wenn wir dann in der Lage sind, den Arbeitsmarkt draußen dadurch zu entlasten, daß 600 000 Jugendliche dem Arbeitsmarkt entzogen werden können, so bedeutet das etwas, besonders für die anderen Jugendlichen, für die Jugendlichen über 17 Jahre, die mit 17, 18 Jahren der Welt

draußen ausgeliefert sind und einfach nichts haben, woran sie sich halten können. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Die Wirtschaft ist dagegen!) Es ist bezeichnend, daß gerade die Wirtschaft dagegen ist. Die Not dieser Jugendlichen ist nicht nur eine wirtschaftliche. Es ist eine seelische Not, daß diese jungen Menschen in die Welt hinausgehen müssen mit dieser großen Unsicherheit, denken zu müssen, sie kommen im ganzen Leben überhaupt nicht mehr an die Arbeit heran. Darum ist es wichtig, daß die Jugendlichen mit 14 Jahren zunächst nicht in den Arbeitsprozeß, in den Ausbeutungsprozeß hineingebracht werden. Die Anforderungen, die in den Betrieben heute an die Jugendlichen mit 14 Jahren gestellt werden, gehen über die seelischen, über die gesundheitlichen Qualitäten der Jugendlichen weit hinaus.

Wenn von den Nationalsozialisten bei der Beratung im Reichstage gesagt wurde, dieses neunte Schuljahr bedeute eine weitere Belastung für die Jugendlichen, so möchte ich Ihnen von der rechten Seite sagen: Was wollen Sie denn an die Stelle setzen? Sie wollen, daß das sogenannte Pflichtdienstjahr eingeführt wird. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei.) Ja, die Wirtschaftspartei ist der gleichen Meinung, das liegt vollkommen in ihrer Tendenz, in der Richtung, daß die Jugendlichen eben von früh auf für den Wirtschaftsprozess ausgebeutet werden sollen mit ihrer ganzen Kraft. (Sehr richtig! links.) Das wissen wir ganz genau.

Sehen Sie, es kommt von jener Seite wieder der Vorwurf, als wenn diese Jugendlichen faulenzten wollten. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Es ist eine Unverschämtheit, so etwas zu sagen!) Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen sagen: Wenn man hier vom Faulenzen der Jugend spricht, so ist das eine ungeheure Beleidigung unserer heutigen Jugend. Man sollte sich tatsächlich schämen, in diesem Hause einen solchen Ausdruck vom Faulenzen der Jugendlichen zu gebrauchen.

Worauf es uns bei unserem Antrage hier ankommt, ist, daß das Landesjugendamt versucht, alle diese Kräfte im Sinne der Jugendwohlfahrt zusammenzufassen, etwas Einheitliches, etwas Konzentrisches, etwas Systematisches herauszubringen, daß im kommenden Jahre diese Kräfte nicht zerflattern, sondern eine solche Zusammenfassung erfolgt, daß wir nach einem Jahre vor fertigen Tatsachen stehen. Darum bitte ich Sie, in diesem Sinne für unsere Anträge zu stimmen.

Ich hätte noch ein Wort über einen Ausdruck zu sagen, der hier hineingebracht worden ist, daß eben zu geeigneter Zeit man mit der Beratung über das neunte Schuljahr beginnen könne. Meine Damen und Herren! Der geeignete Zeitpunkt ist zu jeder Zeit gegeben. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Er ist jetzt dringend gegeben. Ich möchte nicht, daß jetzt die Verwaltung daraus den Schluß zieht, daß sie diesen geeigneten Zeitpunkt etwa nach einem Jahr oder einer gewissen Zeitspanne sieht. Nein, ich bitte das Landesjugendamt, diesen geeigneten Zeitpunkt jetzt bereits zu sehen und nach dem Abschluß der Beratungen dieser Frage eingehend näherzutreten. In diesem Sinne bitte ich das aufzufassen. Ich bitte Sie nochmals, für unsere Anträge zu stimmen. (Lauter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender G e r l e: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Staubes.

Abgeordnete Frau Staubes: Zur Frage des neunten Schuljahres möchte ich bemerken, daß wir es grundsätzlich ablehnen, unsere Zustimmung dazu zu geben, daß man noch ein neuntes Schuljahr einführt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das neunte Schuljahr bedeutet doch eine soziale Verschlechterung. Wenn wir zur Einführung des neunten Schuljahres unsere Zustimmung geben wollten, dann müßten wir auch den Eltern eine Entschädigung dafür gewähren. Wir haben heute so viel über Not und Elend des deutschen Volkes gesprochen. Ich glaube, jeder weiß, daß es heute nur noch einem 14—17jährigen Kinde möglich ist, Arbeit zu bekommen. (Zuruf des Abgeordneten Hohmann: Sie wissen ganz genau, daß wir wirtschaftliche Beihilfen wollen!)

Wenn eben von der rechten Seite der Zuruf kam, die Jugend sei zu faul zum Arbeiten, so möchte ich den Herrschaften sagen, daß sie gar nicht die Berechtigung haben, von einem Proletarierkind zu sagen, es sei zu faul zur Arbeit, denn Sie sind bestimmt Menschen, die noch niemals produktive Arbeit geleistet haben (Na-Na-Rufe bei der Wirtschaftspartei), sonst könnten Sie so etwas nicht sagen. Wenn heute ein 18jähriger Junge nach Arbeit fragt, so wird ihm schon erklärt, er sei zu alt, weil Ihre Gesellschaft mit dem Moment, wo der Junge 18 Jahre alt ist und der Tarif steigt, nicht mehr genug Profite herauschinden kann. Aber aus den 14—17jährigen Jungen kann man mehr Profite herauschinden. Die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung ist nur auf Profitgier aufgebaut. Die Folge ist, daß heute schon Jugendliche von 18 Jahren sagen: Bitte, gebt uns einen Schein für Altersrente; wir sind heute schon zu alt, um noch in der Produktion beschäftigt zu werden.

Die kommunistische Fraktion hat weiter den Antrag gestellt, der Säuglingspflege 50 000 RM zu geben.

Ich habe eben schon gesagt: Diese Woche ist hier so viel über die Not und das Elend des Volkes geredet worden. Gleichzeitig aber haben Sie die konkreten Anträge, die wir dazu gestellt haben, abgelehnt. Ich glaube, daß noch niemals ein Antrag so notwendig war, wie unser Antrag zur Säuglingspflege es in der Zeit einer solchen Wirtschaftslage wie in der heutigen.

Oder will einer von Euch behaupten, daß die Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahren zurückgegangen sei? Ich glaube, wir haben eine solche Säuglingssterblichkeit, wie wir sie noch niemals zu verzeichnen gehabt haben. (Zuruf des Abgeordneten Dörr: Die Säuglingssterblichkeit ist zurückgegangen!) Die Säuglingssterblichkeit ist zurückgegangen? Dann müßt Ihr uns auch den Beweis dafür bringen. Wir sagen Euch, daß das Elend der Arbeiterschaft noch niemals so stark war wie heute. Man stellt ja auch heute von Ihrer Seite aus in den Volksschulen, im Gegensatz zu den Vorjahren, fest, daß die Gesundheit der Schulkinder noch niemals so blendend gewesen sei wie augenblicklich. (Widerspruch.) Jawohl, man hat es in Solingen in einer Volksschule festgestellt. Ist dieses nicht eine Verhöhnung des wertvollen Volkes? Warum stellt man es fest? Man will damit sagen: Die Notlage der Arbeiterschaft ist gar nicht so schlecht, die Krankheiten der Schulkinder, die Sterblichkeit der Säuglinge haben sich vermindert. Aber man kann

heute dem werktätigen Proletariat nicht mehr mit solchen demagogischen Redensarten die Augen verblinden. Das werktätige Volk sieht, was vor sich geht.

Ihr redet z. B. dauernd in die Welt hinein: Die Geburtenziffer sinkt von Tag zu Tag. Wie denkt Ihr Euch denn eine Geburtenhebung, wenn Ihr all diese Anträge, die im Interesse des werktätigen Proletariats und darüber hinaus des Mittelstandes gestellt werden, ablehnt. (Zuruf des Abgeordneten Dörr: Und Ihr lehnt den Gesamtetat ab, das ist Eure Logik!) Ich habe gestern gehört, Sie seien auch Vater von sieben Kindern. Auf jeden Fall sind Sie einer von denen, die dafür sind, daß die Geburtenzahl steigt. Jedenfalls haben Sie auch die Mittel, daß Sie Ihre Kinder ernähren können. Die werktätigen Frauen sind heute nicht mehr dazu in der Lage. Augenblicklich spielt sich ja wieder der Prozeß Wolf ab, ein Prozeß, in dem 350 werktätige Frauen, darunter auch eine Pastorenfrau, auf die Anklagebank geführt werden. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Glaubt Ihr vielleicht, daß diese Frauen, die dazu schreiten, dieses an ihrem eigenen Körper vorzunehmen, das aus Wollust tun? Glaubt Ihr denn, daß die vielen Abtreibungen, an deren Folgen Hunderttausende von Frauen sterben, aus Wollust vorgenommen werden? (Zuruf des Abgeordneten Dörr: 800 000 sind es sogar!) Es kommen jährlich 600 000 Verurteilungen wegen Abtreibung vor, die Zahl der Abtreibungen wird auf 1 Million geschätzt. Die Todesfälle betragen jährlich 10 000, ohne das, was später an Siechtum entsteht.

Die Nationalsozialisten sagen demgegenüber: Der § 218 muß in einem Maße verschärft werden, wie es noch niemals gewesen ist; es muß nicht nur Zuchthausstrafe, sondern sogar Todesstrafe darauf stehen. (Zuruf des Abgeordneten Melsheimer: Das müßte noch erweitert werden!) Ja, sicher, wir werden Euch zeigen, was man noch erweitern muß. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wir kennen die Einstellung der Nationalsozialisten gegenüber den Frauen genau; sie sagen: die Frau gehört an den Kochtopf (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei), die Frau muß Hausfrau spielen usw. Ich möchte Ihnen aber hier sagen, daß nicht alle Nationalsozialisten in dieser Frage solche eine Form annehmen. Der Nationalsozialist Herr Terboven wurde in Essen öffentlich in einer Zeitung beschuldigt, sich an einem 15jährigen Mädchen vergriffen zu haben. (Hört, hört! bei den Kommunisten. Zuruf des Abgeordneten Wihler: Kommt das bei Euch nicht vor?) Er ist nicht dazu übergegangen und hat den Redakteur verklagt, sondern man hat ihn nach nationalsozialistischer Art von hinten überfallen und versucht, ihn zu beseitigen. (Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie müssen Schluß machen.

Abgeordnete Frau Staubes (fortfahrend): Wir werden den werktätigen Massen sagen, daß man mit der Ablehnung unserer Anträge nur bezweckt, die Arbeiterschaft erst recht ins Elend zu treiben. Wir werden der Arbeiterschaft sagen: Nur in einem geschlossenen Kampf der Arbeiterschaft, nur bei Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist es möglich, andere Verhältnisse zu schaffen und zur Aufrichtung eines anderen Staates, des Sowjet-

Staates, zu gelangen. (Zuruf des Abgeordneten Pikard: Deshalb schließt Euch der SPD an! — Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Herr Terboven hat das Wort!)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Simon.

Abgeordneter Simon: Es liegen uns mehrere Anträge vor, die die Bereitstellung weiterer Mittel für jugendliche Erwerbslose verlangen. Wir Nationalsozialisten halten diese Anträge für durchaus berechtigt. Wir halten sie aus 2 Gründen für berechtigt, einmal deshalb, weil gerade die Lage der jugendlichen Erwerbslosen eine ganz besondere ist, weil ihre körperliche und seelische Not größer ist als die der älteren Erwerbslosen. Der jugendliche Erwerbslose befindet sich in den Jahren, wo er auf dem Lande der Unbewußtheit, der Kindheit, mit Bewußtheit der Außenwelt gegenübertritt. Bei ihm macht sich der Geltungstrieb bemerkbar, der Geltungstrieb verlangt nach Anerkennung, der Tätigkeitstrieb nach Gestaltung, die Phantasie wird größer, es entwickeln sich die körperlichen und geistigen Kräfte, und die harmonische Entfaltung der Kräfte des Jugendlichen verlangt, daß er gerade in jenen Jahren besonders betreut wird. Wir Nationalsozialisten verlangen angesichts der Wichtigkeit der jugendlichen Entwicklungsjahre, daß besondere Mittel bereitgestellt werden und man es nicht bei den geringen vorhandenen Mitteln bewenden läßt. Insofern sind Ihre Anträge, meine Herren von der Linken, durchaus gerechtfertigt. Aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß Sie als Antragsteller gerechtfertigt sind. (Lachen links.) Sie haben gar keine Berechtigung, für die jugendlichen Erwerbslosen eine besondere Betreuung zu verlangen. Ihre Weltanschauung, Ihre marxistische Auffassung der gesamten Dinge ist es ja, die den Jugendlichen die Stütze des Lebens genommen hat. Wenn der Jugendliche heute in seelischer Not steht, so deshalb, weil ihm der ethische geistige Gehalt fehlt (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Ihr gebt den Jugendlichen Waffen!), weil der Jugendliche durch Sie aus seinem Volkstum herausgerissen wird, weil Sie den Jugendlichen herausreißen aus der religiösen Verbundenheit mit seiner Konfession, weil Sie ihm mit dem Volkstum und dem Christentum die festen Säulen nehmen, auf denen ein Leben überhaupt nur aufgebaut werden kann. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß überhaupt eine Betreuung in diesem weiten Ausmaße notwendig geworden ist. (Zuruf des Abgeordneten Pikard: Welche Religion meinen Sie? — Wotan?) Wenn Sie atavistische Rückfälle haben und an Wotan denken, so können wir nicht dafür. (Zuruf des Abgeordneten Pikard: Ihr kultiviert ihn ja!) Auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß die Herren von der röttesten Linken gerade solche Dinge verlangen, die im moskowitzischen Zukunftsstaate nicht verwirklicht sind. Weil in Rußland eine verwahrloste Jugend von Hunderttausenden ohne Betreuung herumläuft (Lachen bei den Kommunisten), weil die Jugend in Rußland dem Hungertode preisgegeben ist, weil die Jugendlichen dort keine Schulen zur Verfügung haben, weil sie weder lesen noch schreiben können, weil Sie ihnen die Konfession dort genommen haben, deshalb versuchen Sie es in Deutschland wenig-

stens, auf agitatorische Weise Dinge zu verlangen, die Ihr russisches System unfähig ist durchzuführen.

Ein Herr von der halbroten Partei sprach davon, es sei auf dieser Seite das Wort vom Faulenzen der Jugend gefallen. Wenn das Wort gefallen ist, dann weise ich als Nationalsozialist es zurück. Dann ist es nicht von unserer Seite gefallen, sondern von den Herren, die dahinten hinter uns sitzen. Wir selbst wissen, daß die Frage der Erwerbslosigkeit für die Jugend keine moralische Frage ist, sondern eine Frage der Unfähigkeit des heutigen Systems, die Jugend mit Arbeit zu versorgen. Wir verlangen Arbeit für unsere Jugend, und wir verlangen auch — daraus machen wir kein Hehl —, solange die Militärdienstpflicht unmöglich ist, das Arbeitsdienstjahr. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Wir möchten, daß Sie das mal mitmachen müßten!) Sie müßten einmal ein Arbeitsdienstjahr mitmachen, Sie haben bestimmt noch nicht zuviel gearbeitet, sonst säßen Sie nicht in der kommunistischen Partei. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das ist eine Unverschämtheit sondergleichen!) Wir sehen in der Einführung eines Arbeitsdienstjahres noch lange keine Ausbeutung. Es scheint aber, daß Sie den Begriff Arbeit nur noch mit der Ausbeutung zusammendenken können. Wir können uns den Begriff Arbeit auch ohne den Begriff Ausbeutung vorstellen. Wenn aber Ihre Vorstellungswelt bereits derart verseucht ist, daß Ihnen das zur Unmöglichkeit geworden ist, brauchen Sie deshalb den Befürwortern des Arbeitsdienstjahres keinen Vorwurf zu machen. (Zuruf links: Prinz August!) Prinz August steht mir immer noch höher als Jakob Goldschmidt, bei dem Sie Ihr Bankkonto haben!

Sie verlangen hier in einem besonderen Antrage die Erhöhung der Mittel zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur. Ich glaube, Ihr Buchlädchen in Düsseldorf hat einen Heiden schrecken bekommen, als es diesen Antrag las. Die machen nämlich ihre schmutzige Propaganda mit dem § 218, im Schaufenster haben sie in riesigen roten Buchstaben den § 218 angeschrieben. Die gesamte Literatur, die Sie da vertreiben, befaßt sich nur mit dem Abtreibungssystem. Sie fordern Ihre Anhänger geradezu auf, sich des Vergehens gegen den § 218 schuldig zu machen. Und wenn sie nachher eingesperrt werden, machen Sie den anderen die Vorwürfe für das, was Sie eigentlich verschuldet haben. In Wirklichkeit gehören oft ganz andere in die Gefängnisse, als die, die bestraft werden. In Wirklichkeit gehört die kommunistische Führung angeklagt dafür, daß sie die Masse zu diesem Verbrechen tagtäglich auffordert. Wir sind dafür, daß dem Antrage der kommunistischen Partei auf Erhöhung des Betrages zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur auf 20 000 RM entsprochen wird. Wir verlangen aber, daß der Betrag so verwendet wird, daß derartige Schmutzläden wie das Ihrige hier in Düsseldorf für immer geschlossen werden. (Zuruf des Abgeordneten Hohmann: Und Ihre Plakate?)

Sie haben hier einen Antrag eingebracht, in dem der Ausdruck „dissidentische Fürsorge“ vorkommt. Meine Herren von links, der Ausdruck „dissidentische Fürsorge“ enthält eine *contradictio in adjecto*. Dissi-

dentische Fürsorge ist ein Unsinn in sich. Dissidentische Gegenförsorge dürfen Sie vielleicht sagen; indem Sie die Jugend den freidenkerischen Lehren ausliefern, machen Sie von vornherein jede Fürsorge unmöglich. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Was kriegen Sie für diese Rede vom Zentrum?)

Sie haben hier heute ein Flugblatt verteilen lassen, aus dem sich klar ergibt, wie Ihre Fürsorge für die deutsche Jugend aussehen soll. Sie schreiben hier:

„Die römisch-katholische Papstkirche hat ihr Ziel erreicht: Deutschland ist unterworfen, und Brüning regiert. Millionenbeträge an Steuern und Abgaben heimst die Kirche ein. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Jahr für Jahr steigen die Summen, die aus den Steuergroschen der schwer leidenden deutschen Arbeiterschaft, aus den Kassen des Reichs, der Länder, der Provinzen und der Gemeinden den unersättlichen Kirchen zufließen. Länder, wie Bayern und Thüringen, sind durch die Kirchenlasten finanziell völlig heruntergewirtschaftet. Trotz diesem äußerlich glänzenden Siegeszuge sind die Kirchen von bleicher Furcht befallen. Eine unheilbare Krankheit hat die äußerlich so mächtig erscheinende Kirche befallen, die an ihrem Mark zehrt und ihren gänzlichen Verfall vorbereitet: Die Kirchenaustrittsbewegung.“

Das ist Ihr Programm für die deutsche Jugend, die Kirchenaustrittsbewegung. Sie nehmen der Jugend die religiöse Weltanschauung und die völkische Staatsauffassung, sind aber nicht in der Lage, für diese Weltanschauung oder diese Staatsauffassung, die Sie wegnehmen, der Jugend etwas Besseres zu geben. Sie geben der Jugend Steine statt Brot. (Zuruf der Abgeordneten Fräulein Keller: Wir geben ihr Aufklärung!) Sie geben der Jugend die zerstörende Anschauung des Marxismus und erreichen damit erst, daß nachher gewaltige Fürsorgemaßnahmen notwendig werden, um das, was Sie an der Jugend verdorben haben, wieder gut zu machen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Den Fall Terboven nicht vergessen, mein edler Herr!)

Lieber Freund, den Fall Terboven, den Sie hier vorgebracht haben, erkläre ich für unwahr (Lachen bei den Kommunisten), ich überlasse es meinem Parteigenossen Terboven, selbst für sich einzustehen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Der wird sich hüten, einen Ton zu riskieren! — Weiterer Zuruf: Der ist gar nicht hier!)

Sie schreiben weiter auf dem Flugblatt: „Arbeiter und Arbeiterinnen, Männer und Frauen, jetzt erst recht heraus aus der Kirche! (Sehr richtig! bei den Kommunisten), Erwerbslose, Kurz- und Wohlfahrtsarbeiter, die Ihr den Segen der göttlichen Weltordnung an Eurem Leibe täglich erfahrt, macht Schluß mit den Kirchen, die Euch hier hungern und verelenden lassen und Euch mit dem lächerlichen Märchen auf ein besseres Jenseits verträösten wollen (Sehr gut! bei den Kommunisten), erklärt Euren Austritt auf dem Amtsgericht. Der Austritt ist kostenlos. Nehmt Eure Kinder mit aus der Kirche heraus und führt sie der weltlichen Schule zu. Gez.: Freigeistiges Kartell Groß-Düsseldorf, Deutscher Freidenkerverband, Volksbund für Geistesfreiheit und Freie Schulgemeinschaft usw.“

Meine Herren vom Zentrum, hier sehen Sie die Folgen Ihres Zusammengehens mit denen, die die

Vorläufer des Volksgewissens gewesen sind. Das sind die Folgen davon, daß Sie die Sozialdemokratie zu Ihrem Bundesgenossen erwählt haben. Die Folge davon ist, daß unsere Jugend verwahrlost. Auch Sie, meine Herren vom Zentrum, besonders die anwesenden geistlichen Würdenträger, tragen die Verantwortung dafür, wenn die Jugend heute diesen Plakaten zum Opfer fällt. (Lachen bei den Kommunisten, Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Was hat denn Graf Reventlow im Reichstag gesagt? Sie waren doch dabei!) Graf Reventlow sagte im Reichstag: Wenn das Zentrum seine Fürsorge wie bisher weiter verfolgt, dann wird die Jugend leider aus der Kirche austreten. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: „Leider“ hat er nicht gesagt, das hat er erst hinterher hineingebracht, er hat ja sein ganzes Stenogramm berichtet! — Weiterer Zuruf: Gefälscht!)

Sie verlangen hier 40 000 RM für die Freidenkerjugend und die Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit. Es ist selbstverständlich, daß dieser Antrag von uns abgelehnt wird, denn wir haben zu Ihnen nicht das Vertrauen, daß Sie diese Gelder nachher auch für die Fürsorge verwenden. Im Gegenteil, wir trauen den Kommunisten, den marxistischen Organisationen zu, daß sie derartige Gelder nachher in ihrer Parteikasse verschwinden lassen. (Laute Entrüstung links.) Würde man Ihnen solche Gelder bewilligen, so würde lediglich das erreicht, daß aus der bisher ungewollten und planlosen Verwahrlosung der Jugend durch Sie eine planvolle Verwahrlosung der Jugend entstände. Deshalb für diese Organisationen keinen Pfennig! (Unruhe links.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Ich möchte bitten, etwas mehr Ruhe zu bewahren.

Abgeordneter Simon: Ich bitte, die Herren ruhig sich austoben zu lassen, wie sie es gewohnt sind.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Herr Abgeordneter, Sie haben nicht das Recht, sich in meine Geschäftsführung einzumischen.

Abgeordneter Simon: Meine Herren, ich könnte Ihnen so viel Stichworte geben, daß Sie nicht mehr darauf zu antworten wüßten.

Es werden 500 000 RM zur Fürsorge für kinderreiche Familien verlangt, und zwar ausgerechnet von der KPD, die in ihrem Aktionsprogramm selbst ganz andere Grundzüge verteidigt. Wenn man Ihre Redner draußen in den Versammlungen hört, dann sind Ihnen kinderreiche Familien ein Schrecken für die proletarische Lehre. (Zuruf der Abgeordneten Fr. Keller: Das werden Sie im Leben nicht begreifen!) Sie vertreten draußen im Lande den Standpunkt, daß jede Erhöhung der Bevölkerungsziffer die Reservearmee der Kapitalisten, die Arbeitslosen, nur vergrößern könne. Sie vertreten den Standpunkt der Abtreibung, Sie kämpfen gegen den § 218, und hier wagen Sie es, 500 000 RM für kinderreiche Familien zu verlangen? Das ist Sand in die Augen der Öffentlichkeit. Es wird keine kinderreiche Familie geben, die Ihnen für diesen Antrag ihren Dank abstattet.

Es wird mir hier ein Blatt vorgelegt, das gewohnheitsmäßig Lügen verbreitet, die „Rheinische Zeitung“ (Zuruf des Abgeordneten Pitard: Unverschämter Lummel!), ein Blatt, dessen Redakteur bereits vor dem Amtsgericht in Köln die gesamten Belei-

gungen gegen Dr. Ley vor der Verhandlung zurückgenommen hat und zugeben mußte, daß auch nicht der Schein eines Beweises dafür vorhanden war. Ich erkläre ausdrücklich, daß die Behauptungen, die hierin enthalten sind, soweit sie meine Person betreffen, erstunken und erlogen sind, wie wir das von Ihrer Partei (zu den Sozialdemokraten) gewohnt sind. (Zuruf des Abgeordneten Pitard: Sorgen Sie lieber für die armen Buchdrucker, das ist besser!) Sie sprechen von armen Buchdruckern, lieber Freund. Ich kann Ihnen die Lohnlütten vorlegen, aus denen hervorgeht, daß unsere Maschinenseher den höchsten tariflichen Lohn hatten und (Zuruf des Abgeordneten Pitard: Nichts bekommen haben!)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Herr Abgeordneter, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit zu Ende ist.

Abgeordneter Simon: Ich möchte den Satz noch zu Ende führen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Nein, das kann ich nicht gestatten.

Abgeordneter Simon: Ich sage es trotzdem.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Dann rufe ich Sie zur Ordnung.

Abgeordneter Simon: Ich will nur noch erklären, daß unsere Buchdrucker pro Woche 154 RM verdient haben.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hennes.

Abgeordneter Hennes: Die Einführung des neunten Schuljahres, meine Damen und Herren, ist mit solchen Unkosten für den Staat verbunden, daß wir im Christlichen Volksdienst nach einer anderen Lösung suchen und auch im Reichstag bereits vorge schlagen haben, an Stelle der Einführung des neunten Schuljahres die Kinder erst nach dem vollendeten siebenten Lebensjahre in die Schule zu schicken. Das kostet den Staat nicht viel, und das, was wir jetzt erreichen wollen, wird erreicht. Wir bitten das Landesjugendamt, sich auch mit der Prüfung dieser Frage ernstlich zu beschäftigen. (Abgeordneter Dr. Schüler: Sehr richtig!)

In bezug auf die Arbeitslosigkeit und das Pflichtdienstjahr, von dem eben gesprochen wurde, möchten wir sagen: Wir wissen sehr wohl, daß die meisten Arbeitslosen gerne arbeiten wollen, es nur nicht können. Das ist ja die größte Not unserer Zeit, daß man arbeiten will und es nicht darf. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Nur Arbeit kann uns retten!) Nur Arbeit kann uns helfen, wir können uns aber die Arbeit nicht aus den Fingern saugen. Wir müssen die Arbeit, die wir haben, einteilen, liebe Freunde. Wir werden in den nächsten Monaten dahingehend arbeiten müssen, daß die Arbeit, die wir im deutschen Vaterland haben, regelrecht verteilt wird auf alle Arbeitskräfte. Ein anderer Weg bleibt uns nicht übrig. (Zuruf des Abgeordneten Hohmann: Sind Sie auch für die Verkürzung der Arbeitszeit?) Damit bin ich durchaus einverstanden. (Weiterer Zuruf: Und der Lohnausgleich?) Man kann nur Geld geben, wenn man Geld hat, liebe Freunde. Wir werden uns noch alle ans Opfern gewöhnen müssen,

Sie und auch wir. Wir können heute nichts anderes, als nur die Arbeit bezahlen, die geleistet wird. Wir möchten auch wohl das Pflichtdienstjahr gerne einführen (Zuruf: Aber das kostet viel Geld!) — das weiß ich, darum lehnen wir es auch ab. — Wir möchten das Pflichtdienstjahr einführen, um die jungen Leute an die Arbeit zu bringen. Es ist doch ein Jammer, daß unsere jungen Leute der Arbeit entwöhnt werden. Ich mache den jungen Menschen keinen Vorwurf daraus, denn sie tragen ja keine Schuld daran. Aber Tatsache ist doch, daß die jungen Leute sich mit der Zeit an das Nichtarbeiten gewöhnt haben und daß es sehr schwer sein wird, sie an die Arbeit zu bringen. Darum haben wir im Reichstag das freiwillige Arbeitsdienstjahr empfohlen. Da wird es sich dann zeigen können, wer arbeiten will. Wir möchten alle heranziehen zur freiwilligen Arbeit. Es ist genug Arbeit vorhanden, die nur nicht mit den heutigen Löhnen bezahlt werden kann. Man könnte z. B. große Länderstrecken urbar machen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir haben in unserem deutschen Vaterlande noch riesige Mengen Raum, viel unbebautes Land. Wir können es nicht urbar machen, weil uns das Geld dazu fehlt. Wenn aber dadurch, daß man den Jugendlichen Kleidung gewährt und volle Beköstigung und vielleicht ein ganz geringes Taschengeld für den Tag, solche Arbeit geleistet würde, würden wir in unserem Volke über einen großen Berg hinüberkommen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Zu dem Antrag 109 der Zentrumsfraktion möchte ich erklären, daß wir vom Christlichen Volksdienst und von den christlichen Bauern diesen Antrag sehr warm unterstützen. Wir werden ja in unserem deutschen Vaterland überflutet mit Schund- und Schmutzschriften. Wir müssen diesen Schmutz- und Schundschriften endlich einmal einen Damm entgegensetzen, der wirksam ist. Unsere Gesetze müssen scharf angewandt werden, und wenn sie nicht ausreichen, dann müssen sie eben verschärft werden. Aber die christliche Bevölkerung, ebenso wie alle übrigen anständigen Menschen in unserem deutschen Vaterlande, kann und darf es sich nicht mehr bieten lassen, daß wir weiter mit einer solchen Flut von Schriften überschüttet werden. Wir unterstützen also den Antrag Drucksache 109 der Zentrumsfraktion.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter **H o f f m a n n**: Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete des Hakenkreuzes, Herr Simon, hat vorhin für die Kommunistische Partei durch das Verlesen des Flugblattes eine glänzende Agitation getrieben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Antipoden nähern sich in ganz origineller Form.

Weshalb ich das Wort nehme, ist der Antrag der Zentrumsfraktion, von dem auch mein Vorredner im besonderen sprach. In diesem Antrag der Zentrumsfraktion wird anerkannt, wie das Landesjugendamt gegen die steigende sittliche Volksnot ankämpft. (Zuruf von den Kommunisten.) Aber die Arbeit des Landesjugendamtes, wenn sie auch noch so löblich ist, ist vergeblich, weil die Ursachen der sittlichen Volksnot nicht beseitigt werden. Nach der letzten Reichswohnungs-zählung wohnten mehr als 1500 kinderreiche Familien in Wohnungen, die aus einem Raum bestanden, rund

30 000 in Wohnungen von nur zwei Räumen einschließlich Küche. Je größer die Familie, desto größer die Bettennot! Wie viele Menschen schlafen zusammen in einem Bett! Hier zeigt sich auch sittliche Volksnot. (Zuruf des Abgeordneten **Riegel**: Die Politik des kleineren Übels!) Wenn diese sittliche Volksnot beseitigt wird, dann kommen wir ein Stück weiter. Die große Wohnungsnot birgt große sittliche Gefahren in sich. Was nützen denn bei solchen Tatsachen alle schönen Gesetze! Gerade dieser Not, auf die ich hinweise, muß noch mehr als bisher erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden, wie man auch dafür sorgen muß, daß das neunte Schuljahr eingeführt wird, was die beste Bekämpfung von Schmutz und Schund ist.

Das Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dürfte kritischer Prüfung jederzeit standhalten. Es darf nicht so hingestellt werden, als wenn in Fachkreisen Anregungen und Erfahrungen in ungünstigem Sinne gemacht werden; es wäre vielmehr festzustellen, welche guten Wirkungen im Interesse der Volksgesundheit das Gesetz geschaffen hat. So gesehen, bedarf eigentlich dieser Antrag einer kritischen Prüfung.

Es ist vielmehr im Interesse der sittlichen Volksnot notwendig, daß sexuelle Aufklärung erfolgt, wie es auch notwendig ist, in allen Städten Ehe- und Sexualberatungsstellen einzurichten. In diesem Sinne sollte auch das Landesjugendamt mitwirken. Richtige sexuelle Aufklärung ist die beste Bewahrung vor Schmutz und Schund. Wer sich gegen die sexuelle Aufklärung der Jugend wendet, fördert Schmutz und Schund. Wer kennt nicht das Sprichwort von den verbotenen Früchten, die süß schmecken! Der Antrag des Zentrums läßt nicht erkennen, in welcher Richtung die kritische Prüfung der erwähnten Gesetze erfolgen soll; denn man weiß — das haben wir aus den Ausführungen des Vorredners gehört —, was unter Schmutz und Schund alles verstanden werden kann. Wenn man die Jugend schützen will, so darf man das nicht tun, wie es die Nationalsozialisten machen. Heute morgen hat die „Kölnische Zeitung“ eine Blütenlese der sittlichen Verrohung nicht nur dieser Partei, sondern auch der öffentlichen Meinung in der Zusammenstellung ihrer „herrlichen“ Ausdrücke gebracht. Da heißt es an einer Stelle:

„Wir Nationalsozialisten haben den gesund gebliebenen Teil des deutschen Volkes und vor allem die deutsche Jugend.“

Das muß doch ganz entschieden bestritten werden. Soweit sie ihn hat, ist wirklich Gefahr im Verzuge, denn die nationalsozialistische Propaganda ist tatsächlich Schmutz und Schund (Sehr richtig! links), wenn wir uns hier vor Augen führen, daß der nationalsozialistische Schriftsteller Ernst Mann sogar Selbstmord der Kriegskrüppel und Kranken und Schwachen als heiligste Pflichterfüllung ansieht. (Lebhafte Hört-hört!-Rufe links.) Er schreibt:

„Schwer ist es für Kranke und Schwache, sich den Tod selbst zu geben. Zum Selbstmord gehört ein Grad von Furchtlosigkeit und Willenskraft, der den meisten Kranken fehlt. Oft sind dem Kranken die Mittel für einen schnellen, leichten Tod nicht erreichbar. Auch derjenige, welcher sich infolge seiner Tapferkeit im Kampfe für das allgemeine Wohl (z. B. im Kriege) eine schwere Verletzung oder

Krankheit zugezogen hat, auch dieser hat kein Recht, seinen Mitmenschen als Krüppel oder Kranker zur Last zu liegen. (Erregte Psiu-Rufe in der Mitte und links.) War er tapfer genug, seine Gesundheit, sein Leben im Kampf aufs Spiel zu setzen, so soll er auch die letzte Tapferkeit besitzen, den wertlosen Rest seines Lebens selbst zu enden. (Zuruf links: Das kann Hitler machen.) Selbstmord ist die einzige Heldentat, die Kränklingen und Schwächlingen übrig bleibt.“ (Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Herr Abgeordneter **Hoffmann**, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit zu Ende ist. Ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Abgeordneter **H o f f m a n n** (fortfahrend): Jawohl. — Das schreiben die Nazis. Wenn also die Dinge so liegen, dann kann man sich vorstellen, was von dieser Seite zu erwarten ist. Wir haben alle Veranlassung, daß die sozialen und sittlichen Fragen nicht in dem Sinne erledigt werden dürfen, wie es die Nazis wollen, die in ihrer schlimmen Weise (Hu-hu-Rufe bei den Nationalsozialisten) die gesamte öffentliche Meinung verrohen. Wir haben alles zu tun (Glocke des Vorsitzenden), daß die sittliche Volksnot durch Schaffung gesunder Wohnungen, durch gute sexuelle Aufklärung und Schaffung von geeigneten Ehe- und Sexualberatungsstellen beseitigt wird.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat die Frau Abgeordnete **Schumacher-Röhl**.

Abgeordnete **Frau S c h u m a c h e r - R ö h l**: Meine Damen und Herren! Es sind heute hier Dinge, die uns alle zutiefst berühren und die jeden von uns erschüttern, zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen gemacht worden, die unseres Erachtens nicht dazu angetan sind, die Notstände aus der Welt zu schaffen, sondern sie in ganz bedenklicher Weise zu verschlimmern. Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, vor diesem Parlament immer und immer wieder sich in der Ausmalung der Notstände zu überbieten. Die kennen wir alle und wir wissen, daß die schärfste Schilberung nicht an das herankommt, was man in der Begegnung mit den Einzelfällen des Lebens sieht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber wir sind auch der Meinung, daß nur durch eine Gesinnung, die zur Gemeinschaftsarbeit bereit ist, die Notstände überwunden werden können, nicht auf dem Wege, daß man diese Notstände dazu benutzt, um parteipolitische Gegensätze noch zu verschärfen und dadurch den Willen zur wirklich positiven Arbeit zu unterdrücken.

Die Aufgabe, Schmutz und Schund zu bekämpfen, ist niemals so dringlich gewesen wie jetzt. Wenn eben gefragt wurde, was mit dem Antrag unserer Partei bezüglich der Nachprüfung der Gesetze zur Bekämpfung von Schmutz und Schund und auch des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gemeint sei, so können wir sagen, daß das Wesentliche unseres Erachtens darin besteht, daß die gesamte öffentliche Meinung noch einmal darauf gestoßen wird, auf welchem Wege wir eigentlich sind. (Sehr gut! im Zentrum. — Zuruf von den Kommunisten.) Infolge der Dinge, die wir besonders von Ihrer Seite (zu den Kommunisten) erleben und die man in Ihren Buchlädchen jeden Tag von neuem mit Erstaunen und auch mit Erschütterung wahrnehmen kann, sind wir soweit, daß das sittliche Bewußtsein unseres Volkes

vollkommen erschüttert ist (Zurufe von den Kommunisten) und daß man heute überhaupt nicht mehr weiß, welche Maßstäbe für unsere Jugend, für unsere Frauen und für unser ganz Volk zu fordern sind. (Abgeordneter **Adams**: Leider!) Wir beobachten heute überall eine solche Haltlosigkeit, daß wir wirklich einmal darangehen müssen, wieder sittliche Maßstäbe ins Volk hineinzubringen. Aber das ist so lange unmöglich (Zuruf des Abgeordneten **Renner**: Solange Ihr am Ruder seid!), solange Sie daran arbeiten, das zu untergraben, was allein letzten Endes einen sittlichen Maßstab und eine sittliche Autorität darstellt. Solange wir das religiöse Bewußtsein unseres Volkes planmäßig zerstören, wie Sie es tun (Sehr richtig! rechts), werden Sie niemals dazu kommen, irgendwelche wirksamen sittlichen Kräfte in unserem Volke wieder zu erwecken. (Zustimmung im Zentrum.)

Es hat sich eben Herr Abgeordneter **Simon** in Ausführungen über dieses Thema bewegt, die wir zum großen Teil unterschreiben können. Man muß allerdings der Bewunderung darüber Ausdruck geben, daß seine Verteidigung speziell auch der Religion in ihrer konfessionellen Form von einer Seite erfolgt, die, wie ich in der Presse gelesen habe, im Reichstage geradezu zum Austritt aus den Kirchen aufgefordert hat. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es mutet doch eigentümlich an, daß man hier im überwiegend katholischen Rheinland sich so warm für die katholische Kirche einsetzt, während man im Reichstag die Parole ausgibt: Wir führen eure Jugend aus der Kirche heraus! (Sehr gut! im Zentrum.) Es scheint, daß die Dinge im Norden und Osten doch etwas anders liegen als hier im Westen (Zuruf des Abgeordneten **Simon**: Das habt Ihr nicht richtig begriffen!), ganz abgesehen von der Art und Weise, wie Ihre Presse es beliebt, die kirchlichen Autoritäten und die offiziellen Kundgebungen unserer Bischöfe zu behandeln. (Sehr gut! im Zentrum.)

Was die Frage der sexuellen Aufklärung angeht, so darf ich auch den Damen und Herren von der Linken sagen, daß man auch in unseren Kreisen eine richtige und rechtzeitige sexuelle Aufklärung für notwendig hält. (Zuruf von den Kommunisten: Der Fortschritt bricht sich Bahn! — Zuruf des Abgeordneten **Hoffmann**.) Nein, wir haben nicht notwendig gehabt, das von Ihnen zu übernehmen, Herr **Hoffmann**. Ich empfehle Ihnen, einmal das von der katholischen Schulorganisation herausgegebene Buch über die geschlechtliche Erziehung zu lesen, das die Beratungen eines Kongresses, der im vorvorigen Jahr hier stattgefunden hat, wiedergibt, und daraus zu entnehmen, welche vollkommene Uebereinstimmung auf diesem Gebiete bei allen katholischen Theologen und Pädagogen vorhanden ist und wie Sie bei jedem Redner fast den Satz finden: „Lieber etwas zu früh als eine Stunde zu spät.“ (Sehr richtig! im Zentrum. — Zuruf des Abgeordneten **Renner**: Dann habt Ihr doch schon gelernt! Vor zwei Jahren war es bei Euch noch anders!) Wir haben die Auffassung, daß es sich hier um eine heilige Sache handelt (Zuruf des Abgeordneten **Renner**: Vor zwei Jahren war es noch der Klapperstorch!), die der religiöse Mensch mit aller Offenheit besprechen kann. Ich darf Ihnen sagen, daß ich als katholische Mutter bei meinen kleinen Kindern von 5 und 7 Jahren schon das Notwendige und Richtige in dieser Frage sage und daß ich den Kindern

keine Märchen erzähle. (Zuruf des Abgeordneten Nohl.) Für eine Aufklärung der schulentlassenen Jugend in dem notwendigen Maße sind wir durchaus, um sie gegen die Gefahren zu feien, die aus der Beteiligung mit dem Leben für sie kommen. Also in diesen Dingen finden Sie unsere vollkommene Unterstützung.

Wenn Sie aber unter Sexualaufklärung verstehen, daß man vielleicht schon schulpflichtige Jugend über Verhütungsmittel unterrichtet (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Das ist ja Quatsch!), oder wenn man unseren Frauen mit Ausstellungen und Vorträgen, wie es jüngst in Elberfeld geschehen ist, Ratschläge in der Öffentlichkeit, in offenen Versammlungen erteilt, wie sie das keimende Leben beseitigen können (Zuruf des Abgeordneten Renner: Wer hat das gemacht? — Zuruf des Abgeordneten Nohl: Das ist ein unerhörter Vorwurf!), dann müssen wir allerdings sagen, daß wir eine solche Volksaufklärung für eine Volksverfeuchung schlimmster Art halten, daß wir für solche Dinge nicht zu haben sind. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ich möchte den Elberfelder Staatsanwalt sehen, der dagegen nicht eingeschritten wäre!)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Herr Abgeordneter Renner, ich rufe Sie zur Ordnung. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Wegen eines Zwischenrufes wird man zur Ordnung gerufen! Das wird immer schöner hier!)

Abgeordnete Frau Schumacher-Köhl (fortfahrend):

Es tut mir leid, daß ich nicht in der Lage bin, die Proteste, die Sie von links einlegen, zu verstehen. Aber ich glaube auch, daß der Versuch vergeblich wäre, sich über diese Dinge auch nur irgendwie mit Ihnen zu verständigen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Zum Schluß möchte ich sagen, daß die praktische Arbeit auf dem Gebiete der Kinder- und Jugendpflege wohl an keiner Stelle so konzentriert vorhanden ist wie in den Kreisen, die auch in politischer Hinsicht uns nahesteht. Wenn Sie sich das Heer der Menschen ansehen wollen, die sich in der Jugendarbeit lange aufgeopfert haben, ehe Sie (nach links) da waren, und die auch heute noch führend sind auch auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge — fragen Sie einmal nach, wer die Initiative auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge in Köln und anderswo ergriffen hat (Zuruf des Abgeordneten Renner: 15 RM für ein Kind und 50 RM für einen Hund!) — wenn Sie sich dieses Heer von Menschen einmal ansehen und zusehen, was sie praktisch Tag für Tag, ohne zu reden, leisten (Zuruf links: Die wissen auch, weshalb!), dann kommen Sie zu einer ganz anderen Bewertung dessen, was uns hier in großen Protest- und Schreiden vorgefetzt wird. (Bravo und Händeklatschen im Zentrum.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Sie gestatten, daß ich nun mit einem Wort auf den Haushaltsplan der Provinzialverwaltung zurückkomme. (Heiterkeit.)

Es ist der Posten Gesundheits- und Erholungs-fürsorge für Kinder Nichtversicherter, der im vorigen Jahr mit 200 000 RM dotiert war und der in diesem Jahr auf 150 000 RM herabgesetzt worden ist, um dessen evtl. Erhöhung es sich jetzt handelt. Es ist dazu

der Antrag gestellt worden, diesen Betrag auf möglichst 200 000 RM zu erhöhen. Ich möchte zunächst bemerken, daß die Herabsetzung des Betrages von 200 000 auf 150 000 RM selbstverständlich dem Provinzialausschuß wie auch mir persönlich gewiß sehr schwer gewesen ist; aber die Gründe, die dazu bewogen haben, sind einmal die allgemeine Finanzlage und die Notwendigkeit, auf allen Gebieten eine Kürzung der Ausgaben vorzunehmen. Es kam die Tatsache hinzu, daß man bei der ursprünglichen Einsetzung dieses Betrages die Absicht hatte, die Kinder Nichtversicherter gleichzustellen mit den Kindern Versicherter, für die ja von der Landesversicherungsanstalt in großem Maße Erholungs- und Heilkuren bewilligt wurden. Inzwischen ist aber die Finanzlage der Landesversicherungsanstalt so geworden, daß dort der Betrag um mehr als die Hälfte gekürzt werden mußte. (Abgeordneter Hoffmann: Leider!) Wenn wir nun hier bei den Kindern Nichtversicherter den Betrag nur um ein Viertel kürzen, so stellen wir hiermit in Zukunft die Kinder Versicherter gestellt sind. Es kam weiter in Betracht, daß es zweifelhaft ist, ob überhaupt dieser Betrag von 150 000 RM Verwendung finden wird, denn für die einzelne Kur, die hieraus bewilligt wird, muß die örtliche Stelle ebenfalls 50 Prozent zuschießen, und bei der Lage der Finanzen der Kommunen fragt es sich, ob entsprechend genügend Anträge mit der Zusage, diese 50 Prozent zu tragen, überhaupt in der Zentrale eingehen. Infolgedessen war der Provinzialausschuß der Ansicht, daß hier eine Kürzung von 200 000 auf 150 000 RM wohl möglich wäre.

Der Antrag auf Erhöhung dieses Betrages wieder auf 200 000 RM ist dann dem Provinzialausschuß mitgeteilt worden, und der Provinzialausschuß hat erneut gestern dahin Stellung genommen, es bei dem Betrage von 150 000 RM zu belassen. Der Antrag ist dann in die erste Sachkommission gekommen, und die hat ebenfalls, wie der Herr Berichterstatter mitteilte und wie ja auch jetzt aus der Drucksache hervorgeht, den Provinziallandtag gebeten, den Antrag abzulehnen. Inzwischen hat dann aber der IV. Sachausschuß zu dem Antrag auch einen Deckungsvorschlag beschlossen, der dahin geht: Die Deckung soll in der Weise erfolgen, daß in erster Linie dazu die Dispositionsfonds der allgemeinen Verwaltung verwandt werden. In zweiter Linie, soweit die Auffüllung auf 200 000 RM aus den Dispositionsfonds nicht möglich ist, soll der Ausgleich innerhalb der Positionen 1 bis 17 des Kapitels 48 geschaffen werden.

Was den zweiten Satz angeht, so ist er nicht notwendig; denn das steht schon in einer Schlußbemerkung im Haushaltsplan, daß die Kapitel 1 bis 17 sich gegenseitig übertragen, so daß, was auf der einen Seite erspart wird, ohne weiteres auf der anderen Seite verwendet werden kann. Was nun die Deckung aus dem Dispositionsfonds der allgemeinen Verwaltung angeht, so sind in der allgemeinen Verwaltung zwei Dispositionsfonds, ein Dispositionsfonds des Provinzialausschusses von 25 000 RM und ein Dispositionsfonds des Landeshauptmanns von 5000 RM. Wenn Sie wörtlich danach verfahren würden, dann würden Sie den beiden Stellen diese Dispositionsfonds ohne weiteres entziehen; sie müßten dann zur Deckung der hier fehlenden 50 000 RM verwandt werden. Was

aber die Höhe dieser Dispositionsfonds angeht, so glaube ich, daß es keine größere Verwaltung gibt, in der die leitende Stelle das ganze Jahr hindurch nur über einen Dispositionsfonds von sage und schreibe 5000 RM, wie hier der Leiter der Verwaltung, verfügt. Es kommt aber noch ein weiteres hinzu. Gestern ist auch der Haushaltsplan der allgemeinen Verwaltung mit diesem Dispositionsfonds schon angenommen worden, so daß Sie doch heute nicht gut den gezeigten Beschluß wieder umstoßen können und nun bestimmen: diese Dispositionsfonds werden dort wieder entzogen und hier der Gesundheitsfürsorge und Erholungsfürsorge der Kinder Richtversicherter zugeführt.

Nach der formalen Seite möchte ich dann noch bemerken: Dieser zweite Absatz ist bis jetzt weder dem Provinzialausschuß noch dem ersten Sachausschuß vorgelegt worden. Wenn also der Provinziallandtag über diesen zweiten Absatz beschließen will, so müßte nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung zunächst dem Provinzialausschuß Gelegenheit gegeben werden, dazu Stellung zu nehmen, um so mehr, als es sich hier um die Entziehung seines eigenen Dispositionsfonds handelt. Ebenso müßte der erste Sachausschuß noch zu diesem zweiten Absatz Stellung nehmen.

Unter diesen Umständen möchte ich mir den Vorschlag erlauben, entweder in dieser Weise zu verfahren und heute überhaupt nicht abzustimmen, sondern diesen beiden Stellen diesen Antrag nochmals zur Beschlußfassung zu überweisen, oder auf den zweiten Absatz zu verzichten und es bei dem ersten Absatz zu belassen, wo es heißt: „Der Betrag soll auf möglichst 200 000 RM erhöht werden.“ Dann wird es Sache des Provinzialausschusses sein, zu prüfen, ob diese Möglichkeit vorliegt, und ob und woher die Mittel zu der Erhöhung auf 200 000 RM genommen werden können.

Stellvertretender Vorsitzender **Berle**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. **Stein**: Meine Damen und Herren! Die kommunistische Rednerin hat vorhin die Behauptung aufgestellt, es sei auf der rechten Seite der Zwischenruf erfolgt, die jugendlichen Erwerbslosen seien Faulenzen. Aus den Ausführungen des Redners der Nationalsozialistischen Partei konnte der Verdacht entstehen, daß der Zwischenruf von unserer Seite erfolgt wäre. Ich stelle fest, daß das nicht der Fall gewesen ist. Es ist seitens eines Mitgliedes unserer Fraktion ungefähr folgender Zwischenruf gemacht worden: „Sie (zu der Linken hingewendet) würden es am liebsten sehen, wenn die Jugendlichen faulenzten oder andere für sie arbeiteten.“ (Zuruf des Abgeordneten **Renner**: Das ist genau so ein arroganter Ausdruck!) Ich glaube, das kann man unterschreiben. — Herr Abgeordneter **Renner**, das ist nicht genau dasselbe. Können Sie den Unterschied nicht sehen? (Zuruf von den Kommunisten.) Na ja, dann lassen Sie sich einmal auf Ihre Geisteskräfte untersuchen. (Sehr gut! rechts.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist hier wiederholt auch die Arbeitsdienstpflicht herangezogen worden. Meine Partei steht auf dem Standpunkt, daß lediglich die Einführung der Arbeitsdienstpflicht es uns ermöglichen wird, die jugendlichen Erwerbslosen zu beschäftigen und zu tüchtigen Menschen zu erziehen. Wir bedauern es alle, daß bisher die maßgebenden Stellen sich noch nicht mit dem Gedanken

so richtig befreunden können. Wir sind aber davon überzeugt, daß die Not, in der sich unser Volk befindet, die Folge haben wird, daß man sich intensiv mit dem Problem beschäftigen und auch eine Lösung finden wird. Zu lösen ist die Frage. Es sind allerdings erhebliche finanzielle Mittel dazu erforderlich, die aber nicht besser angewandt werden könnten, als wenn wir unsere Jugend an die Arbeit bringen.

Im übrigen habe ich namens meiner Fraktion mitzuteilen, daß wir den sämtlichen Ausschußanträgen zustimmen werden.

Stellvertretender Vorsitzender **Berle**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Jansen**.

Abgeordneter **Jansen**: Verehrte Damen und Herren! Ich wollte zunächst einige Worte sagen zu den Anregungen des Herrn Landeshauptmanns. Es war uns im IV. Sachausschuß nur darum zu tun, das Ziel zu erreichen, daß bei der noch steigenden Not der Kinder möglichst viel für ihre Heime getan werde. Die Deckungsfrage ist deshalb in dieser Weise gelöst, weil es Vorschrift ist, bei dem Antrag zugleich auch die Deckungsfrage zu weisen. Wenn der Herr Landeshauptmann der Auffassung ist, daß auch ohne diesen Passus 2 die Möglichkeit gegeben ist, wenn die Gemeinden die Summe bis zu 50 Prozent anfordern sollten, so sind wir von unserer Fraktion ohne weiteres bereit, den zweiten Passus fallen zu lassen und nur den ersten als Beschluß anzunehmen, d. h. auf mögliche Erhöhung auf 200 000 RM; denn wir fürchten, daß, wenn wir den Antrag noch einmal in den IV. Sachausschuß hineingehen lassen oder wenn jetzt abgestimmt wird, daß dann eine solche Verwirrung entsteht, daß nachher etwas herauskommt, was wir überhaupt nicht wollen. Darum möchte ich namens unserer Fraktion der Anregung des Herrn Landeshauptmanns zustimmen, die wir als Antrag wiederholen, den Passus 2 wegzulassen und den Antrag allein mit dem Passus 1 anzunehmen.

Meine Damen und Herren! Ich wollte dann noch wenige Worte sagen, so leid es mir tut, die nicht zum Haushaltsplan gehören, die aber notwendig sind wegen einzelner Ausführungen, die namentlich von den Nazis hier gemacht worden sind. Wenn der Vertreter der Nazi-Fraktion sich hier hinstellt, gleichsam als Schildhalter vor unsere heiligsten Güter (Zuruf des Abgeordneten **Renner**: Der Zweck heiligt die Mittel!), vor Ehe, Familie und Kind, so lehnen wir das ganz bewußt ab, die Nazis als Schützer von sittlichen Interessen anzusehen. Ich erkläre Ihnen schon jetzt, daß, wenn er auch in Zukunft den Versuch machen sollte, uns durch solche Bemerkungen auf das Katheder zu rufen, wir diesen Verlockungen nicht folgen werden. Uns sind die Begriffe: Familie, Ehe und Kind sehr heilige Begriffe. (Zuruf des Abgeordneten **Renner**: Sie dürfen nur kein Geld kosten!) Wenn die Nazis sich als Schildhalter auführen, mögen sie doch einmal nachlesen, was Ihr Herr Hitler selbst am 1. August 1929 vom Kinde gesagt hat. Wenn er dort im „Niederländischen Beobachter“ der Auffassung ist, daß, wenn in Deutschland jährlich 1 Million Kinder geboren würden und man 7= bis 800 000 der Schwächsten beiseite (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), es dann um das deutsche Volk besser stehen würde (Psui-Muse in der Mitte und links), wenn man mit solchem behlehmischen Kindermord unser Volk sanieren

will, so lehnen wir eine solche brutale Grausamkeit ab, weil das Kind uns heiliger ist, als daß es nach der Geburt aus der Welt geschafft werden soll. (Zuruf aus dem Zentrum: Das war eine klatschende Ohrfeige, Herr Simon!) Meine Damen und Herren! Uns sind das sehr heilige Dinge. Es liegt mir fern, hier weder den Nazis noch den Herren von der Linken die katholische Auffassung über Ehe, Familie und Kind vorzutragen zu wollen. Wer die in ihrer ganzen Reinheit kennen lernen will, der lese sich die Enzyklika des Heiligen Vaters durch (Zuruf des Abgeordneten Beck: Und die Lehre des heiligen Alfons von Liguori!), eine Rundgebung vor dem ganzen Erdrunde, vor der auch die Nichtkatholiken sich mit Ehrfurcht gebeugt haben. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Na, man hat es auch schon anders gelesen!) Uns ist Ehe und Familie eine *res sacra*, eine heilige Sache, eine *res soeratissima*. Aber die ehrfurchtslose Art, mit der in der heutigen Zeit von religionslosen Schichten unseres Volkes diese heiligsten Dinge behandelt werden, die nicht einmal mehr ein ehrfürchtiges Wort kennen zur Behandlung dieser heiligsten Sachen, lehnen wir ab. Diese ehrfurchtslose Art, wie heute Frau und Kinder und die Familie behandelt werden, ist die Ursache, daß dem Abendlande tatsächlich der Untergang droht. (Sehr gut! in der Mitte. — Zuruf des Abgeordneten Riegel: Sprechen Sie einmal zu jener Ecke (zur Rechten) dort drüben!) Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind der Auffassung, daß unsere religiöse Weltanschauung sich deckt mit den Naturgesetzen, und die allerbedeutendsten Bevölkerungspolitiker der Gegenwart danken es uns, daß wir unsere Stellung naturwissenschaftlicher Art so klar als Religionsauffassung in den Vordergrund gestellt haben. (Zurufe von den Kommunisten.) Wir stützen mit unserer katholischen Verfassung Ehe, Familie und Kind (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Auf dem Papier!) und wir lehnen es ab, sowohl von rechts wie von links irgendeine Belehrung darüber zu bekommen, wie wir diese Dinge noch heiliger zu halten haben, als wir es tun. Wir wissen, daß unsere Auffassung die richtige ist, und daß sie allein imstande ist, Staat, Familie und Gesellschaft zu retten. (Bravo! im Zentrum.)

Stellvertretender Vorsitzender *G e b e r l e*: Die Aussprache ist geschlossen. Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter *Kurth*.

Abgeordneter *Kurth*: Durch die Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns zu der Drucksache 153, betreffend Erhöhung der Position Kapitel 48, Titel 2, sind wir in eine sehr unangenehme Situation gekommen. Wir haben mehrere Vorschläge vor uns liegen, den Vorschlag des IV. Sachausschusses, den Vorschlag des I. Sachausschusses und nunmehr auch den mündlich gemachten Vorschlag des Herrn Landeshauptmanns. Ich bedauere ganz außerordentlich, auch in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des IV. Sachausschusses, daß die Verwaltung keine Gelegenheit genommen hat, bei den eingehenden Beratungen dieses Ausschusses ihre Meinung zu den Wünschen und Forderungen dieses Sachausschusses zu geben. Ich halte es für ausgeschlossen, daß die Verwaltung, nachdem der Ausschuß in eingehender Beratung gestanden hat, hier vor das Plenum tritt und versucht, diesen Beschluß des Ausschusses über den Haufen zu werfen. Der zuständige Vertreter im IV. Sachausschuß erklärte, er

sei im Augenblick nicht in der Lage, zu diesem zweiten Absatz, nämlich dem Deckungsvorschlag, Stellung zu nehmen. Ich müßte mir dann für die Zukunft als Vorsitzender dieses Ausschusses vorbehalten, den Herrn Landeshauptmann zu den Beratungen des Ausschusses herbeizubitten; denn ich lege großen Wert darauf, daß die Beschlüsse eines solchen Ausschusses möglichst in Übereinstimmung mit der Auffassung der Verwaltung gefaßt werden. Es ist nicht tragbar, vor dem Plenum nun die Beschlüsse der verschiedenen Ausschüsse gegeneinander auszuspielen. Auf jeden Fall stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Antrag des Herrn Landeshauptmanns insofern ein ganz neuer Vorschlag ist, als er sich bereit erklärt, die Summe auf 200 000 RM zu erhöhen, ohne daß dem Provinziallandtag der Deckungsvorschlag gemacht wird. Ich bestehe als Vorsitzender des Sachausschusses darauf, daß der Sachausschuß IV erneut in eine Beratung eintritt und daß der Herr Landeshauptmann in diesem Ausschuß erklärt, aus welchen Mitteln, Fonds oder sonstigen Quellen die mehrgeforderten Beträge herauszuholen sind.

Stellvertretender Vorsitzender *G e b e r l e*: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. *Horion*: Meine Damen und Herren! Es ist mir selbstverständlich nicht möglich, in vier Sachausschüssen zu sein, wenn vier Sachausschüsse gleichzeitig tagen. Es ist mir aber auch berichtet worden, daß meine Vertreter eingehend Stellung genommen haben, und sie konnten nur eine einzige Stellung nehmen, nämlich die des Provinzialausschusses. Die Stellung des Provinzialausschusses geht dahin, den ganzen Antrag abzulehnen. Das ist ausdrücklich im Provinzialausschuß beschlossen worden, und das ist auch von meinen Vertretern im IV. Sachausschuß gesagt worden. (Sehr richtig! in der Mitte.) Was ich hier darüber hinaus getan habe, das ist der Versuch, eine Anregung zu geben, um einen Mittelweg zu finden, auf dem man sich einigen kann. Ich gebe allerdings zu, daß ich damit abweiche von dem Votum des Provinzialausschusses und daß mir grundsätzlich die Annahme des Votums des Provinzialausschusses lieber ist, der mit großer Mehrheit gebeten hat, den ganzen Antrag abzulehnen. So liegt die Sache.

Dann habe ich auf die formelle Seite, auf die Geschäftsordnung hingewiesen, die verlangt, daß solche neuen Anträge, wie sie heute erst in der Kommission gestellt worden sind — darin liegt ja die ganze Schwierigkeit, daß dieser neue Antrag erst heute morgen plötzlich herausgekommen ist —, korrekterweise zuerst an den Provinzialausschuß gehen, damit er Stellung nehmen kann, und dann an den I. Sachausschuß. Ich stelle das Ihnen ganz anheim und würde es ebenso begrüßen, wenn dieser formellen Vorschritt entsprochen und nunmehr der Antrag zuerst nochmals dem Provinzialausschuß überwiesen würde, wenn dann das Votum des Provinzialausschusses in einer neuen Sitzung des IV. Sachausschusses vorgetragen würde.

Stellvertretender Vorsitzender *G e b e r l e*: Es hat sich niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Aussprache ist nun endgültig geschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen auch vorschlagen, diesen Antrag, wie er jetzt auf 153

vorliegt, der ja zwei Vorschläge enthält, dem Provinzialausschuß zu überweisen, daß dann der Provinzialausschuß das Erforderliche veranlaßt und darüber beschließt und daß der Fachausschuß I nochmals dazu Stellung nimmt. Wir können ja gar nicht über 153 abstimmen, meine Herren. (Zuruf: Warum denn nicht?) Sie sehen doch, daß gleichzeitig der Antrag des I. Fachausschusses besteht. Nun ist die Frage, über welchen Antrag wir zuerst abstimmen sollen. (Zuruf: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!) Die Dinge haben sich nach meiner Meinung und nach den Darlegungen des Herrn Landeshauptmanns sowie auch nach den Darlegungen der Herren Abgeordneten Jansen und Kurth doch etwas verschoben. (Zustimmung.) Um aus diesen Dingen herauszukommen, wäre es zweckmäßig — das ist mein Vorschlag —, daß wir die ganze Sache dem Provinzialausschuß überweisen. Dann können wir vielleicht morgen oder heute endgültig darüber Beschluß fassen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Ich halte den Vorschlag des Herrn Präsidenten nicht für richtig. Es liegt hier der Vorschlag des I. Fachausschusses und des Provinzialausschusses vor, dem Beschlusse des Provinzialausschusses zu folgen und den Antrag abzulehnen. Wenn das geschehen ist, dann liegt immer noch der Weg offen, über den Antrag einiger Herren des Zentrums, den der IV. Fachausschuß gestellt hat, noch in einem Ausschuß zu beraten und ihn eventuell mit der Modifikation des Herrn Landeshauptmanns anzunehmen. Ich sehe aber nicht ein, warum über den Antrag auf völlige Ablehnung nicht abgestimmt werden soll; das ist der weitestgehende Antrag.

Stellvertretender Vorsitzender G e r l e: Ich möchte doch auf folgendes hinweisen. Wir haben aus dem Nachtrag zwei Punkte übernommen. Ich habe aus dem Vermerk des Herrn Vorsitzenden entnommen, als wenn es drei Punkte wären. Es scheint sich, nachdem der Nachtrag im Umdruck vorliegt, nur um zwei Punkte zu handeln, 61 und 62. Wir sind jetzt bei der geschäftsmäßigen Erledigung des Antrages Nr. 62, und da steht: Vorschlag des Fachausschusses 153. Sie haben aber auf dem Vorschlag 153 zwei Vorschläge (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Es steht ja auch auf 153: Antrag des III. und IV. Fachausschusses. Der weitestgehende ist der auf Ablehnung!) Und der Antrag des Fachausschusses I.

Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen und Herren! Um auch in diesem Punkte möglichst eine Einigung herbeizuführen, möchte ich Ihnen vorschlagen, daß die beiden Fachausschüsse I und IV entweder heute nachmittag oder morgen vormittag zusammentreten und daß erst dann die Abstimmung erfolgt.

Stellvertretender Vorsitzender G e r l e: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Dann bin ich allerdings zur Wahrung der Rechte des Provinzialausschusses genötigt, darum zu bitten, daß vorher der Provinzialausschuß zusammentritt. (Zuruf des Ab-

geordneten Dr. Hagen: Das sehe ich als selbstverständlich voraus!)

Stellvertretender Vorsitzender G e r l e: Herr Abgeordneter Hagen setzt es als selbstverständlich voraus, daß sich der Provinzialausschuß noch einmal mit der Sache beschäftigt. Ich möchte Sie dringend bitten, doch dem Vorschlage nun zuzustimmen. Ich lasse darüber abstimmen.

Ich bitte diejenigen, die sich nach dem Vorschlage des Herrn Abgeordneten Hagen entscheiden wollen, sich zu erheben, also diejenigen, die für den Vorschlag des Herrn Hagen sind. — Das ist die Mehrheit.

Dann kommen wir zur Abstimmung zu dem Antrag des IV. Fachausschusses. Dazu sind die verschiedensten Abänderungsanträge gestellt. Wer dafür ist, daß der Antrag des IV. Fachausschusses zu Kapitel 48 des Haushaltsplanes für 1931, betreffend Jugendwohlfahrt, zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Damit sind die Anträge 63 und 64 erledigt. Der Antrag auf 144 . . . (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Laufende Nr. 2!) — Einen Augenblick. — Damit ist der Antrag auf 144 auch angenommen, Antrag 62 ist durch die eben vorgenommene Abstimmung abgelehnt.

Bei 4 bitte ich diejenigen, die entsprechend dem Vorschlage des Fachausschusses beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Bei Punkt 5 und 6 (Anträge Nr. 65 und 66) wird Ablehnung beantragt. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Es ist so beschlossen.

Bei 7 bitte ich diejenigen, die dem Vorschlage der Fachausschüsse entsprechend beschließen wollen, sich zu erheben. — Damit ist der Punkt 7 ebenfalls erledigt.

Bei Punkt 8 der Tagesordnung wird unveränderte Annahme empfohlen. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. (Zuruf von den Kommunisten: Zur Geschäftsordnung!)

Dann noch in der Nachtragstagesordnung. (Erneuter Zuruf von den Kommunisten: Zur Geschäftsordnung!) — Einen Augenblick. —

In der Nachtragstagesordnung ist noch der Punkt 61: Antrag der SPD., betreffend Einführung eines 9. Schuljahres mit verhandelt worden. Ich bitte diejenigen, die dem Vorschlag des Fachausschusses auf Drucksache 152 die Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Beck.

Abgeordneter Beck: Die kommunistische Fraktion hat einen Antrag gestellt auf Bereitstellung von 50 000 RM für Zwecke der Säuglingsfürsorge, der in der laufenden Nr. 2 des Antrages 67 erscheint. Darüber ist noch nicht abgestimmt worden. Ich beantrage Abstimmung.

Stellvertretender Vorsitzender G e r l e: Ich bitte diejenigen, die auch bei Nr. 2 der Tagesordnung nach dem Vorschlage des Fachausschusses beschließen wollen, sich zu erheben. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Auszählen!) Ich bitte um die Gegenprobe. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Die Nazis bleiben auch sitzen!) Ich bitte diejenigen, die für Ablehnung sind, sich zu erheben. Der Sitzungsvorstand ist sich darüber einig, daß jetzt die Mehrheit steht und der Antrag somit

abgelehnt ist. (Pfeif-Rufe bei den Kommunisten. — Zuruf des Abgeordneten Renner: Praktische Fürsorge fürs Kind!)

Wir kommen nunmehr zu Punkt 9. Berichtserstatter für den V. Sachausschuß ist Herr Abgeordneter Rath.

Abgeordneter Rath: Meine Damen und Herren! Sie finden den Antrag auf Drucksache 11. Das Hohe Haus hat sich seit verschiedenen Jahren mit derselben Materie befaßt. Ich nehme an, daß den Mitgliedern der Inhalt des Antrages bekannt ist, und darf auf die ausführliche Druckschrift Bezug nehmen. Neu ist in diesem Jahre zum ersten Male eine Aufstellung über den derzeitigen Stand der beim Provinzialverband bis zum 1. Februar 1931 übernommenen Bürgerschaft bzw. der aufgenommenen Darlehen. Auf diese Aufstellung, die sehr eingehend ist, und aus der Sie den Stand genau feststellen können, insbesondere auch die Summen, die bereits im Laufe der Jahre zurückgezahlt worden sind, darf ich Bezug nehmen.

Der V. Sachausschuß empfiehlt Ihnen also, den Bericht zu 1, 2 und 3 durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären. Bürgschaften aus allgemeinen Mitteln werden nicht mehr verlangt; der Geldmarkt ist so, daß sie nicht mehr notwendig erscheinen. Dagegen befindet sich im Preussischen Wohlfahrtsministerium ein Fonds, aus dem der Provinzialverband verbilligte Mittel unter Uebernahme der Bürgerschaft der Provinz zur Weiterleitung an die Privatanstalten zur Verfügung gestellt werden. Der Ausschuß bittet Sie, zu genehmigen, daß dem Provinzialausschuß die Ermächtigung erteilt wird, eine Summe bis zur Gesamthöhe von 300 000 RM zur Weitergabe an die Privatanstalten unter Uebernahme der Bürgerschaft der Provinz zu übernehmen. Er empfiehlt das in seiner großen Mehrheit um so mehr, als der Zinsfuß von 4 Prozent durchaus billig ist und die Dauer der Darlehenshingabe vier Jahre beträgt.

Zu diesem Antrage Drucksache 11 liegt ein Antrag der kommunistischen Fraktion vor, der sich auf Drucksache 114 befindet. Der Antrag lautet: „Der Provinziallandtag wolle beschließen: Alle dem Karitasverband und anderen Organisationen gewährten Darlehen und Bürgschaften werden zum nächsten möglichen Termin gekündigt.“ Das ist der erste Satz. Der Ausschuß bittet Sie in seiner großen Mehrheit, diesen Antrag als unzulässig zu erklären, denn der Provinzialverband ist hier nur Bürge für Darlehen, die vom Wohlfahrtsministerium oder von anderen Geldgebern gegeben worden sind. Der Bürge ist aber nicht berechtigt, ein Darlehen zu kündigen; das steht nur dem Gläubiger zu. Der Antrag ist also unzulässig, und der Ausschuß bittet Sie, ihn deshalb abzulehnen.

Der zweite Satz lautet: „Weitere Mittel werden nicht mehr bewilligt.“ Der Antrag ist durch den Vorschlag, den ich soeben dem Hohen Hause zur Annahme unterbreitet habe, nämlich 300 000 RM aus dem Fonds des Wohlfahrtsministeriums zu übernehmen, erledigt. Im Namen der großen Mehrheit des V. Sachausschusses bitte ich, ihn abzulehnen.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Als Berichtserstatter für den I. Sachausschuß hat Herr Abgeordneter Dr. Saßen das Wort.

Abgeordneter Dr. Saßen: Der I. Sachausschuß schließt sich dem Botum des V. Sachausschusses an.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Beck.

Abgeordneter Beck: Wir haben den Antrag gestellt, daß in Zukunft keine Gelder und Bürgschaften mehr für diese Heime übernommen werden. Wir ließen uns von dem Grundsatz leiten, daß das Zentrum, das ja als Hauptorganisation in erster Linie von diesen Bürgschaften profitiert (Widerspruch im Zentrum), gar nicht mit dem Ernst vorgeht, den es nach außen hin vorgibt. Ich möchte folgendes gleich betonen: bei dem Krüppelheim Engers wurde ein Darlehen von 585 000 RM gegeben. In diesem Krüppelheim war ein Anstaltsarzt, der mehrfach buchstäblich geprügelt hat, und erst durch unser Einschreiten mußte selbst das bürgerliche Gericht dazu übergehen, diesen Arzt unter Strafe zu stellen. Er kam allerdings mit einem blauen Auge davon, weil die ganze Geschichte hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde. Man mußte sogar schließlich diesen Anstaltsarzt verfechten.

Aber ganz deutlich befundet das Zentrum selbst, wie man eigentlich die Wohlfahrtspflege auffaßt. Ein Dr. Brenking hat auf dem Katholikentage 1930 gesagt: „Der Kulturkampf wird zum größten Teile auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege ausgetragen.“ Ein Pater Erhardt, der Mitglied des Ordens vom hl. Franziskus ist, hat ein Buch „Die katholische Aktion“ geschrieben, worin er folgendes zum Ausdruck bringt: „Hervorhebung und Betonung der materiellen Verbesserungen kann in Anbetracht der allgemeinen Stimmung eine organisatorische Taktik sein, nämlich für unsere Vereine viele Leute zu gewinnen.“ Sowohl, materiell werdet Ihr von der Provinz, vom Reich und den Ländern unterstützt, und damit wollt Ihr nichts anderes, als was dieser Pater zum Ausdruck bringt: die Dummen fangen mit den Geldern der Provinz, mit jenen Millionenbeträgen, die wir hier bewilligen sollen. Mit diesen Geldern füllt das Zentrum mit seinen Hunderten von Nebenorganisationen seine Reihen auf; mit diesen Bettelsummen werden dann die christlichen Arbeiter, Jungfrauen und Jünglinge eingefangen. Hier stellt man ganz bewußt — ich sage ausdrücklich; ganz bewußt, denn dieser Pater hat es in seinem katholischen Buch unterstrichen und betont — materielle Forderungen als Lockvogel in den Vordergrund, damit die christlichen Arbeiter eher auf diesen Leim kriechen. Er drückt in diesem Zusammenhang noch etwas anderes aus, was ebenfalls kennzeichnend für die karitativen Organisationen ist. In demselben Buch heißt es nämlich auf Seite 52: „Aber auch in der Anpassungsfähigkeit ist die Kirche nicht gebunden an irgendeine Regierungsform, an irgendeine besondere politische Richtung.“ Nun, Italien ist ja ein deutliches Beispiel. Heute so, morgen so; heute für König und Kirche, morgen für Vaterland und Kirche. Je nachdem der Wind weht, stellen sich diese Organisationen um. Wir stellen hier nochmals fest: Das Zentrum versteht es trefflich, auch hier in der Rheinprovinz mit dem Worte „Der Zweck heiligt die Mittel“, nach wie vor die Massen zu betören.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Rath. (Abgeordneter Rath verzichtet aufs Wort.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich

bitte diejenigen, die für den Antrag des Sachausschusses sind, sich zu erheben. (Zuruf bei den Kommunisten: Das Haus ist nicht beschlußfähig! — Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wenn wir stehen, hat die Abstimmung bereits begonnen! Vor und nicht während der Abstimmung muß die Beschlußfähigkeit bezweifelt werden!) Das Büro stellt fest, daß das Haus beschlußfähig ist (Lachen links), und daß die Mehrheit für den Antrag ist. Damit ist Punkt 9 im Sinne des Vorschlages des Sachausschusses erledigt.

Wir kommen zu den Punkten 10 bis 14. Berichtserstatterin zu 10 und 11 ist Fräulein Timmermans.

Abgeordnete Fräulein Timmermans: Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß hat zu den Kapiteln 41, 44 und 50 und in einer Ergänzung zu Anlage 4, 5 und 6 Stellung genommen und im Sinne der Verwaltungsvorlage entschieden. Der Sachausschuß mußte, wie alljährlich, auch Stellung nehmen zu der Art der Arbeit und Beschäftigung der Anstaltsinsassen. Bei dieser Aussprache wurde von der Mehrheit des Ausschusses eine Formulierung dahingehend gefunden, daß wir wünschen, daß wie bislang Beschäftigung und Arbeit von erzieherischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten getragen sind. Die Produkte der Arbeit werden für die Provinzialanstalten benützt und finden außerdem Absatz in Privatanstalten, in die Böglinge von der Provinzialverwaltung hineingegeben werden. Auch dazu hat der Ausschuß seine Zustimmung gegeben, weil er überzeugt ist, daß bei dieser Methode keineswegs privatwirtschaftliche Interessen gefährdet sind. Einmal ist es Pflicht der Volksgesamtheit, dafür zu sorgen, daß die Anstaltsinsassen in vernünftiger Weise beschäftigt werden, und zum anderen haben die Produkte eine Preislage, die nicht als Konkurrenz gegenüber dem Angebot der Privatwirtschaft angesehen werden kann.

Ich darf dann vielleicht noch zu den Ausführungen des Herrn der kommunistischen Fraktion bezüglich der Krüppelfürsorge sagen, daß die Mitglieder des V. Sachausschusses es bedauern, daß er diese Ausführungen nicht im Ausschuß gemacht hat. (Sehr richtig! beim Centrum.) Dann hätte schon im Ausschuß festgestellt werden können, daß dieses Vorkommnis allerdings so gewesen ist, daß aber die Provinzialbehörde gleich eingeschritten ist. Der Arzt ist entlassen worden und ein anderer ist an seine Stelle gesetzt worden, ohne daß die Kommunisten dazu etwas zu tun brauchten. (Sehr richtig! im Centrum.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu Nr. 12 hat als Berichtserstatter Herr Abgeordneter Gidmann das Wort.

Abgeordneter Gidmann: Meine Damen und Herren! Das Kapitel 42 des Haupthaushaltsplanes betrifft die Fürsorge für Geistesranke; es ist eine Verpflichtung der Provinz, die auf gesetzlicher Vorschrift beruht. Durch Sparmaßnahmen ist es gelungen, die Einnahmen in diesem Etat um rund 1½ Millionen zu senken, hauptsächlich infolge Ermäßigung des Pflegegeldes, das von den Fürsorgeverbänden zu tragen ist. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben um rund 3 Millionen gesenkt worden, so daß eine sparsame Stataufstellung stattgefunden hat. Der IV. Sachausschuß beantragt daher die unveränderte Annahme der Vorlage.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu Nr. 13 und 14 hat als Berichtserstatter Herr Abgeordneter Kuhnen das Wort.

Abgeordneter Kuhnen: Meine Damen und Herren! Zu dem Antrage des V. Sachausschusses, Kapitel 43 des ordentlichen Haushaltsplanes, Fürsorge für Taubstumme und Blinde einschließlich Bildungswesen und ferner des Unterhaushaltsplanes hierzu, Provinzial-Taubstummenheim Guskirchen, Provinzial-Taubstummenanstalten und Provinzial-Blindenunterrichtsanstalten schlägt der V. Sachausschuß unveränderte Annahme vor.

Zur laufenden Nr. 14, Antrag 10, Errichtung eines Neubaus der Provinzial-Taubstummenanstalt in Lachen, schlägt der V. Sachausschuß ebenfalls unveränderte Annahme vor. Ich darf da besonders auf den Bericht und Antrag des Provinzialausschusses hinweisen, wo es am Schlusse heißt: „Die Inangriffnahme des Neubaus wird erst erfolgen, wenn es möglich ist, die erforderlichen Kosten durch eine langfristig aufzunehmende Anleihe zu decken.“ Die Mehrheit des V. Sachausschusses ist von der Notwendigkeit dieses Baues so überzeugt, daß ich wohl an den Herrn Landeshauptmann die Bitte richten darf, daß, sobald die Anleihe hereingebracht wird, mit dem Bau begonnen wird. Wir haben den Wunsch, daß das möglichst bald geschehen möge, weil die Errichtung dieser Anstalt ein dringendes Bedürfnis ist.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort in der Erörterung hat Herr Abgeordneter Bed.

Abgeordneter Bed: Meine Fraktion besteht darauf, daß noch in diesem Jahre in Brauweiler vor allem die beiden Schlaffäle umgebaut werden. Diese beiden Räume befinden sich in einem unhaltbaren Zustand. Wenn wir anlässlich eines Besuches durch die Vertreterin des Zentrums in Brauweiler, die vorhin als Berichtserstatterin auftrat, nur Loblieder über die dortigen Verhältnisse hörten, so glaube ich, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, hier vor diesem Hohen Hause trotz der schlechten Besetzung einmal kurz zu sagen, wie es heute noch in Brauweiler gerade in diesen beiden Schlaffälen aussieht, die jeder menschlichen Hygiene im heutigen Zeitalter widersprechen, was man nicht scharf genug geißeln kann. Wir werden deshalb scharf darauf achten, daß die beiden Schlaffäle noch in diesem Jahre umgestaltet werden.

Ich möchte zugleich die Gelegenheit benutzen, um einmal die Methoden anzuprangern, durch die man jene Aermsten der Armen, wie ich sie einmal nennen möchte, nach Brauweiler befördert. Ein Fall sei hier herausgegriffen. In Barmen wird ein Mann — ob nun mit oder ohne Zustimmung der Landesprovinzialbehörde, denn sie ist ja letzten Endes das ausführende Organ — von seiner Frau gerissen und nach Brauweiler geholt. Wenn wir einen solchen Fall hier kennzeichnen und geißeln, so deshalb, weil die Parteien und auch die Leute, die in der Provinzialverwaltung maßgebend sind, derartige Maßnahmen gutheißen, weil sie die Träger jener Parteien darstellen. Warum wurde der Mann nun weggeholt? Nun, er war anderer politischer Meinung als seine Frau. Er gehört einer linksgerichteten Partei an, und ein Vertreter des Zentrums hatte das sehr bald herausgefunden, und nun hatte man nichts Eiligeres zu tun, als diese Familie — um einmal mit den Ausdrücken des Zen-

trums zu sprechen — zu „fördern“. Wir sind allerdings der Auffassung, daß das keine Förderung bedeutet, wenn man einen Streit zwischen zwei bis dahin gut zusammenlebende Ehegatten trägt, sondern daß es eine Zerstörung der Familie darstellt, wenn ein Pastor in ein Haus kommt und der Frau so lange zuweist, bis sie sich von ihrem Manne abwendet; und das nur, weil die Frau in die Kirche ging und er in einer linksgerichteten Organisation war. Der Frau wurde so lange zugewinkt, bis es fertiggebracht war, daß der Mann nach Braunweiler kam. Als Begründung wird angegeben: Der Mann trinkt und unterhält seine Frau nicht! Ich habe mir nicht nur ein Zeugnis, sondern überhaupt die Zeugnisse der Firmen vorlegen lassen, wo der Mann in den letzten 10 bis 15 Jahren gearbeitet hat, und überall wurde festgestellt, daß er einer der fleißigsten und tüchtigsten Arbeiter war. Es wurde festgestellt, daß dieselbe Frau, die der Augapfel des betreffenden Pastors war, die also eine „gute“ Frau ist, während der Mann ein „schlechter Kerl“ ist, sogar selbst den Lohn und das Gehalt bei den betreffenden Unternehmern abgeholt hat. Mit solchen Begründungen werden also die Leute in die Arbeitsanstalt gezerrt!

Dasselbe sehen wir in anderer Hinsicht auch bei Kindern. Vor mir liegt ein Schreiben, worin das Vormundschaftsgericht festgestellt hat: Die Erkundigungen besagen, daß die Kinder in der ganzen Nachbarschaft als besonders ungezogen bekannt seien, und daß die häusliche Erziehung usw. unzureichend sei. Es fand dann eine Versammlung statt. Ich habe 166 Unterschriften von lauter katholischen Arbeitern und Arbeiterinnen sowie Nachbarn in Händen, die bekunden, daß die Behauptungen, die vom Vormundschaftsgericht ausgesprochen worden sind, Lügen darstellen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) So geht man mit der Wahrheit um. Mit derartigen Methoden bringt man es fertig, Leute in die Arbeitsanstalt zu stecken, Kinder in die Fürsorgeanstalten zu tun usw. usw.

Noch etwas anderes. Heute früh berichtet eine Hamborner Zeitung — ich will den Satz wörtlich vorlesen: „Vor einiger Zeit erhielten wir aus Emmerich die Mitteilung, daß dort ein junges Mädchen, das bei einem Rektor in Stellung war, von der Polizei mit Gewalt nach der Bedburger Irrenanstalt gebracht wurde. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das Mädchen befand sich im Emmericher katholischen Krankenhaus und gab an, von seinem Dienstherrn in unsittlicher Weise angefaßt worden zu sein. Weiter behauptet das Mädchen, von dem Arzt unter Druck gesetzt worden zu sein, die Äußerungen bezüglich des Rektors zurückzunehmen. Das Mädchen blieb jedoch bei seiner Aussage, und dann wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Kranke nach der Irrenanstalt zu bringen.“ Hier wird also jemand belastet, und weil es sich nicht um einen Arbeiter, sondern einen Menschen handelt, der jedenfalls eine führende Stellung im öffentlichen Leben einnimmt, der zu den oberen Zehntausend zählt, deshalb steckt man das Opfer in die Irrenanstalt. Das ist ebenfalls eine jener berühmten Methoden, die Sie dort anwenden. (Zuruf des Abgeordneten Freiherrn von Salis-Soglio: Haben Sie die Richtigkeit nachgeprüft?)

Anläßlich einer Besichtigung in Andernach haben wir einen anderen „schönen“ Fall erlebt. Ein Ver-

treter des Zentrums, ein Pastor, stellt die Frage, wie es mit der seelischen Betreuung, mit der Seelsorge in Andernach bestellt ist. Da kommt zum Ausdruck, daß früher in Andernach öfters Besuche stattfanden, während heute die Geistlichen überlastet sind. Derselbe Herr vom Zentrum muß aber feststellen, daß er früher noch eine ganze Anzahl anderer Arbeiten zu verrichten hatte und trotzdem in der Lage war, mehrfach nach Andernach in die Anstalt zu gehen und sich dort nach den Kranken umzusehen. Und was mußten wir hören, als die Frage gestellt wurde, wie hoch die Bezahlung ist und ob eventuell seitens der Provinz die Summe geschmälert wurde? Da stellten wir fest, daß die Summe fast das Doppelte oder noch mehr des früheren Betrages ausmacht, daß der Pastor statt 500 RM heute 1200 RM bekommt. (Hört, hört bei den Kommunisten), und trotzdem geht er nur noch einmal hin. Das ist moderne Rationalisierung. Dieser Herr versteht wirklich, auf seinen Achtstundentag zu pochen. Und da war es selbst der Vertreter des Zentrums, ein Geistlicher, der erklärte: „Wenn es so aussieht, bin auch ich dafür, daß die Summe herabgesetzt wird. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Heute haben Sie aber in diesem Hause das bereits über den Haufen geworfen, was damals Ihr Vertreter zweifellos in einem falschen Zungenschlag gebrandmarkt hat. Heute bewilligen Sie wiederum gerade diese Gelder und tun gerade das, was Ihr eigener Vertreter im Ausschuß gebrandmarkt hat.“

Wir sehen also, daß das Zentrum es immer und immer wieder versteht, ob nun bei der Irrenanstalt oder bei der Fürsorgeerziehung, aus Hunderten und Tausenden von Kanälen seinen unerfülllichen Magen zu füllen. Wir sagen Ihnen aber: Sie mögen vielleicht heute noch in diesem Provinziallandtag die Möglichkeit haben, ein derartiges Spiel zu treiben, — die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden erkennen, daß sie sich verschrieben haben dem Wolf im Schafskleide. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Simon.

Abgeordneter Simon: Wir Nationalsozialisten benutzen die Gelegenheit, um bei dem vorliegenden Etat eine Reihe von Lügen zu entkräften, die man über die Haltung unserer Bewegung gegenüber Krüppeln, Schwachen und chronisch Kranken in die Welt gesetzt hat. Die Sozialdemokratische Partei hat sich den sonderbaren Scherz geleistet, ein Flugblatt herauszugeben, worin steht: Ein Nazimann predigt Selbstmord als heiligste Pflicht der Krüppel, Schwachen und chronisch Kranken. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ist das denn nicht wahr?) Wenn Sie es sagen, Herr Gerlach, ist es bestimmt nicht wahr. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ich bin Kriegsbeschädigter; Sie haben ja damals noch in den Windeln gelegen!)

Sie behaupten, ein Schriftsteller namens Ernst Mann, der ein Büchlein geschrieben habe (Zuruf: Hat!), habe heißt es, — sei Nationalsozialist. Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig! Der Mann war nie Mitglied, er ist nicht Mitglied und er wird nicht Mitglied. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Er hat mit unserer Bewegung nicht das mindeste zu tun. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Der Landtagsabgeordnete von Ihnen hat dasselbe empfohlen!) Es ist bezeichnend für Sie, daß Sie zu derartigen Mitteln greifen müssen, um eine Bewegung anzugreifen, die

Sie mit wahrheitsgemäßen Mitteln nicht mehr niederzuringen können. (Erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der „Völkische Beobachter“ schreibt nicht unsere Parteigenossen an. Dann bringen Sie den „Völkischen Beobachter“ mal her. Wo haben Sie den „Völkischen Beobachter“? (Zuruf bei den Kommunisten: Auf dem Klosett! — Heiterkeit.) Wenn Sie nicht Analphabet wären, hätten Sie festgestellt, daß es die „Rote Fahne“ ist, die Sie da gesehen haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: An dem roten Streifen erkennt man das Klosettpapier!)

In dem Büchlein von Ernst Mann stehen folgende Stellen, die man uns zur Last legt: „Schwer ist es für Kranke und Schwache, sich den Tod selbst zu geben. Zum Selbstmord gehört ein Grad von Furchtlosigkeit und Willensstärke, der den meisten Kranken fehlt. Oft sind dem Kranken die Mittel für einen schnellen, leichten Tod nicht erreichbar. Selbst der Kriegsverletzte hat kein Recht, seinen Mitmenschen als Krüppel oder Kranker zur Last zu leben.“ (Zurufe links: Ihr habt ja gar keine Kriegsbeschädigten!) Bitte sehr, hier haben wir einen Kriegsbeschädigten, der seine Knochen fürs Vaterland preisgegeben hat. Sie werden doch nicht annehmen, daß wir Nationalsozialisten, die wir in der Reichstagsfraktion 30 Prozent Kriegsbeschädigte haben, gegen die Opfer des Weltkrieges Stellung nehmen. Nein, unsere Fraktion steht gerade auf dem Standpunkt, daß der Staat die Pflicht hat, für die, die sich selbst geopfert haben, seinerseits Opfer zu bringen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jeder Staat und jedes Volk verpflichtet ist, für seine Krüppel, für seine Schwachen und chronisch Kranken einzutreten. Wir bedauern es außerordentlich, daß hier auf dieser Seite selbst ein geistlicher Herr es gewagt hat, zu behaupten, Adolf Hitler hätte gemäß dem „Niederländischen Beobachter“ gesagt, von 7 Millionen Kindern müßten 600 000 bis 800 000 beseitigt werden, damit es den anderen besser ginge. (Zurufe und Unruhe.) Ich erkläre hier, daß das eine Unwahrheit ist (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten), und erkläre weiter, daß ich einen viel schärferen Ausdruck gebrauchen würde, wenn ich nicht die Achtung vor dem geistlichen Gewande dieses Herrn hätte. (Große Unruhe. — Zuruf des Abgeordneten Kolaß: So sehen Sie gerade aus! Sie und Achtung! Achtung in Ausführungsstrichen!)

Wir Nationalsozialisten stehen lediglich auf dem Standpunkt, daß außerhalb dieser negativen Fürsorge auch noch eine vorbeugende Fürsorge vorhanden sein soll. Wir vertreten den Standpunkt der Höherzüchtung der deutschen Nation. Wir vertreten den Standpunkt, daß denjenigen, die kein Recht zur Fortpflanzung haben, die äußerst ungünstige Erbanlagen besitzen, nicht gestattet sein soll, das Elend, das sie selber tragen, in ihrer Nachkommenschaft auf der Welt zu verewigen. (Zuruf links: Dann gebt dem Haake Strichnin ein!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wird getrennte Abstimmung verlangt? — Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Punkte 10 bis einschließlich 14 zusammen abstimmen und bitte diejenigen, die für den Antrag des Sachausschusses auf unveränderte Annahme sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich mache dann darauf

aufmerksam, daß gemäß § 16 Absatz 3 der Geschäftsordnung in der Tagesordnung vermerkt worden ist, daß der Vorsitzende Gegenstände der Tagesordnung, zu denen nach Ablauf einer Stunde nach Beginn der Sitzung keine Wortmeldungen vorliegen, außer der Reihe zur Beschlussfassung stellen kann. Diese Voraussetzung trifft zu bei den Punkten 44 bis 46, 53 und 56 bis 60 der Tagesordnung und der Nachtragstagesordnung.

Ich nehme zunächst die Punkte 44 bis 46 vorweg. Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? — Das ist nicht der Fall. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann stelle ich fest, daß diese Punkte nach Vorschlag der Ausschüsse erledigt und angenommen sind.

Ich rufe auf Punkt 53. Auch hier meldet sich der Berichterstatter nicht. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle fest, daß dem Antrage des Ausschusses entsprechend beschlossen ist.

Ich rufe auf die Punkte 56 bis 60. Auch hier melden sich die Herren Berichterstatter nicht. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle fest, daß auch diese Punkte 56 bis einschließlich 60 nach dem Vorschlage der Ausschüsse erledigt sind.

Wir gehen zurück in der Tagesordnung und kommen zu Punkt 15, Berichterstatter Herr Abgeordneter Büchsenhüß.

Abgeordneter Büchsenhüß: Der V. Sachausschuß empfiehlt unveränderte Annahme des Titels unter gleichzeitiger Ablehnung der Anträge 89 bis 93 der SPD.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Die Stellungnahme dieses Hauses, das zur Behandlung der Frage Fürsorge für Kriegsoffer, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene eine Redezeit von fünf Minuten eingeräumt hat, macht es mir unmöglich, sachlich zu den Anträgen des Ausschusses und zu unseren Abänderungsanträgen Stellung zu nehmen. Ich muß mich deshalb darauf beschränken, einige Dinge aufzuzeigen, die erklären, warum der Block um den Herrn Jarres von der SPD, bis zu den Deutschnationalen kein Interesse hat, daß hier in breiter Öffentlichkeit einmal ausgiebig über das Thema Kriegsofferversorgung gesprochen werden kann. Ich stelle nur einige Daten fest.

Die Abbaumassnahmen der Müller-Regierung, fortgesetzt durch die Brüning-Regierung, haben dazu geführt, daß die Durchschnittsrente für einen Kriegsbeschädigten monatlich 49,85 RM beträgt. Demgegenüber steht die Pension eines Offiziers mit monatlich 332,25 Mark, wobei ich ausdrücklich betonen möchte, daß die Offizierspensionen auch von den Nazis bewilligt worden sind, die da drüben sitzen.

Nun noch ein Wort an die Adresse der Nazis! Im vorigen Jahr haben Sie sich hier hingestellt als Frontkämpfergeschlecht. Heute sind Ihnen Namen genannt worden: Hitler — ich nehme an, daß Sie damit den Kriegsdienstverweigerer gemeint haben —, Fried — ich nehme an, daß damit der Hinteretappenhengst Fried gemeint ist, der heute in Thüringen seine Koffer gepackt hat.

Was die Einwendungen des Herrn deutschen Nationalsozialisten mit dem jüdischen Namen Simon angeht, so möchte ich doch einiges feststellen. Herr Simon hat

hier bestritten, daß der Verfasser des Buches „Moral der Kraft“ ein Nationalsozialist ist. Demgegenüber steht die Tatsache, daß in dem Programm der Nationalsozialisten von Herrn Gottfried Feder auf Seite 43 festgestellt wird: „Bei der heutigen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Ohnmacht Deutschlands ist es ebenso verlogen als lächerlich, von Sozialpolitik zu reden.“ (Abgeordneter Dunder: Hört, hört!) „Sozialpolitik von heute heißt daher, einer Gruppe auf Kosten der anderen etwas zu versprechen, heißt in Wirklichkeit Klassen- und Standes- und Verheugungspolitik.“ Das ist die Auffassung der Nazis über den Begriff Sozialpolitik.

Ich stelle aber noch eine Tatsache fest, daß im vorvorigen Frühjahr bei der Verabschiedung des Haushalts von Hessen-Nassau ausdrücklich der Vertreter der Nationalsozialisten es abgelehnt hat, auch nur einen Pfennig herzugeben zur Durchführung einer Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: Wie ist es möglich, daß unsere Reichstagsfraktion, die ja zu einem Drittel aus Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten besteht, eine derartige Politik gegenüber den Kriegsopfern machen kann, dann ist es meiner Meinung nach daraus zu erklären, daß die übriggebliebenen zwei Drittel Ihrer Reichstagsfraktion, während der Krieg tobte und wir unsere gefunden Glieder hinhalten mußten, noch in der Wiege gelegen haben. (Heiterkeit.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des V. Sachausschusses auf unveränderte Annahme der Vorlage und Ablehnung der übrigen Anträge. Wer für diesen Antrag des Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen.

Wir gehen weiter zu P u n k t 16, Berichterstatterin Frau Neben Du Mont.

Abgeordnete Frau Neben Du Mont: Der Sachausschuß V hat den Antrag betreffs der Hebammen-Lehranstalt und Frauenklinik in Wuppertal ohne Ausdrucksprache angenommen und empfiehlt Ihnen die Annahme.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat die Abgeordnete Frau Belden.

Abgeordnete Frau Belden: Wenn man denkt, ein Ausbau des Hebammen-Wehwesens würde den Geburtenrückgang hemmen, so irrt man sich heute sehr gewaltig. Die proletarischen Frauen haben erkannt, daß auch ein Ausbau im Hebammenwesen ihnen nicht helfen kann. Wenn von dem Zentrum gesagt wird: „Wir sind für die Sittlichkeit“, so haben die Frauen auch das bewiesen, indem sie den Brief, den der Papst an die Bevölkerung losgelassen hat, dahin beantwortet haben, daß sie das Recht auf ihren eigenen Körper wollen und auch dafür kämpfen. Es gehen jährlich an dem § 218 Millionen Frauen zugrunde. Dieser § 218 ist das kirchlich gesegnete Kanonensuttergesetz. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die Frauen des werktätigen Volkes sind nicht gewillt, länger diesen Paragraphen zu dulden; denn ein Gesetz wie dieser § 218 ist kein Gesetz mehr, wenn jährlich 800 000 Frauen dagegen verstoßen. (Abgeordneter Dunder: Hört, hört!) Wenn man z. B. durch diese Position Hebammenwesen den Geburtenrückgang regeln und diesen Frauen helfen

will, so stelle ich dem gegenüber fest, daß man in der Wohlfahrtsfürsorge dazu übergeht und den schwächeren Frauen, wenn sie ein halbes Liter Milch täglich bekommen, diese Ration auf einviertel Liter kürzt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das nennt dann die Welt Wohlfahrtsfürsorge! Man hat für die Kinder überhaupt nichts übrig, aber Panzerkreuzer werden bewilligt, während den Frauen der werktätigen Masse keine Ärzte zur Verfügung stehen. Sie haben kein Geld, während Bourgeois-Dämchen, die sich in der Woche ihre Zeit mit ihren Schoßhündchen vertreiben, Sanatorien aufsuchen können. Unsere Frauen beweisen, daß sie nicht länger gewillt sind, unter diesem Schmutzparagraphen 218 zu existieren; sie kämpfen mit allen Mitteln dagegen. Unsere todesmutige Kämpferin, Frau Dr. Kienle, die seit 6 Tagen im Hungerstreik steht, hat es bewiesen, und wir Frauen der werktätigen Masse werden ihr folgen. Denn welche Mutter kann heute noch mit Freuden Kinder gebären, wenn sie zusehen muß, daß ihre Kinder späterhin gekochte Kartoffelschalen essen müssen. (Zuruf links: Rohe sogar!) Nein, auch gekochte. In Rheinhafen ist es passiert, daß ein Mädchen für 10 Pfennig Schmalz hat holen müssen, damit zu Hause die Mutter die Kartoffelschalen kochen konnte. (Zuruf rechts: Der Zentner kostet 2,50 RM!) Die werktätigen Frauen wollen nicht mehr länger unter diesem Schandparagraphen existieren; sie kämpfen mit allen Mitteln dagegen an. Wir sagen: Sinweg mit diesem Paragraphen! Wir wollen nicht länger Schindluder dieser kindlichen Gesetze sein, damit noch mehr Kanonensutter in die Welt hineingefetzt wird. Sowjetrußland allein ist es, das die Frau frei gemacht hat, und wir wollen kämpfen, daß wir ein Sowjetdeutschland bekommen; nur dann haben wir Frauen ein Recht auf unseren Körper.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Ausschusses zu Nr. 16 sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen.

Wir fahren fort. Die Punkte 17 bis 33 sind zur gemeinsamen Beratung zusammengefaßt. Berichterstatter Herr Freiherr von Salis-Soglio.

Abgeordneter von Salis-Soglio: Meine Damen und Herren! Die Drucksache 15 verlangt für fünf Bauwerke aus dem außerordentlichen Etat 1 050 000 Mark. Von diesen Bauwerken betreffen drei eine Umgehungsstraße, eins einen Brückenbau und das fünfte eine Erbreiterung der Straße.

Wenn eine Umlegung einer Straße stattfindet, so ist es naturgemäß, daß das Interesse des einzelnen dabei angegriffen wird, und mehr oder weniger kommt dann eine gewisse Erregung in die Bevölkerung. Die Verwaltung steht auf dem vom III. Sachausschuß durchaus gebilligten Standpunkt, bei einer derartigen Verlegung zuerst die technische Bauwürdigkeit dieser neuen Straße ins Auge zu fassen, in zweiter Linie die verkehrstechnische und in dritter Linie die Kosten der Bauausführung mit in Betracht zu ziehen. Es wird also in erster Linie die Strecke zum Ausbau vorgeschlagen, die diese drei Bedingungen erfüllt. Insbesondere muß auf die letzte Bedingung, auf die Ausföhrung in möglichst billiger Form gesehen werden, da eben der Etat der Straßenbauverwaltung ein Wirtschaftsetat ist und kein Wohlfahrtsetat.

In dieser Hinsicht bemerke ich ganz kurz, daß bezüglich der Umgehungsstraße in Unkel nirgendwo irgendwelche Bedenken hervorgetreten sind. Die Vorlage verlangt 400 000 RM.

Bei der Verbesserung der Durchfahrt in Vallendar sind aber große Streitigkeiten entstanden, indem die Stadtverordneten eine um 60 000 RM teurere und längere Straße begehren. Wenn die Stadt Vallendar in allernächster Zeit sich schlüssig machen kann, daß sie diese Mehrkosten von 60 000 RM trägt, so würde dem Ausbau dieser längeren Straße nichts im Wege stehen. Wenn sie das aber nicht kann, muß eben die kürzere und billigere Strecke, die an sich technisch und wirtschaftlich durchaus gut ist, ausgeführt werden.

Die Umgehungsstraße in Oberwinter stößt auch auf gewisse Schwierigkeiten. Es liegen drei Projekte vor. Das eine Projekt ist bautechnisch ungünstig, weil man Berggrutsche befürchtet. Das zweite Projekt ist verkehrswirtschaftlich bedenklich, weil es mitten durch den Ort geht. Das dritte Projekt wird von der Bevölkerung sehr stark angegriffen, weil es sich zwischen Ort und Rhein legt, also die Aussicht auf den Rhein versperrt. Die Kostenanschläge für diese drei Projekte sind noch nicht ausgearbeitet. Der Sachausschuß sieht auf dem Standpunkt, daß auch hier die Kostenfrage maßgebend ist und daß das Allgemeininteresse stärker ist als das Interesse der Bürger von Oberwinter.

Bei der Verlegung der Straße Oes ist nichts weiter zu bemerken, die Strecke liegt im Straßenzuge Schleiden—Luxemburg. Zugleich wird ein Gefahrenpunkt an der Brücke beseitigt.

Die Erbreiterung der Brohlstraße ist aus verschiedenen Gründen erwünscht. Vor allem liegt auf dieser sehr schmalen Strecke die Brohltalbahn, und diese Bahn will in Zukunft auf ihren Loren die Reichsbahnwagen direkt befördern. Darum allein würde eine Verbreiterung der Straße nötig sein. Auch sonst verlangt der Verkehr eine Verbreiterung.

Meine Damen und Herren! Sie müssen sich darüber schlüssig werden, daß, wenn Sie die im außerordentlichen Etat für diese fünf Bauwerke geforderten 1 050 000 RM bewilligen, Sie moralisch verpflichtet sind, auch den späteren Rest zu geben. Dieser wird nach den bisher vorliegenden Kostenanschlägen 1 123 000 RM betragen, so daß wir im nächsten, vielleicht auch im übernächsten Jahr mit der Bewilligung dieser Mittel befaßt werden müssen.

Im übrigen empfiehlt Ihnen der Ausschuß die unveränderte Annahme und die Ablehnung des Antrages, den die kommunistische Fraktion bezüglich der teureren Straße in Vallendar gestellt hat.

Für den Bau der Moselbrücke werden auch im außerordentlichen Etat 950 000 RM gefordert. Wer die Verhältnisse in Koblenz kennt, weiß, daß die Durchgangsverhältnisse durch die Stadt einfach unhaltbar sind. Es ist ein Gefahrenpunkt erster Ordnung, der beseitigt werden muß. Auf der anderen Seite ist aber auch die Provinz nicht verpflichtet, über einen schiffbaren Strom eine Brücke zu bauen. Sie will sich jedoch mit dem Betrag von 950 000 RM beteiligen; aber Bauherr ist und bleibt die Stadt Koblenz. Diese 950 000 RM setzen sich aus drei Posten zusammen. Einmal hat bisher schon die Provinzial-Straßenverwaltung die Unkosten der Decke auf der alten Balduinbrücke zu bezahlen. Die Stadt Koblenz will in Zu-

kunft die Decke der alten und die Decke der neuen Straße unterhalten und bekommt dafür ein Abfindungskapital. Zweitens gibt die Provinz für derartige Brückenbauten immer einen gewissen Zuschuß für die Rampen. Auch wird die Provinz zu der nötigen Aenderung der Wegeanlagen Zuschüsse geben. Die ganze Beteiligung der Provinz, die damit abgeschlossen ist, beträgt 950 000 RM.

Die kommunistische Fraktion hat dazu den Antrag gestellt, den Sie auf 85 der Drucksache finden. Da heißt es, die Provinz soll die Arbeiten überwachen und besondere Bedingungen an die die Arbeit ausführenden Unternehmer stellen. Der Sachausschuß glaubt, Ihnen die Ablehnung dieses Antrages empfehlen zu müssen, weil das eben Sache des Bauherrn ist. Wir sind nicht Bauherr, sondern die Stadt Koblenz, und die Stadt Koblenz wird selbstverständlich an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden sein, die den Bauunternehmern aufzuerlegen sind. Der Sachausschuß glaubt nicht, daß es angemessen sei, an die Gewährung dieser 950 000 RM noch weitere über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehende Bindungen anzuregen.

Vorsitzender Dr. Farres: Berichterstatter ist weiter zu 19 der Herr Abgeordnete Meurer.

Abgeordneter Meurer: Der III. Sachausschuß hat von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis genommen und empfiehlt unveränderte Annahme. In Verbindung hiermit ist ein Antrag der kommunistischen Fraktion gestellt, den der Ausschuß abzulehnen empfiehlt, obwohl der Antragsteller die bestehenden Mißstände dargelegt hat.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort zu Nr. 20 und 21 hat Herr Abgeordneter Dr. Dechamps.

Abgeordneter Dr. Dechamps: Aus Drucksache 18 ist Ihnen bekannt geworden, daß der Herr Minister für Handel und Gewerbe angeregt hat, die Unterhaltspflicht für solche Brücken über schiffbare Flüsse, deren gegenwärtige Unterhaltsträger als leistungsschwach anzusehen sind, von leistungsfähigeren Trägern zu übernehmen. Es wird vorgeschlagen, daß die Provinz die Unterhaltspflicht für solche Brücken über eine Reihe schiffbarer Flüsse übernimmt, die sie an und für sich nicht zu übernehmen haben würde, wenn deren Träger nicht leistungsschwach wären. In Frage kommen Brücken über die Mosel und über die Saar. Der III. Sachausschuß stand zwar an und für sich auf dem Standpunkt, daß die Aufgaben der Provinz nicht über Gebühr erweitert werden sollen. Hier liegt aber der Fall so, daß Aufsicht und Unterhaltung von der Provinz übernommen werden können ohne Vermehrung des Beamtenpersonals, während andererseits bei den leistungsschwachen Trägern geeignete Aufsichtsinstanzen vielfach nicht vorhanden sind. Die Maßnahme ist also wirtschaftlich zweckmäßig; sie bringt auch keine besondere Belastung der Provinz mit sich, weil in erster Linie die Abfindungsgelder, die für die Kraftfahrzeugsteuer gezahlt werden, nunmehr in die Hände der Provinz gelangen und insbesondere als Unterlage für die Unterhaltungskosten dienen. In denjenigen Fällen, in denen der Unterhaltungskostenzuschuß nicht ausreicht, um allen Anforderungen zu genügen, müssen weitere Beträge aufgebracht werden. Dazu dient in erster Linie das Aufkommen an Brückengeld durch

Fußgänger und Fuhrwerke, sowie eventuell ein Zuschuß der Unterhaltspflichtigen.

Unter diesen Umständen ist der III. Sachausschuß zu der Ueberzeugung gekommen, daß die vorgeschlagene Maßnahme zweckmäßig und vernünftig sei, und bittet Sie, dieser Maßnahme zuzustimmen und den Antrag anzunehmen. Der III. Sachausschuß spricht dabei die Bitte an die Provinzialverwaltung aus, an die Regierung heranzutreten. Die Regierung hat sich bereit erklärt, auch staatliche Brücken in die Unterhaltspflicht der Provinz zu überführen. Das könnte an und für sich sehr wohl in Frage kommen; aber diese staatlichen Brücken müßten vorher so hergestellt sein, daß sie den heutigen Verkehrsverhältnissen entsprechen. Einzelne Brücken — genannt wurde namentlich die Brücke in Bernkastel und die Conzer Brücke — genügen diesen Anforderungen nicht. Namentlich die Conzer Brücke ist, wie auch mir bekannt ist, ein direktes Verkehrs Hindernis. Es ist die einzige Verbindung zum Saargebiet, und es stauen sich dort fortgesetzt die Autos, so daß es erwünscht wäre, wenn der Staat seine Brücken in den richtigen Zustand setzte und diese Brücken dann von der Provinz übernommen würden.

Zu der Drucksache 84 bittet Sie der III. Sachausschuß, diesen Antrag abzulehnen. Es handelt sich um eine Straße durch Alsdorf. Die Hauptstraße ist tatsächlich eng, das ist ohne weiteres zuzugeben; aber der Ausbau dieser Straße ist bereits in Angriff genommen. Der Vorschlag der KPD. geht dahin, eine Nebenstraße auszubauen und den Einbahnverkehr einzuführen. Dazu liegt heute noch keine Veranlassung vor. Vor allem aber ist es nicht Aufgabe der Provinz, derartige Bauten vorzunehmen, sondern derartige Sachen gehören zur Zuständigkeit der Gemeinde Alsdorf. Ich bitte daher, diesen Antrag abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat als Berichterstatter zu den Punkten 22 bis 24 Herr Abgeordneter Bühler.

Abgeordneter Bühler: Der III. Sachausschuß empfiehlt dem Plenum die Ueberweisung an den Provinzialausschuß der unter 22 bis 24 genannten Anträge, 94, 95 und 96, die u. a. eine Fortführung und Snaugriffnahme weiterer Straßen verlangen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zu 25, 26 und 27 hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Wessel.

Abgeordneter Dr. Wessel: Zu den Punkten 25 bis 27 beantragt der III. Sachausschuß Annahme der Vorschläge des Provinzialausschusses, und zwar zu 27 mit dem Zusatz, wie er Ihnen durch die Drucksache 127 mitgeteilt worden ist.

Meine Damen und Herren! Zu diesen Punkten der Tagesordnung hat die Provinzialverwaltung eine Denkschrift über den Ausbau eines Kreiswegenezes vorgelegt. Diese Denkschrift stützt sich auf Verhandlungen, die seitens der Provinzialverwaltung mit den Spitzenverbänden der Kreise und Gemeinden gepflogen worden sind. Ueber die Ausführung der Pläne dieser Denkschrift soll im Laufe des kommenden Jahres mit den einzelnen Kreisen verhandelt werden. Zu dem Ergebnis dieser Verhandlungen soll alsdann dem nächsten Provinziallandtag im Jahre 1932 eine Vorlage gemacht werden.

Der Gedanke der Denkschrift läuft in der gleichen Linie wie die Beschlußfassung des Provinziallandtages

im Jahre 1926. Es ist damals ein Beschluß gefaßt worden, daß Kreis- und Gemeindewege, die als Durchgangsstraßen anzusehen sind, so ausgebaut werden sollen, daß sie für den dauernd zunehmenden Kraftwagenverkehr genügen. In dem Beschluß war vorgesehen, daß zu diesem Zwecke Mittel bereitgestellt werden sollen. Der Ausbau der Straßen soll durch die Kreise und Gemeinden mit Hilfe dieser Provinzialmittel erfolgen. Nach erfolgtem Ausbau sollen diese Straßen in die Unterhaltung der Provinz übernommen werden. Es war vorgesehen, daß im Laufe von 10 Jahren 2000 Kilometer ausgebaut werden sollten. Bisher sind hiervon 643 Kilometer fertiggestellt. 392 Kilometer sind noch im Bau begriffen. Nach Verlauf von fünf Jahren kann man mithin feststellen, daß nur ein Drittel des Programms erledigt worden ist. Der Grund dafür, daß das Programm in dieser Zeit nicht zur Hälfte durchgeführt werden konnte, wie es in Aussicht genommen war, liegt einmal daran, daß die weitgehenden Anforderungen, die seitens der Provinz an diese Straßen gestellt wurden und auch gestellt werden müssen, von den Kreisen bei den dauernd zunehmenden Fürsorgelasten nicht getragen werden konnten. Andererseits fehlten aber auch der Provinz im Laufe der letzten Jahre die notwendigen Mittel, um das Programm so zu unterstützen, wie es beabsichtigt war. Das Programm soll im Laufe der nächsten Jahre weitergeführt werden, und die Anleihe von 3 Millionen Mark, die im vergangenen Jahre zur Durchführung des Programms langfristig beschlossen worden ist, soll in diesem Jahr aufgenommen werden, und zwar, wenn es nicht langfristig möglich ist, mittelfristig.

Außer diesem Programm hat die Provinz in der Denkschrift, von der ich eben sprach, einen neuen Plan aufgestellt. Es ist daran gedacht, daß neben den großen Durchgangsstraßen auch weniger wichtige Straßen für den Kraftwagenverkehr benutzbar ausgebaut werden sollen. Es ist hier gedacht an Gemeinde- und Ortschaftswege, die nicht im großen Durchgangsverkehr liegen, die aber doch bei der dauernden Zunahme des Kraftwagenverkehrs bereits von diesem Verkehr erfaßt sind. Diese Wege sollen von den Kreisen mit Hilfe von Mitteln der Provinz und der Gemeinden ausgebaut werden. Nach erledigtem Ausbau sollen die Wege nicht etwa in die Unterhaltung der Provinz übernommen werden, wie die sogenannten Uebernahmestraßen, sondern die Unterhaltung soll von den Kreisen getragen werden, auch wieder mit Hilfe der Provinz und Gemeinden.

Die Finanzierung ist so gedacht, daß die Kreise 50 Prozent des Anteils an der Kraftfahrzeugsteuer, die ihnen alljährlich zufließt, zu diesem Zwecke zur Verfügung stellen. Die Provinz soll den gleichen Betrag bereitstellen. Das ist in der Denkschrift nicht ausdrücklich gesagt, ist aber Auffassung des Sachausschuß III und ist in dem Zusatz enthalten, der Ihnen in Drucksache 127 mitgeteilt worden ist. Außerdem sollen sich, wie erwähnt, die Gemeinden beteiligen.

Durch dieses Vorgehen soll erreicht werden, daß die Kraftfahrzeugsteuer tatsächlich auch dem Kraftwagenverkehr zugute kommt. Das war bisher nicht immer der Fall. Die Kraftfahrzeugsteuer wurde bisher ohne weiteres schlüsselmäßig verteilt; eine Kontrolle der Verwendung war nicht möglich, und es ist des öfteren

festgestellt worden, daß die Verwendung der Kraftfahrzeugsteuer nicht in der Art und dem Ziele erfolgt ist, wie es hätte geschehen müssen. Im Laufe des vergangenen Jahres ist unter dem 13. Juli ein Gesetz, betreffend Abänderung der Ausführungsbestimmungen zum Finanzausgleichsgesetz vom Jahre 1930, geschaffen worden, wonach vorgesehen ist, daß künftig die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer durch einen Verteilungsausschuß unter Leitung des Oberpräsidenten erfolgen soll. Diesem Verteilungsausschuß gehören zwei Mitglieder des Provinzialausschusses an, außerdem zwei Vertreter der Kreise, der Städte und der Gemeinden. In dem Gesetz ist ausdrücklich vorgesehen, daß bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer die Bedeutung der Straße, die mit der Kraftfahrzeugsteuer unterstützt werden soll, für den Kraftwagenverkehr festgelegt werden muß.

Der neue Gedanke eines Ausbaues der ländlichen Durchgangswege in dieser Weise ist für die Gemeinden insofern von Bedeutung, als hierbei neue Mittel von der Provinz für Gemeindegewege zur Verfügung gestellt werden. Für die Provinz hat der Gedanke die Bedeutung, daß einmal Verbindungswege zwischen den Provinzialstraßen geschaffen werden und zum anderen der Einfluß der Provinz dadurch, daß ein großes Netz geschaffen wird, auf den gesamten Wegen der Provinz gestärkt wird.

Im Sinne der Denkschrift wird nunmehr so verfahren werden müssen, daß die Provinzialverwaltung im kommenden Jahre in Verhandlungen mit den Kreisen darüber eintritt, welche Wege in das Programm aufgenommen werden sollen und wie die Finanzierung erfolgen soll. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird dem nächsten Provinziallandtage im Jahre 1932 vorgelegt und alsdann ein besonderer Etatstitel zur Durchführung des Gedankens geschaffen werden müssen.

Der Sachausschuß III hat der Auffassung Ausdruck gegeben, daß bei diesen Verhandlungen der Provinzialverwaltung mit den Kreisen möglichst nicht generell und schematisch verhandelt werden soll, daß vielmehr entsprechend der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den Kreisen mit jedem Kreise einzeln verhandelt werden soll. Außerdem ist ausdrücklich betont worden, daß Gemeindegewege, die bereits von den Kreisen in der gedachten Art ausgebaut worden sind, in dieses Verfahren einbezogen werden sollen, sei es, daß sie repariert werden müssen, oder sei es, daß sie in anderer Weise einer Unterstützung bedürfen.

Der Vorschlag des Sachausschusses III geht dahin, daß Sie sich mit diesem Verfahren, das ja zunächst die Provinz nicht belastet und zunächst nur vorbereitender Natur ist, einverstanden erklären mögen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort als Berichtserstatter zu den Punkten 28, 29 und 30 hat Herr Abgeordneter Lenz.

Abgeordneter L e n z : Meine Damen und Herren! Zu der Drucksache 58, Antrag der KPD., beantragt der III. Sachausschuß Ueberweisung an den Provinzialausschuß.

Weiter liegt vor ein Antrag des Kartells der christlichen Gewerkschaften des Kreises Monschau auf Zurverfügungstellung von Mitteln zur Weiterführung der Umgehungsstraße im Kreise Monschau von Röttgen bis zur Schleidener Landstraße. Der III. Sachaus-

schuß empfiehlt hier ebenfalls Ueberweisung an den Provinzialausschuß.

Dann kommt die Drucksache 37, der Antrag der NSDAP., der dahin geht, im Verkehrsinteresse der Rheinprovinz und zur Unterstützung der rheinischen Luftverkehrslinien sowie der rheinischen Flughäfen 100 000 RM zu genehmigen. Hierzu beantragt der III. Sachausschuß Ablehnung.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat zu Punkt 31 als Berichtserstatter Herr Abgeordneter Dr. Knust.

Abgeordneter Dr. K n u s t : Der III. Sachausschuß — früher IV. Sachausschuß — hat sich schon im vorigen Jahre gegenüber dem Hause mit Anträgen beschäftigt, die damals von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Wirtschaftspartei vorlagen und beide dahin lauteten, diejenigen Gelder, die von der Straßenbauabteilung der Provinzialverwaltung ausgegeben würden, möglichst in deutschem Material und in Löhnen für deutsche Arbeiter anzulegen.

Der Antrag der Nationalsozialisten lautete:

a) „Zur Hebung der Notlage der Steinindustrie in der Mayener Gegend und im Oberbergischen zum Bau der Straßen der Rheinprovinz grundsätzlich nur Steinmaterial aus der rheinischen Steinindustrie zu verwenden.“

Der Antrag der Wirtschaftspartei lautete:

b) „Für die Herstellung und Unterhaltung der Provinzialstraßen an Straßenbaumaterial nur deutsches, vorzugsweise rheinisches Material zu verwenden, ausländische Asphaltstoffe also auszuschließen.“

Ferner lag noch ein Antrag vor, betreffend die Lage der rheinischen Steinindustrie, der sozialdemokratischen Fraktion.

Es ist damals vom IV. Sachausschuß — heute III. Sachausschuß — dem Provinziallandtag vorgeschlagen und von diesem beschlossen worden,

„den Antrag zu a) durch die Erklärung der Verwaltung, daß nur inländisches Material verwendet werde, als erledigt zu erklären und den Antrag der Wirtschaftspartei mit der Maßgabe anzunehmen, daß in der 3. und 4. Zeile die Worte „ausländische Asphaltstoffe also auszuschließen“ gelöscht werden und dafür eingesetzt wird: „also die Verwendung ausländischer Asphaltstoffe möglichst einzuschränken“; den Antrag zu c) dem Provinzialausschuß zur Berücksichtigung zu überweisen.“

In der Drucksache 86 liegt nunmehr dem diesjährigen Provinziallandtag ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft vor, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Provinzialverwaltung anzuweisen, für die Herstellung und Erhaltung der Provinzialstraßen nur Materialien zu verwenden, die ganz oder zum überwiegenden Teil aus inländischen, möglichst rheinischen Rohstoffen hergestellt sind, auch bei der Gewährung von Zuschüssen für Straßenbauten der Kommunalverbände zur Bedingung zu machen, daß nur Materialien verwendet werden, die ganz oder zum überwiegenden Teil aus inländischen, möglichst rheinischen Rohstoffen hergestellt sind.“

Im III. Sachausschuß hat über diesen Antrag eine intensive Aussprache stattgefunden und man ist

schließlich zu dem Ergebnis gekommen, daß die in der Drucksache

„Denkschrift über die beim Ausbau der rheinischen Provinzialstraßen verwendeten Straßenbauberfahren, Planungsgrundlagen und deren Bewährung“,

die dem Hause zugegangen ist, auf Seite 9 gemachten Ausführungen über die Bewährung der verschiedenen Straßenbauarten im großen und ganzen von dem Sachausschuß III geteilt werden. Demgemäß empfiehlt der III. Sachausschuß dem Provinziallandtag, folgenden Beschluß anzunehmen:

„Der Provinziallandtag wolle den Antrag durch den vorjährigen Beschluß in der gleichen Angelegenheit und durch die von der Verwaltung abgegebene Erklärung für erledigt erklären.“

Vorsitzender Dr. Jarres: Wünschen die Herren Berichterstatter zu 32 und 33 noch das Wort? Das ist nicht der Fall.

Wir treten in die Erörterung ein. Das Wort hat Herr Abgeordneter Junglas (nicht da!), dann Herr Abgeordneter Bühler (nicht da!), dann Herr Abgeordneter Müller-Oberesch.

Abgeordneter Müller-Oberesch: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu der einen in Frage stehenden Straße, der Umgehungsstraße bei Oberwinter im Kreise Nrweiler, möchte ich, nachdem ich mir die Sache an Ort und Stelle angesehen habe, folgendes ausführen.

Die uns über sandte Drucksache Nr. 15, Seite 2, enthält zu diesem Punkte drei Möglichkeiten der Linienführung. An andere, eventuell noch weiter genannte Linien denkt ernstlich niemand.

Die Bevölkerung stuft die drei Linien folgendermaßen ein: Das größte Uebel ist die Linie am Rhein, das kleinste die Linie am Holzweg und die beste Lösung die Linie am Bergweg vorbei.

Im Gegensatz dazu setzt sich die Provinzialbauverwaltung nur und mit Nachdruck für die Rheinlinie ein. Sie kennt nur bei dieser Linie Vorteile und bei den anderen Linien nur Nachteile. In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Die Rheinlinie verurteilt den Ort Oberwinter zu einem Dasein hinter einem Damm, wo das Hochwasser nicht abfließen kann; sie vernichtet die mit schönen Bäumen bestandene Rheinallee und nimmt den Blick auf den Rhein; sie zerschlägt dem Orte die letzte Lebensmöglichkeit, den Fremdenverkehr. Sie durchschneidet in ihrem weiteren Verlauf das wertvollste und teuerste Garten- und Baugelände, an dem in Oberwinter sowieso großer Mangel herrscht, so unglücklich, daß eine Zusammenlegung erfolgen müßte, die den Ort natürlich sehr viel Geld kostet, um wieder einigermaßen vernünftige Grundstücke zu erhalten. Das zunächst vorgesehene Provisorium will den Verkehr über den Leinpfad führen, der schon bei mäßigen Hochwässern immer überflutet wird. Das bedeutet, daß an vielen Tagen im Jahre doch wieder der Verkehr durch die enge und gefährvolle Straße im Orte gehen muß, wo, nachdem die Bevölkerung des Verkehrs entwöhnt ist, sicher noch mehr Unglücke entstehen werden, als es jetzt schon geschieht. Das Provisorium bedeutet gegenüber der heutigen einigermaßen hochwasserfreien Straße eine Verschlechterung. Die Rheinlinie läßt aber so, wie sie uns heute vorliegt, vor allem außer Betracht die Schwierigkeiten für später, ganz

besonders die Lösung am Unkelstein mit seiner am ganzen Rhein bekannten Gefahrenstelle, der Unterführung unter der Reichsbahn her. Hier werden die Lagerplätze der Basalt-AG. von der Straße abgeschnitten. Die Bahn vom Bruche bis zum Lagerplatz wird auf 50 bis 100 Meter zugeschüttet, ohne daß eine Möglichkeit besteht, sie anderswo hinzulegen. Dem ganzen Ort Unkelbach, der mit seiner Arbeiterbevölkerung von dieser Industrie lebt, droht das Brot weggenommen zu werden. Von allem abgesehen, werden aber auch gerade hier Bauten direkt in den Rheinstrom erforderlich, die zwar in der Druckschrift nicht enthalten sind, aber nach sachverständigem Urteil die Kosten aller anderen Bauten übersteigen werden, ganz abgesehen davon, daß die Rheinstrombauverwaltung, wie sie mitgeteilt hat, die Genehmigung zu der Rheinlinie an mehreren Stellen verfallen wird.

Bei der Holzweglinie ist die Möglichkeit, das Ortsnetz an die vorhandenen Wege in die Gemarkung hinein unter der Straße und unter der Bahn her anzuschließen, unberücksichtigt gelassen. Diese Möglichkeit beseitigt eine Menge Schwierigkeiten und wirkt sich auch finanziell günstig aus.

Bei der Berglinie sind die Genehmigungen der kirchlichen Behörden für die Durchschneidung der Friedhöfe bereits erteilt, ein Beweis dafür, daß diese Stellen mit der Bevölkerung gegen den Rhein sind. Die Linie führt über alte Weinbergsdriesche und Dedland, die im Ertragswert ganz gering sind, besonders dem Gartenland am Rhein gegenüber, und die für die Wirtschaft keine Bedeutung haben.

Die geologischen Bedenken lassen sich durch eine geschickte Linienführung unter Vermeidung von An- und Einschnitten, durch Anschütten von Dämmen vermeiden. Die Erdmassen, deren Beschaffung bei der Rheinlinie noch großes Kopfzerbrechen machen würde, lassen sich hier ausgleichen. Vor allem aber macht diese Lösung am Unkelstein ganze Arbeit, und zwar mit geringeren Baukosten, als es bei der Rheinlinie der Fall sein wird.

Ich möchte nicht weiter auf Einzelheiten eingehen. Ich habe nur folgende Bitten:

1. Die Provinzialbauverwaltung möge sich nicht einseitig auf eine Linie festlegen.
2. Sie möge alle Linien für dieselbe Länge, d. h. einschließlich Gefahrenpunkte Unkelstein, mit allen Schwierigkeiten für die Zukunft, mit allen Vor- und Nachteilen durchprojektieren und sich nicht aus finanziellen Rücksichten für eine provisorische Linie entscheiden, die später durchzuführen Unmöglichkeiten in sich trägt.
3. Die Bedenken der Bevölkerung werden weitestgehend berücksichtigt und in der breiten Öffentlichkeit verhandelt, damit der Eindruck bei der stark erregten Bevölkerung, daß ja doch über ihren Kopf hinweg die Provinzialbauverwaltung bestimmt, verwischt wird.

Ich stehe jederzeit für die Verhandlungen mit den örtlichen Stellen zwecks Vermittlung gerne zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Deppe.

Abgeordneter Deppe: Von allen bürgerlichen Parteivertretern hier im Hause wird verlangt, Spar-

maßnahmen zu ergreifen. Vor allen Dingen die Arbeitsgemeinschaft und auch der III. Sachausschuß haben sich auf diesen Standpunkt gestellt. Nach unserer Auffassung aber bedeuten diese Sparmaßnahmen eine weitere Einschränkung der Provinzialarbeiten, so daß dadurch die Erwerbslosigkeit weitere Fortschritte machen wird. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß durch diese Sparmaßnahmen der Niedergang des Kapitalismus nicht aufgehalten wird.

Ich komme nun zu der Frage der Firma Lindemann, die bei der Köln-Bonner Autostraße Aufträge bekommen hat. Diese Firma Lindemann geht gegen die Arbeiterschaft — es handelt sich hier hauptsächlich um Notstandsarbeiter — in rigoroser Weise vor, so daß die kommunistische Fraktion den Antrag eingebracht hat, dieser Firma die Aufträge zu entziehen und ihr auch weiterhin keine Aufträge mehr zukommen zu lassen. So wurde z. B. bei dieser Firma ein Geizer als Maschinist verwandt. Er bekam aber nur den Tariflohn von 0,91 RM statt 1,22 RM. Man sieht hier, daß der Unternehmer dadurch versucht, Profite für sich einzubehalten. Ferner ist es vorgekommen, daß Arbeiter bei dieser Firma krank wurden, und, als sie länger als drei Tage krank feierten, wurden sie einfach entlassen. Auch in hygienischer Beziehung herrschen dort üble Zustände. Da sind z. B. Aborte ohne Schamwand und Dach. Man hat die Aborte absichtlich so eingerichtet, um zu verhindern, daß die Arbeiter dort längeren Aufenthalt nehmen. (Abgeordneter Kurth: Hört, hört!) Ferner war in einem Kolonnenwagen ein Ofen ohne Schutblech aufgestellt. Infolge dessen brach ein Brand aus und acht Arbeitern verbrannten die Kleider. Die Firma hat den Schaden zwar ansfangs ersetzt, ihn aber später wieder den Arbeitern vom Lohn abgezogen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Ein anderer Fall: Die Firma entließ 43 Arbeiter. Sie machte den Arbeitern plausibel, daß eine Umprojektierung des betreffenden Schachtes vorgenommen werden müßte. Aber nach zwei Tagen wurde die Arbeit wieder aufgenommen, und die 43 Arbeiter wurden nicht wieder eingestellt, sondern für sie wurden andere Arbeiter eingestellt, wahrscheinlich handelte es sich hier um Arbeiter, die mit den Drangsalierungen der Firma nicht einverstanden waren; daraufhin hat man sie einfach kurzerhand entlassen. Ein weiterer Fall: Es kommen dort Arbeiter von weither, die, um zur Arbeitsstelle zu gelangen, Fahrgeld ausgeben müssen. Da ist es vorgekommen, daß Fahrgelder von 3 RM bis 3,50 RM die Woche ausgegeben wurden, wofür die Arbeiter in keiner Weise Ersatz bekamen. Der Regierungsrat Hartmann, der zufällig auf der Baustelle anwesend war, versprach Abhilfe all' dieser Mißstände; auch wollte er die Angelegenheit mit den Fahrgeldern regeln. Doch bis heute hat man von dieser Regelung und von der Abstellung der Mißstände nichts gehört. Des weiteren wurde ein Schachtmeister entlassen; ihm wurde mitgeteilt, er sei vom Arbeitsamt abberufen worden. Auf eine Anfrage teilte jedoch das Arbeitsamt mit, daß es nichts davon wisse. Dann wurde dem Schachtmeister mitgeteilt, daß er sich für diese Arbeit nicht eigne. Dabei ist der Schachtmeister im Besitz langjähriger Zeugnisse als Schachtmeister. Er behandelte freilich die Arbeiter auch als Arbeiter. Die Arbeiter hatten daher die Auffassung, daß der Schachtmeister entlassen

worden sei, weil er die Arbeiter nicht genügend antreiben konnte.

Der III. Sachausschuß lehnte den Antrag der kommunistischen Fraktion ab. Wir stehen jedoch auf dem Standpunkt, daß Firmen, die so rigoros mit ihren Arbeitern verfahren, die Aufträge unbedingt entzogen werden müssen und daß sie in Zukunft keine Aufträge mehr erhalten dürfen, denn wo soll es hinführen, wenn die Unternehmer die Notstandsarbeiten, die doch im Interesse des Verkehrs und der Erwerbslosen gemacht werden, für sich ausbeuten, um Profite einzubehalten.

Ich komme nun zu einem anderen Punkte. In Alsdorf ist die Hauptstraße so eng, daß dort ein geregelter Autoverkehr überhaupt nicht stattfinden kann. Wenn dort eine Nebenstraße, die Annastraße, ausgebaut würde, so könnte die Hauptstraße als Einbahnstraße benutzt werden und die Annastraße ebenfalls. Dadurch würde die Hauptstraße ganz bedeutend entlastet. Wenn hier gesagt wurde, mit dem Ausbau der Hauptstraße sei bereits begonnen, so muß ich das in Abrede stellen; bis heute ist daran nichts gemacht. Es muß dort eine Anzahl Häuser angekauft und niedrigergerissen werden. Das ist bis heute nicht geschehen. Wenn ein Haus vielleicht auch angekauft worden ist, so wird doch immer noch eine geraume Zeit, womöglich mehrere Jahre, vergehen, ehe an den Ausbau dieser Straße gedacht werden kann.

Des weiteren ist die Jülicher Straße von Aachen bis Neuf im Aachener Bezirk derart eng, daß auch dort ein geregelter Verkehr nicht stattfinden kann. Es ist unbedingt notwendig, daß auch von Aachen bis Neuf eine Umgehungsstraße gebaut wird. Die kommunistische Fraktion hat deshalb den Antrag gestellt, der Provinziallandtag möge beschließen, auch hier eine Umgehungsstraße zu bauen.

An der Krefelder Straße, auch einer Provinzialstraße, befindet sich die Brücke in schlechtem Zustande. Sie wird allerdings jetzt schon repariert. Aber hinter der Brücke ist eine Kurve. Diese Kurve bildet eine große Gefahrenzone. An dieser Stelle sind schon des öfteren Zusammenstöße und Unglücksfälle von Autos usw. vorgekommen. Es ist deshalb notwendig, daß jetzt, wo die Brücke neu gebaut wird, man gleichzeitig dazu übergeht, auch die Kurve an dieser Straße zu beseitigen.

Dann haben wir eine Straße, die von Bosheln nach Alsdorf führt. Diese Straße ist derart zerfahren, daß sie dem Verkehr überhaupt in keiner Weise mehr dient; man kann die Straße überhaupt nicht mehr befahren. Aber es bestehen hier Schwierigkeiten: Diese Straße geht durch vier Gemeinden: Alsdorf, Uebach, Merkstein und Baesweiler. Die Gemeinde Alsdorf hat nun beschlossen, bis zur Gemeindegrenze diese Straße auszubauen. Aber die übrigen Gemeinden scheinen kein Interesse daran zu haben. Sie machen eben nichts. Diese Straße muß dort unbedingt durchgeführt werden. Weil nun die Provinzialverwaltung nur solche Straßen übernimmt, die ordnungsgemäß ausgebaut werden, haben wir den Antrag gestellt, daß die Provinzialverwaltung auf die übrigen Gemeinden einwirkt, daß auch sie den Teil der Straße, der durch ihr Gebiet führt, durchführen.

Auch die Krefelder Straße zwischen Wirselen und Baesweiler bietet Gefahren für Fußgänger und vor allem für Radfahrer. Auf dieser Straße sind keine

Bankette oder Radfahrwege angelegt. Die Erwerbslosen müssen dort bis zur Stempelstelle fast eine Stunde weit gehen. Es gibt nun noch manchen Arbeiter, der ein altes Fahrrad hat, worauf er dahin fahren kann. Aber er kann diesen Weg nicht benutzen, ohne Gefahr zu laufen, überfahren zu werden.

Deshalb hat die kommunistische Fraktion den Antrag gestellt, daß zwischen Würfelten und Baesweiler Bankette oder Radfahrwege angelegt werden.

Im übrigen erklären wir hier nochmals: Durch die Sparmaßnahmen, die ergriffen werden sollen, werden wir nur immer tiefer in das Elend hineinkommen. Die Erwerbslosigkeit nimmt ständig zu. Aus diesem Grunde wäre es nicht mehr als recht und billig, derartig wichtige Projekte, durch die Arbeit geschaffen wird, nicht einfach mir nichts dir nichts abzulehnen. Es ist vielmehr Aufgabe der Provinz, dafür zu sorgen, daß erstens diese Mängel beseitigt und zweitens dadurch die Arbeitsmöglichkeiten vermehrt werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Bühler.

Abgeordneter Bühler: Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß man beim vorliegenden Abschnitt des Haushalts weniger als bisher versuchen wird, mit blendendem Redeschwall zu diesem Punkte Stellung zu nehmen. Es ist aber festzustellen, daß innerhalb des gesamten Haushaltsplanes gerade der Punkt Verkehrswesen einer der wichtigsten Abschnitte ist, namentlich was den Straßenbau anbelangt. Das darf uns nicht abhalten, auch dort Kritik zu üben, wo weniger in der Erregung gesprochen, sondern zu den Dingen rein sachlich Stellung genommen wird.

Ich verweise auf den Haushaltsplan, Kapitel 20, Titel 21, wo Sie finden, daß 12 361 000 RM laufende Unterhaltungskosten sowie Kosten für größere Erweiterungs- und Umbauten vorgesehen sind. Wenn ein Unbefangener oder Nichtinformierter diese Zahl sieht, so wird er sich nicht viel dabei denken. Wir müssen aber darauf aufmerksam machen, daß im Vorjahre nicht 12, sondern 14 Millionen dafür vorgesehen waren. Man wird wahrscheinlich darauf hinweisen, daß wir ja durch die Kraftfahrzeugsteuer 2 Millionen weniger Einnahmen haben. Ich will aber nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß uns nach den Mitteilungen der Provinzialverwaltung in Wirklichkeit nicht diese 12 Millionen zur Verfügung stehen, daß vielmehr mit nur 9 Millionen zu rechnen ist. Das bedeutet, daß wir im Gegensatz zum vergangenen Jahre in Wirklichkeit mit einer verfügbaren Summe von etwa 64,3 Prozent der Ausgaben, die im vergangenen Jahre vorgesehen waren, zu rechnen haben. Und wenn wir ein Jahr zurückgehen, sind es sogar nur 57,7 Prozent, die uns zur Verfügung stehen. Wenn diese Abbautendenz einige Jahre obwaltet, dann werden unsere Straßen in der Provinz derart aussehen, daß es nicht mehr wahr ist, was einer der Redner am ersten Tage hier erklärt hat: daß die Straßen und Straßenzüge in der Rheinprovinz vorbildlich sind. Wir warnen davor, noch weitere Abstriche zu machen, weil sonst die Gefahr besteht, daß nicht nur die Wirtschaft, sondern auch vor allem die Provinz darunter leidet.

Wenn wir auf der anderen Seite sehen, daß im vergangenen Jahre 60 000 RM für Haftpflichtversicherung in den Etat eingesetzt waren, sowie für Unterhaltung und Betrieb der Prüfungsanstalten und Kraftwagen-

unterhaltung, so sehen wir in diesem Jahre 72 000 RM gegenüber 60 000 RM, also 12 000 RM mehr als im vergangenen Jahre. Wir befürchten, daß hier höhere Beträge eingesetzt worden sind, weil man sie im vergangenen Jahre nicht nachkontrollieren konnte, da diese Summen dort zusammengezogen waren, jetzt aber detailliert sind; und daraus geht hervor, daß 10 000 RM für den Betrieb der Prüfungsanstalt eingesetzt sind. Weshalb ich darauf hinweise? Weil hier die große Gefahr besteht, daß die Provinzialverwaltung unter Umständen einem Druck gewisser Interessentengruppen folgen und Experimente in der Prüfungsanstalt unternehmen könnte. Wir wenden uns deshalb dagegen, weil die Gefahr besteht, daß altbewährtes Material für die Oberflächenbehandlung der Straßen nicht wie bisher aus unserem Industriebezirk bevorzugt wird, sondern infolge Anwendung von Teer Ausgaben für diese Materialien nicht mehr verwendet werden. Ich glaube, daß ich im Sinne der Mehrheit des Landtages diese Warnung an die Provinzialverwaltung richten darf, da wir weder Zeit noch Geld haben, um Experimente zu machen.

Ferner bin ich der Ansicht, daß auch in bezug auf die Wirtschaftlichkeit des anzuwendenden Straßenbaumaterials immer auf weite Sicht untersucht und festgestellt werden muß, wie wir am besten für die Provinz und die von ihr beschäftigten Arbeiter vorankommen. In den verschiedensten Sitzungen der Kommission und auch hier ist durch den Bericht des Herrn Abgeordneten Dr. Wessel die Planwirtschaft erwähnt worden. Wir begrüßen diese Planwirtschaft um so mehr, als dadurch auch Gemeinden, die bisher weniger oder gar nichts für den Straßenbau tun konnten, durch Mithilfe der Provinz nun endlich dazu übergehen können, in Verbindung mit benachbarten Kreisen, die gute Straßen ausbauten, aber durch Mittellosigkeit der angrenzenden Gemeinden diese Straßen nicht durchbauen konnten, das durchzuführen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich der Provinzialverwaltung auch wohl sagen, daß wir unter allen Umständen wünschen und verlangen, daß die Einstellung von Arbeitern und Angestellten nicht etwa den Straßenbaumeistern oder einzelnen Personen überlassen wird, sondern in der unparteiischsten Weise vorgenommen werden soll und ferner, daß Tariflohn gezahlt wird. Wir haben wiederholt Klagen darüber gehört, daß gewisse Kreise schon vor längerer Zeit und besonders in neuerer Zeit dazu übergehen, einen bestimmten Personenkreis, der ihnen nahesteht, als Arbeiter oder Angestellte einzustellen, und daß dies nicht durch Vermittlung des Arbeitsamtes geschieht. Deshalb erheben wir erneut die Forderung, daß jede Einstellung, auch durch die Provinzialverwaltung, durch Vermittlung der Arbeitsämter vorgenommen wird. Wir haben auch auf einem anderen Gebiete noch einmal der Provinzialverwaltung die Frage vorzulegen, wie sie sich zu dem Vorgehen der Strabag stellt. Auch hier wurde ja bereits davon gesprochen, daß die angeschlossenen Firmen eine Konventionalstrafe von 20 000 RM bekommen, wenn sie unter den von ihnen festgesetzten Preisen irgendwie submittieren. Das würde eine überaus ungesunde Wirtschaft sein, die wir durchaus nicht tragen können. Wo soll es denn hinführen, wenn eine Gesellschaft sich gewissermaßen ein Preismonopol schafft, das nicht etwa durch gesunde Kon-

kurrenz beeinflusst wird, wo vielmehr die Preise einfach durch Diktatur festgesetzt werden und jeder, der unter diese festgesetzten Preise geht, in eine Konventionalstrafe genommen wird. Das ist eine Politik, die wir unter keinen Umständen gutheißen können. Deshalb richten wir an die Provinzialverwaltung nochmals die Frage, wie sie sich zu unserer Anfrage und zu dem Vorgehen der Strabag stellt.

Wenn wir unter diesem Gesichtswinkel den Etat ansehen, so werden wir auch in Zukunft im Interesse der Provinz und der von ihr angestellten Arbeiter noch ganz erheblich mehr leisten, als es bisher geschehen ist. Ich möchte dringend wünschen, daß meine Ausführungen nicht etwa so gewertet werden, als ob sie aus reiner Agitationslust gemacht worden seien; Sie werden vielmehr die sachliche Kritik, die wir an diesem Abschnitt des Haushaltes üben, zu würdigen wissen, und wir bitten deshalb um hinreichende Beachtung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Oberbaurat Heinekamp.

Landesoberbaurat Heinekamp: Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Herrn Vorredner bloß auf die Frage bezüglich der Strabag antworten. Diese macht ihre Preise wie alle Preiskonventionen und Preisartelle. Wir suchen, die Preisbildung der Konventionen dadurch zu regulieren, daß wir uns bemühen, bei den Ausschreibungen möglichst viele Außenseiter heranzuziehen; wir übertragen dann die Lieferung den Billigsten, soweit die Firmen leistungsfähig sind. Eine andere Möglichkeit besteht für uns nicht, gegen die Preiskonventionen und Preisartelle den Kampf aufzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte den Berichterstatter zu 33, Herrn Baron von Soglio, das Wort zu nehmen.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Meine Damen und Herren! Es wird vielleicht gut sein, ganz kurz auf den Etat einzugehen. Als ich vor einigen Jahren hier zum Etat des Straßenwesens — oder wie es jetzt heißt: Verkehrswezens — sprach, faßte ich die Aufgabe der Provinz in drei Sätzen zusammen. Ich sagte: 1. ist es Aufgabe der Provinzialstraßenverwaltung, die Straßendecken dem geänderten Verkehr anzupassen; 2. muß sie die Gefahren, die durch den verstärkten Verkehr auf den Straßen entstanden sind, beseitigen; und 3. verlangt der weitausholende Verkehr, der durch den durchgehenden Kraftverkehr verursacht worden ist, daß neue Straßen von der Provinz übernommen werden.

Die erste Aufgabe, nämlich die Neuschaffung der Decken, ist bei den 6000 Kilometer Straßen, die die Provinz zu unterhalten hat, bei 4000 Kilometer erfüllt. 1100 Kilometer sind durch Steinpflaster gedeckt, und für die übrigen ist die sogenannte schwarze Bauweise eingeführt. Diese besteht darin, daß entweder ein leichter Ueberzug oder eine dünne Schicht Feinsplitt oder eine dichtere Schicht Feinsplitt gebunden mit Teer oder Asphalt zu einer festen Masse zusammengewalzt wird. Diese Bauweise hat sich außerordentlich bewährt. Es ist also anzunehmen, daß neben kleineren Strecken, die heute noch mit Pflaster belegt werden müssen, in Zukunft die Straßen, die einen nicht zu starken Verkehr haben, alle mit der Teersplittdecke bedeckt werden. Die alte Straße, die mit Sand und Wasser eingeschlemmt wurde, ist zum Aussterben verurteilt.

Die zweite Aufgabe, die die Provinz zu erfüllen hat, nämlich die Gefahren zu beseitigen, erfordert außerordentlich große Mittel und kann natürlich nur in ganz langen Zeitläufen erfüllt werden. Dahin gehört die Autostraße, und dahin gehören die vielen Umliegungen und Veränderungen der Straßenlinien, für die meistens im außerordentlichen Etat Gelder angefordert werden müssen.

Der dritten Aufgabe, nämlich 2000 Kilometer, die als Uebernahmestraßen angenommen worden sind, zu übernehmen, haben sich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegengestellt. Tatsächlich sind bereits 600 Kilometer von der Provinz übernommen worden, und weitere 400 Kilometer werden demnächst übernommen. Aber die übrigen 1000 Kilometer werden wohl schwerlich jemals als Provinzialstraße ausgebaut werden können. Das kommt daher, weil die Provinz verlangt, daß diese Straßen vor der Uebernahme nach den Normativbestimmungen ihrer Straßen von den Gemeinden bzw. Kreisen ausgebaut werden. Sie gibt dazu ein Drittel Beihilfe; aber das reicht nicht, die Gemeinden und Kreise können diesen Ausbau damit nicht leisten. Daher ist die Provinz dazu übergegangen, eine Interessengemeinschaft zwischen Kreisen, Gemeinden und Provinz vorzuschlagen, die diese Straßen übernimmt, ausbaut und betreut. Sie haben darüber ja eine besondere Vorlage gehabt; im nächsten Jahre wird uns wohl ein Statut vorgelegt werden.

Wenn ich nun zu den einzelnen Zahlen des Etats übergehe, so bitte ich, Seite 16 zur Hand zu nehmen. Da werden Sie finden, daß auf der Einnahmeseite statt 19 Millionen Kraftfahrzeugsteuer nur 17 Millionen eingehen werden; also ein Ausfall von 2 Millionen. Sie sehen weiter unter Titel 4 einen Ausfall von einer Viertelmillion, da die Zinsverbilligung, die der Staat bisher für 19 Millionen gegeben hat, fristmäßig abläuft und nun ein großer Teil der diesjährigen Zinsen in voller Höhe und nächstes Jahr sämtliche Zinsen gezahlt werden müssen. Da im übrigen die Einnahmeseite sich nicht mehr steigern läßt und auf der anderen Seite die Ausgaben ziemlich ständig sind und nicht geändert werden können, so ergibt sich, daß der Ausfall lediglich von Titel 21, laufende Unterhaltungskosten, zu tragen ist, die infolgedessen statt mit 14 Millionen mit 12 Millionen angesetzt sind. Bedingung ist dabei aber außerdem noch, daß, falls die Kraftfahrzeugsteuer, die für das Jahr 1930 noch nicht völlig ausgeschüttet ist, weniger als die im Vorjahre vorgesehenen 19 Millionen ausmacht, etwa 1 Million einzusparen ist. Es ist weiter die Bedingung gestellt, daß, wenn voraussichtlich im Jahre 1931 der Ansatz von 17 Millionen nicht erreicht wird, auch hier wieder 1 Million zu kürzen ist, so daß tatsächlich von den 12 Millionen nur noch 10 Millionen zur Verfügung stehen. Selbst diese 10 Millionen sind noch unbestimmt, indem verlangt wird, daß, wenn im allgemeinen ein Niedergang der Steuern, der Gesamteinnahmen vorliegt, auch beim Wegebau eine Reserve geschaffen werden muß, die in Höhe von 1 Million anzusetzen ist, so daß die Verwaltung tatsächlich nur über 9 Millionen für die Unterhaltung verfügen kann. Allerdings hat sie vom vorigen Jahr noch einen Teil eines außerordentlichen Darlehens mit 2,5 Millionen in Aussicht, das nur erhofft werden darf, wenn es langfristig oder mindestens mittelfristig untergebracht werden kann.

Im übrigen sehen Sie unter Nr. 22 eine Verringerung um ungefähr $\frac{1}{4}$ Millionen. Das kommt daher, daß die Amortisationsquote auf 2 Prozent herabgesetzt worden ist. Man sagt sich: die Lebensdauer der neuzeitlichen Straßenbede ist eben länger, infolgedessen kann auch die Amortisationsfrist statt auf 12 auf 20 Jahre ausgedehnt werden. — Die Leistungen an Kreise und Gemeinden, die Sie unter 30 bis 34 finden, sind eigentlich nur formell geändert; tatsächlich hat da keine Änderung stattgefunden. Darin einbegriffen ist der sogenannte Fonds a und b; Fonds a bis 1500 RM Beihilfe, Fonds b über 1500 RM und die Unterstützung der Uebernahmestrafen. Auch hier stehen aus den vorjährigen außerordentlichen Mitteln noch 3 Millionen zur Verfügung, falls es gelingt, die vorjährig bewilligte Anleihe unterzubringen. — Sie sehen am Schluß 22 Millionen Einnahmen und 29 Millionen Ausgaben. Es ist also eine Spanne von rund 7 Millionen, die durch die Mittel der Provinz für den Straßenbauetät aufgebracht werden sollen.

Im allgemeinen wird es Sie wohl auch noch interessieren, wieviel Anleihemittel im ganzen für den Straßenbau bisher bewilligt worden sind. In den Jahren 1926/29 sind 49 Millionen Darlehen aufgenommen worden, im Jahre 1930 5,5 Millionen und im Jahre 1931 sind 3,5 Millionen im außerordentlichen Etat vorgesehen, so daß sich die Anleihen der Provinz für Straßenbauzwecke mit den Zuschüssen, die die Rhein-Ruhr-Siedlung bekommt und dem Zuschuß für die Koblenzer Brücke im ganzen auf 61 Millionen belaufen.

Der Sachausschuß bittet, diesen Etat unverändert anzunehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Dechamps.

Abgeordneter Dr. Dechamps: Meine Damen und Herren! Zu dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft, Drucksache 86, möchte ich doch noch einiges sagen. Die Behandlung, die der Antrag im Sachausschuß gefunden hat, hat meine Freunde nicht befriedigt. Wir haben aus der Denkschrift über die beim Ausbau der rheinischen Provinzialstraßen verwandten Straßenbauverfahren und Planungsgrundlagen gern ersehen, wie sich im großen und ganzen die Entwicklung der Straßen vollzogen hat. Insbesondere haben wir auch gern ersehen, daß auf allen Gebieten mehr und mehr einheimische Materialien Verwendung gefunden haben.

Die Denkschrift sagt aber nichts zu einem Punkte. Sie finden auf Seite 8 die Oberflächenbehandlungen mit 2517 Kilometer in einem einzigen Posten aufgeführt. Sie finden aber keine Spezifikation darüber, wieviel von dieser Oberflächenbehandlung auf das ausländische Bitumen und wieviel auf den inländischen Teer entfällt. Nach Ziffern, die die Verwaltung uns gegeben hat, sind in den Jahren 1926—30 1726 Kilometer Oberflächenbehandlung in Asphalt und nur 667 Kilometer in Teeremulsionen hergestellt worden, außerdem 147 Kilometer in Heißteeren. Sie sehen also, daß in diesen letzten Jahren ausländisches Material immer noch in ganz erheblich höherem Maße Verwendung gefunden hat als inländisches.

Gestatten Sie mir dazu eine kurze Bemerkung. Sie wissen, daß das Bitumen teils als Asphalt aus Mexiko und anderen ausländischen Staaten herüberkommt, teils wird ein Bitumen als Rückstand bei der Destilla-

tion des Rohöls gewonnen. Nun ist seit einigen Jahren im Hamburger Freihafen eine Destillationsanlage der Shell-Gesellschaft auf den Namen Rhénania-Offag gebaut worden, und es wird jetzt vielfach behauptet, daß dieses Material inländisches Material sei, weil darin inländische Löhne stecken. Es wird behauptet, daß im Preise des Bitumens etwa die Hälfte an Lohn enthalten sei. Dagegen erlauben Sie mir kurz folgende Aufrechnung. Sie können eigentlich beim Teer, der als Nebenprodukt in der Kokerei entfällt, den gesamten Preis auf die Löhne rechnen, weil an Material überhaupt nichts zu rechnen ist. Infolgedessen steckt in einer Tonne Teer sehr viel mehr Lohn als in einer Tonne Bitumen, und es ist vom Standpunkte insbesondere der deutschen Arbeitsbeschaffung schade für jede Mark und jede Tonne, die an Asphalt bezogen wird. Wenn Sie sich einmal einen Begriff davon machen wollen, was etwa die 6—8000 Tonnen Teeremulsion oder Bitumenemulsion, zwischen denen die Verwaltung die Wahl hat, für unsere heimische Industrie, besonders für unsere Bergbauindustrie bedeuten, so kann ich Ihnen sagen, daß 8000 Tonnen Teer etwa einer Koksproduktion von 150 000 Tonnen entspricht, also etwa einem Feinkohlenverbrauch von 200 000 Tonnen und dementsprechend einer Förderung von 400 000 Tonnen, in denen also rund 2—300 000 Arbeitsschichten stecken. Selbstverständlich dürfen Sie die nicht nur auf den Teer verrechnen; aber immerhin, ein gewisser Prozentsatz entfällt auf den Teer; und Sie sehen, daß es für die deutsche Arbeitsbeschaffung wirklich nicht gleichgültig ist, ob man dieses Material aus dem Auslande oder im Inlande bezieht.

Nun hat die Verwaltung im III. Sachausschuß erklärt, die Sache sei so, daß die Teeremulsion heute der Bitumenemulsion noch nicht gleichwertig sei. Wer von uns in der Wirtschaft steht, der weiß, daß jedes neue Verfahren zunächst auf Widerstand stößt. Die Bitumenemulsion, eingeführt mit einer ungeheuren Klame der Erdölkonzerne, hinter denen ja außerordentlich große Mächte stehen, hat zunächst eine große Einführung gefunden, und es ist ganz klar, daß anfangs bei den untergeordneten Stellen immer Widerstände gegen irgendein neues Verfahren bestehen, das inländische Stoffe benutzt und nach und nach eingeführt werden will. Die Sachverständigengutachten, die über diese Frage vorliegen, wurden, als ich sie im Ausschuß vorbrachte, von der Verwaltung damit ausgeräumt, daß man sagte: Was haben diese Gutachten gekostet? Ich berufe mich jetzt nur noch auf einen einzigen Sachverständigen, den Provinzialbaurat Großjohann in Düsseldorf.

Dieser hat auf einer Tagung am 5. und 6. November 1930 unter anderem über die Oberflächenbehandlung gesprochen und dabei gesagt, daß der Teer gegenüber dem Asphaltbitumen gewisse Vorzüge hat: er ist griffig und wird nicht glatt. Sie wissen, daß Asphaltstraßen außerordentlich schnell glatt werden. Ich kenne eine Asphaltstraße in der Nähe von Essen, die von uns ganz prinzipiell gemieden wird, wenn es geregnet hat, weil sie eben so glatt ist. Der Teer hat gewisse Vorteile, andererseits Nachteile. Diese Nachteile werden dann ausgeführt; dazu gehört eine etwas größere Verwendung von Splitt. Immerhin hat man uns im Ausschuß erklärt, daß der an und für sich niedrigere

Teerpreis dadurch aufgehoben werde, daß mehr Splitt verwendet werden müsse, daß aber der Gesamtpreis der Teerstraße nicht höher sei als der der Bitumenstraße. Da möchte ich doch sagen: das ist der Vorzug und nicht etwa ein Nachteil. Es ist viel besser, ich habe gleichzeitig den einheimischen Splitt und kann ihn verwenden, als daß ich mehr ausländisches Material beziehen muß. Weiter hat Großjohann gesagt, daß nach dem Aufbringen einer Teeremulsion der Anstrich je nach der Witterung noch längere oder kürzere Zeit gepflegt werden muß, was bei dem anderen nicht der Fall sei. Auch das ist kein Nachteil, solange der Gesamtpreis dadurch nicht höher wird. Endlich sagt Großjohann: Nachdem im Jahre 1926 etwa 50 000 Quadratkilometer mit Teeremulsion behandelt waren und diese Strecken den Anforderungen entsprachen, sei weiter mit Teeremulsion gearbeitet worden. Mehr können wir nicht verlangen, hier ist also anerkannt: die Anforderungen sind erfüllt, die Emulsion ist genau so gut wie die andere. Es kommt nur darauf an, sich mit der nötigen Energie dahinterzusetzen und den untergeordneten Instanzen klarzumachen, daß es für die rheinische Provinzialverwaltung, in deren Bereich Splitt und Teer in der einheimischen Industrie erzeugt werden, unmöglich ist, trotzdem auf die Dauer noch Auslandsstoffe zu verwenden.

Lassen Sie mich dazu auch noch ein paar Zahlen sagen: In England gehen von dem dort erzeugten Teer alljährlich 800 000 Tonnen auf die Straße; Frankreich verwendet rund 500 000 Tonnen Teer für seine Straßen. So wie Sie über die Grenze nach Holland und Belgien gehen, werden Sie finden, daß man ohne Schwierigkeiten Teer und Teeremulsion verwendet. Wir liefern von der hiesigen Industrie aus große Mengen Teeremulsion, und dort liegen keine Schwierigkeiten vor. In Deutschland sind im vergangenen Jahre 175 000 Tonnen Teer auf die Straße gegangen, davon 60 000 Tonnen in Bayern. Wer die bayerischen Straßen kennt, der weiß, daß sie sich in einem vorbildlichen Zustande befinden. Nun soll ausgerechnet in der Rheinprovinz, wo der Teer erzeugt wird, nicht die Möglichkeit bestehen, das zu erreichen, was in allen anderen Ländern ohne weiteres möglich ist. Ich kann beim besten Willen nicht anerkennen, daß die technischen Schwierigkeiten nun wirklich unüberwindlich seien. Ich weiß, daß man immer, wenn man 2 Techniker fragt, auch 2 verschiedene Meinungen zu hören bekommt. Fragen Sie einmal im Bergbau, ob man unter Tage Elektrizität oder Preßluft verwendet, dann werden Sie Leute finden, die auf das eine und solche, die auf das andere schwören. So wenig wie jemals 2 Juristen einer Meinung gewesen sind, so wenig sind 2 Techniker derselben Meinung. Aber wenn die Techniker zweierlei Meinung sind, und einmal handelt es sich um das einheimische Material und den einheimischen Lohn, das andere Mal aber um fremde Verfahren, dann ist meines Erachtens die Wahl nicht schwer.

Wir bitten Sie also, die Sache doch nicht so zu behandeln, daß man einfach auf den Beschluß des vergangenen Jahres verweist. Dieser Beschluß läßt Tür und Tor offen: er sagt: „möglichst“ und läßt die Verwendung von ausländischem Asphalt „einschränken“. Wir sehen, was aus der Sache geworden ist. Richtig ist, daß im vergangenen Jahr — ich erkenne das an —

384 Kilometer in Teeremulsion und 193 Kilometer in Bitumenemulsion hergestellt worden sind. Ich glaube nicht, daß das ganz unserem Beschluß „möglichst“ entsprach. In diesem Jahr bestand die Absicht, das Verhältnis umzukehren und wieder zwei Drittel in Bitumenemulsion und ein Drittel in Teeremulsion herzustellen. Der Ausschuß hat sich erst dann zu seinem Antrage — den ich Sie nicht anzunehmen bitte, sondern ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen — entschlossen, nachdem die Verwaltung erklärt hat, sie würde mit der für den 1. April vorgesehenen Bestellung von Bitumen zurückhalten, bis die Frage geklärt sei. Ich möchte Sie dringend bitten, unserem Antrage zuzustimmen. Überlegen Sie sich dabei nur eins: Man hat uns gesagt, daß solche Straßen, die einmal in Bitumen hergestellt sind, auch in Zukunft immer in Bitumen erhalten werden müssen. Das wird mehr oder weniger richtig sein, denn auf diesem glatten Asphalt können Sie nicht Teer auflegen. Jede Straße, die in Zukunft hergestellt wird, bedeutet für die ganze Dauer von 20 Jahren oder was sonst an Lebensdauer in Frage kommt, daß immer und immer wieder das ausländische Bitumen gebraucht werden wird, daß immer und immer wieder entsprechende Feierschichten bei uns eingelegt werden müssen und daß damit dem Prinzip, das wir doch in erster Linie verfolgen müssen, nämlich deutsche Waren auf deutsche Straße zu bringen, entgegengehandelt wird. Wir begehen einen großen Fehler, wenn wir der Verwaltung noch irgendeine Möglichkeit lassen, aus der Sache herauszukommen, und ich bitte Sie dringend: Stimmen Sie dem Antrage Nr. 86 der Arbeitsgemeinschaft zu. (Bravo! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n: Das Wort hat Herr Landesoberbaurat Heinkeamp.

Landesoberbaurat H e i n k e a m p: Meine Damen und Herren! Selbstverständlich bevorzugen wir als rheinische Provinzialverwaltung mit Vorliebe rheinisches Material. Die Rheinische Provinzialstraßenverwaltung wird niemals ein ausländisches Material gebrauchen, wenn sie sich nicht überzeugt hat, daß dieses ausländische Material besser und wirtschaftlicher ist. Nach unserer Ansicht, und zwar nicht nur nach meiner, sondern nach der Ansicht sämtlicher Bauvorstände hat sich im vergangenen Jahr nach örtlicher Prüfung herausgestellt, daß die Asphaltemulsionen besser auf den Straßen zu verarbeiten sind und sich bewähren als die Teeremulsionen. Die Teeremulsionen sind noch in Entwicklung. Die Fabrikanten der Asphaltemulsionen haben schon seit Jahren ihr Verfahren ausprobiert und ihre Qualität jedes Jahr verbessert. Wir hoffen, daß es auch der Teerindustrie gelingt, nächstens Emulsionen herauszubringen, die den Asphaltemulsionen auf den Straßen gleichwertig sind. Ich habe in der Kommission als den Standpunkt der Verwaltung festgestellt, daß wir in diesem Jahr nochmals einen größeren Versuch mit Teeremulsionen machen wollen, und daß wir einen größeren Posten der Oberfläche zurückhalten wollen, um abzuwarten, wie die diesjährigen Teeremulsionen sich verarbeiten lassen und bewähren. Ich möchte also nochmals feststellen: Sobald wir ein heimisches Produkt haben, das auf unseren Straßen genau das selbe leistet wie ein ausländisches Produkt, werden wir selbstverständlich nur das heimische Produkt verwenden.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schüler.

Abgeordneter Dr. Schüler: Ich möchte zu Nr. 18 einige kurze Bemerkungen machen. Wir stimmen der Bewilligung der Mittel für die Moselbrücke in Koblenz zu, möchten dabei aber doch erklären, daß wir nicht damit einverstanden sind, daß man die Regierungsbeihilfe von 1 Million RM für diese Zwecke aus den Mitteln für den Regierungsbezirk Koblenz nimmt, anstatt, wie es doch wohl richtiger gewesen wäre, aus den Gesamtmitteln der Westhilfe. Ich glaube, daß darin viele auch in anderen Parteien mit mir derselben Meinung sind. Wir bitten, in Zukunft alle diese Hilfsmaßnahmen nicht mit dem Regierungsbezirk abzuschneiden zu lassen, so sehr wir den betreffenden Gegenden diese Hilfsmaßnahmen gönnen. Es ist aber nicht berechtigt, hier einfach der Grenze des Regierungsbezirks, die doch mehr oder weniger zufällig ist, zu folgen und die anderen abzuschneiden, sondern man soll doch auch die benachbarten Gegenden, die sich genau in derselben Lage befinden, namentlich die Gegenden der Eifel und des Hunsrücks, mehr berücksichtigen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lohmeyer.

Abgeordneter Lohmeyer: Meine Damen und Herren! Ich hatte im vorigen Jahr bei Besprechung dieses Punktes darauf hingewiesen, daß man möglichst dem deutschen Produkt den Vorzug geben möchte. Es ist für mich eine Freude, in dem Bericht zu lesen, daß man in dem verflochtenen Jahr dem einheimischen Produkt etwas mehr Beachtung geschenkt hat. Aber die Zahl von 1726 Kilometer Asphalt ist für meine Freunde und mich noch entschieden zu hoch. Wir müssen damit rechnen, daß uns in diesem Jahre voraussichtlich 2 Millionen RM weniger an Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer zur Verfügung stehen. Das bedeutet, daß wir für den gesamten Straßenbau 2 Millionen RM weniger haben. Diese 2 Millionen RM weniger bedeuten gleichzeitig auch die Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten und die Einschränkung des Verbrauchs und des Einkaufs an Rohstoffen. Wir wissen, daß viele unserer rheinischen Gemeinden und gerade diejenigen, die als Hauptbeschäftigungszweig die Steinindustrie haben, heute nicht mehr wissen, wie sie ihren Etat in Ordnung bringen sollen. Die Arbeitslosigkeit nimmt dort in geradezu erschreckendem Maße zu.

Wir haben über die Westhilfe gesprochen und wollen den Versuch machen, daß auch diese Gemeinden unterstützt werden. Ich glaube, man würde es im Reich und im Staat nicht verstehen, wenn wir es in dieser Notzeit als Provinz und als Verwaltung nicht fertig brächten, die Erzeugnisse der eigenen Heimat im Straßenbau zu verwenden.

Deshalb möchten wir die Bitte aussprechen, daß man in Zukunft in der Verwaltung diesen Notstand berücksichtigt und vor allen Dingen beim Einkauf und bei der Bearbeitung der Straßen darauf Rücksicht nimmt, daß wir eine notleidende rheinische Bevölkerung haben, daß wir in Notzeiten sind und daß man in diesen Notzeiten auch einmal Splitt und Teer, die Erzeugung unseres heimischen Bergbaues, also diese Hauptbestandteile für unseren Straßenbau aus unserer ergeren Heimat bezieht. (Zustimmung rechts.) Ich glaube, dann können wir einen Ausgleich schaffen.

Diesen Ausfall von 2 Millionen RM können wir dadurch wettmachen, daß wir das ausländische Produkt draußen lassen. Der Ausländer berücksichtigt uns auch nicht beim Einkauf von irgendwelchen Waren; er schließt sich von uns ab. Deshalb sollten auch wir unsere heimischen Erzeugnisse berücksichtigen. Wir sollten deutschen Teer berücksichtigen, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, den deutschen Bergmann zu beschäftigen. Wir sollten auch Steine berücksichtigen, die in unserer heimischen Gegend zu Hause sind.

Meine Freunde und ich werden uns für die Vorlage aussprechen, weil sie einmal der Notzeit Rechnung trägt und weil wir auch unsere deutsche Industrie damit unterstützen. (Bravo! rechts.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Simon.

Abgeordneter Simon: Der diesjährige Etat der Provinzialstraßenverwaltung weist dieselben schweren Mängel auf, die bei den verschiedenen Haushaltsplänen des heutigen Systems in allen öffentlichen Körperschaften festzustellen sind, angefangen vom Reich bis zur kleinsten Kommune. (Zurufe von den Kommunisten.) Er steht unter dem Schlagwort, das jetzt modern geworden ist, nämlich unter dem Schlagwort: Sparen! Dabei versteht man aber heute unter Sparen nicht die Vermeidung von überflüssigen Ausgaben; man versteht vielmehr darunter die Vermeidung von recht notwendigen Ausgaben. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Und die Bewilligung von Gehältern von Fried usw.!) Man versteht unter Sparen die Drosselung von notwendigen Ausgaben. Und so ist auch der diesjährige Straßenbausetat ein solcher, bei dem das Wort „Drosselung“ eine recht große Rolle spielt. Man fragt sich nicht bei der Aufstellung eines solchen Planes, welche Straßenbauten unbedingt notwendig sind, man fragt nicht nach dem dringlichen Bedürfnis, man fragt vielmehr nach dem Betrag, den uns die Tributpolitik für solche Zwecke noch übrig läßt. Das geht klar und deutlich aus den Ausdrücken des Vorberichtes hervor, die ich Ihnen hier zitieren will. Es heißt z. B. in dem Vorbericht:

„Sollten die Ueberweisungen aus der Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1931 einen anderen Betrag ergeben, als im Kapitel 2, Titel 4, vorgesehen, so wird der Provinzialausschuß beauftragt, zur gegebenen Zeit den Ausgleich beim Haushalt der Provinzialstraßenverwaltung herbeizuführen.“

Das heißt mit anderen Worten, diesen Etat dann zu kürzen. Es heißt ferner:

„Sollte der Ausfall an Kraftfahrzeugsteuer für 1930 einen durch den vorliegenden Haushaltsplan für 1931 noch nicht gedeckten Fehlbetrag ergeben, so wird der Provinzialausschuß ermächtigt, seine Deckung bis zum Betrage von 1 Million RM durch Kürzung der im Kapitel 20, Titel 21, für den Straßenbau vorgesehenen Ausgabe herbeizuführen.“

Sie geben also damit anscheinend doch dem Provinzialausschuß so eine Art Ermächtigungsgesetz. Sie sind also hier höchst modern. Sie nehmen sich den Tributrechtstag des Kanzlers Brüning zum Vorbild und geben auch hier Ermächtigungsgesetze heraus. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Der merkt aber auch alles!)

Aber trotz dieser Drosselungsmaßnahmen sehen Sie ein, daß Sie auf die Dauer nach diesem System und nach seinen Gesetzen nicht weiter wirtschaften können.

Sie bekennen selbst in Ihrem Vorbericht folgendermaßen Ihre Ansicht:

„Es gibt nach Ansicht der Verwaltung für diese Ausgaben nur zwei Möglichkeiten: Deckung durch Anleihe oder Unterlassung.“

Sie sind also bereits soweit gekommen, daß Sie offen zugeben müssen: Entweder Sie müssen alle wichtigen Aufgaben der Provinz einfach unterlassen oder Sie müssen Anleihen aufnehmen bis dorthin. Sie entscheiden sich auch dieses Jahr wiederum für die Anleihenwirtschaft und wagen dabei trotzdem in Ihrem Vorbericht noch von den Grundsätzen einer soliden Finanzwirtschaft zu sprechen. Gleichzeitig betonen Sie aber, daß das eine außergewöhnliche Maßnahme darstelle, wenn man die nun aufgenommene Anleihe nicht wie bisher mit 5 Prozent tilgt, sondern lediglich mit 2 Prozent. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Sie behaupten also damit, wenn ich die Sachen miteinander in Verbindung bringe, daß die Grundsätze einer soliden Finanzwirtschaft außergewöhnliche Maßnahmen darstellen. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Die Logik hier festzustellen, das überlasse ich Ihnen, meine Herren!

Wir wundern uns insbesondere darüber, daß man nach wie vor Anleihen aufnimmt, bei denen ein Disagio von 9 Prozent vorgesehen ist. Während Sie sonst draußen im Lande die Behauptung aufstellen, die Preise würden billiger, wagen Sie es hier nicht, auf billigere Geldpreise zu dringen. In Ihrem System ist das Geld ja eine Ware wie jede andere, und der Preis dafür ist der Zinsfuß. Wo bleibt hier die Preisenkung des allmächtigen Systems Brüning? Wir vermischen hier die Zinsenkung. Wir vertreten den Standpunkt, daß es in dem heutigen System überhaupt ausgeschlossen ist, daß der Zinsfuß gesenkt wird. In dem heutigen System wächst sich jede Maßnahme letzten Endes aus zu einer Stützung des Leih- und Finanzkapitalismus, jener Art des Kapitalismus, der unsere Wirtschaft zerstört hat und der auf der anderen Seite den Banken und Börsengewaltigen riesige Gewinne zugeschanzt hat unter den Augen der Sozialdemokraten und der stillen Duldung der kommunistischen Partei. (Lachen links.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a h e n : Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meurer.

Abgeordneter Meurer : Es liegt Ihnen zu der Verwaltungsvorlage unter Drucksache 15 ein Antrag meiner Fraktion vor, in dem verlangt wird, daß in Ballendar die Umgehungsstraße gebaut wird, die durch einen einstimmigen Beschluß der Ballendarer Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen wird. Bei der Umgehungsstraße in Ballendar handelt es sich gewissermaßen um zwei Projekte, um ein Projekt der Provinzialverwaltung und um ein Projekt der Ballendarer Stadtverwaltung. Wir stellen fest, daß die Provinzialverwaltung auf ihrem Projekt bestehen bleibt, trotzdem auf der anderen Seite feststeht, daß dieses Projekt ganz gewaltige Nachteile gegenüber dem anderen Projekt hat. Das Projekt der Provinzialverwaltung ist mit 120 000 RM veranschlagt, wovon 60 000 für Grunderwerb und 60 000 RM für Beschaffung von Materialien und für Löhne verausgabt werden sollen. Das Projekt der Stadtverwaltung in Ballendar ist mit 180 000 RM veranschlagt. Davon sind, genau wie bei dem Projekt der Pro-

vinzialverwaltung, obgleich die Strecke noch einmal so lang ist wie bei dem Projekt der Provinzialverwaltung, 60 000 RM für Grunderwerb und 120 000 RM zur Beschaffung von Materialien und zur Auszahlung von Löhnen vorgesehen. Die Verwaltung erklärte im Sachausschuß, daß nicht nur die finanziellen Gründe für die Ablehnung unseres Antrages maßgebend seien, sondern auch aus verkehrstechnischen Gründen müßte der Antrag abgelehnt werden, weil ihr Projekt verkehrstechnisch einwandfreier und besser sei. Es steht aber fest, daß bei dem Projekt der Provinzialverwaltung praktisch in Ballendar keine Umgehungsstraße gebaut wird, sondern daß lediglich der Gefahrenpunkt etwas verlegt wird und zwar um etwa 300 bis 400 Meter. Die geplante Umgehungsstraße der Provinzialverwaltung ist noch eine Ortsstraße und in absehbarer Zeit dermaßen zugebaut, daß von einer Beseitigung der Gefahrenstelle in Ballendar überhaupt nicht die Rede sein kann.

Über etwas anderes zeigt uns, weshalb die Verwaltung auf dem Standpunkt steht, daß ihr Projekt das einzig richtige ist. Es handelt sich bei ihrem Projekt darum, die Straße durch ein Fabrikgelände zu legen und der betreffende Fabrikbesitzer hat ein sehr großes Interesse daran, seinen Betrieb an die Provinz zu drei Viertel zu veramschen. Es liegt mir ein Schreiben dieses Kapitalisten vor, daß er an die Stadtverordneten in Ballendar geschickt hat. Dieser Brief zeigt zur Genüge, daß Handinhandarbeiten privattypischer Kreise mit der Provinzialverwaltung, wenn es um Geld geht. In dem Brief, den dieser Fabrikant an die Stadtverordneten geschickt hat, heißt es wörtlich:

„Das Projekt der Umgehungsstraße an der Bahn entlang ist endgültig ausgeschlossen. Wenn die Straße überhaupt gebaut wird, kommt nur die Linienführung durch unsere Fabrik in Frage, Regierung, Provinz, Kreis und Automobilklub befürworten einstimmig dieses billigere und verkehrssichere Projekt. Am kommenden Sonnabend wird der Landeshauptmann selbst zur Ortsbesichtigung herkommen, und dann soll zum letztenmal versucht werden, die Ballendarer Stadtvertretung unter Darlegung der tatsächlichen Gründe davon zu überzeugen, daß ihre Wünsche nicht die richtigen sind. Sollte sie indessen wider Erwarten auf ihrem bisherigen Standpunkt beharren, so wird von der Regierung sofort der bereitgestellte staatliche Zuschuß von 20 000 RM zurückgezogen,

(Hört hört! bei den Kommunisten)

und entweder wird dann die Straße durch unsere Fabrik ohne diesen Zuschuß gebaut, oder aber sie wird in den nächsten Jahren überhaupt nicht gebaut. Die Stadt Ballendar mag dann die Verantwortung für die unvermeidlichen Unfälle in der Heerstraße auf sich selbst nehmen. Auf keinen Fall indessen wird dem Projekt an der Bahn entlang nähergetreten. Die Provinz hat von jeher das Projekt durch unsere Fabrik befürwortet.

(Hört hört! bei den Kommunisten.) Am Schlusse dieses Schreibens heißt es:

Ich mache kein Hehl daraus, daß wir Geschwister Engels auch nicht die geringsten Kapitalien zum Wiederaufbau des Fabrikbetriebes besitzen. Durch die uns zufließenden Gelder bei der Umgehungs-

Straße indessen bekämen wir wieder die Möglichkeit, laufend einer Anzahl Arbeiter Beschäftigung zu geben.

(Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Es wird mir wohl vorgehalten werden, daß hier ein eigenes Interesse im Vordergrund stehe. Weswegen soll man aber nicht sein Interesse mit rechten Mitteln vertreten, wenn dieses Interesse mit dem der Allgemeinheit zusammenfällt?"

Die Interessen dieses Arbeitgebers laufen nicht parallel mit den Interessen der Allgemeinheit, sondern mit der Geldkasse der Provinzialverwaltung. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wir sagen auch an dieser Stelle: Man schanz! diesem Kapitalisten erhebliche Mittel zu, man legt eine Straße durch dessen Betrieb und man finanziert dessen Betrieb, obwohl man weiß, daß diese Straße ein untaugliches Objekt für die Zukunft ist. (Ironischer Zuruf rechts: Unerhört!) Denjenigen, die „Unerhört!“ rufen, möchte ich empfehlen, sich einmal die Ortsverhältnisse in Vallendar anzusehen, dann werden sie nicht mehr „Unerhört!“ rufen.

Zum Brückenbau in Koblenz haben wir einen Antrag eingebracht, durch den wir die Provinzialverwaltung verpflichten, Aufträge an die Arbeitgeber nur unter der Bedingung zu erteilen, daß die Forderungen, wie sie in dem Antrage vorgesehen sind, nämlich Einhaltung der 40-Stunden-Woche, Zahlung der Tariflöhne, Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften usw. beobachtet werden. Die Verwaltung erklärt: Das ist nicht notwendig; erstens einmal hat die Verwaltung nichts damit zu tun und zweitens klappt das schon von selbst; die Unternehmer beachten diese Vorschriften. Wir haben aber Erfahrungen gemacht bei der Autostraße Düsseldorf-Bonn, beim Deichbau Neuwied. Überall dort, wo Zuschüsse gegeben worden sind, konnten wir feststellen, daß in den meisten Fällen diese Vorschriften von den Arbeitgebern nicht eingehalten worden sind. Entgegen den Versprechungen und entgegen den Behauptungen der Verwaltung, daß alles in Butter sei, müssen wir heute noch feststellen, daß dort eine maßlose Ausbeutung, ein maßloses Antreiber-System besteht. Wir stellen z. B. beim Deichbau Neuwied fest, daß eine Firma, die auch von den Mitteln der Provinz geschluckt hat, nur Leute einstellt, die Mitglieder des Stahlhelms sind. Deshalb haben wir alle Ursache, an dieser Stelle, wo es darum geht, öffentliche Mittel zur Subventionierung dieser Betriebe bereitzustellen, unsere Forderungen zu erheben, die im Interesse der Arbeiterschaft liegen.

Wenn vorhin gefordert wurde, daß die deutschen Teerfabrikanten etwas mehr berücksichtigt werden sollen beim Straßenbau, so kann man diese Forderung verstehen. Diese Teerkönige in Deutschland haben wahrscheinlich noch nicht genug Profite eingeheimst. Ihre Forderungen auf Erhöhung der Profitrate können wir sehr gut verstehen.

Wenn Herr Simon von den Nationalsozialisten das Bedürfnis hat, den Zustand der Straßen in der Rheinprovinz zu kritisieren, so empfehlen wir ihm, sich einmal in der „Neuen deutschen Automobilzeitung“ umzusehen, um festzustellen, wie die Straßenverhältnisse im Reiche des Herrn Fried aussehen. (Sehr gut! links.) Es wird dort ganz offiziell zum Ausdruck gebracht, daß in keinem deutschen Winkel die Straßenverhältnisse so schlecht sind, wie ausgerechnet dort, wo

Herr Fried das Zepher schwingt. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Die Grimmelhauser kennen diese Straßen bestimmt nicht!)

Wenn wir weiter feststellen, daß die kommunistischen Anträge in diesem Plenum restlos abgelehnt werden, so haben wir dafür volles Verständnis. In den Ausschüssen konnten wir feststellen, daß bei den wichtigsten Positionen in den Etats ganz erhebliche Beträge reduziert worden sind. Mit systematischer Genauigkeit werden diese Etatspositionen von Jahr zu Jahr reduziert. Hier im Plenum stellt sich der Herr Landeshauptmann und stellen sich die Vertreter der Parteien hin und posaunen in die Weltgeschichte hinaus: Jawohl, es muß mehr getan werden für den Straßenbau und für dieses und jenes! Aber in den Ausschüssen, in den Körperschaften, wo es gilt, die Etats zu beraten und die Mittel bereitzustellen, dort erklären sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit ganz offen: Nein, wir müssen sparen! Allein bei dem Etat für Straßenbau sind gegenüber dem Vorjahre 2 Millionen RM eingespart. Wir werden erleben, daß auf Grund dieser Drosselung die Zuschüsse an die Kreise und Gemeinden bedeutend herabgemindert werden, obwohl feststeht, daß die Wegeverhältnisse in der Eifel, auf dem Hunsrück und im Westerwald dermaßen sind, daß, anstatt diese 2 Millionen abzubauen, mindestens 10 Millionen RM mehr eingesetzt werden müßten. Aber wir wissen: Die Reden, die man von dieser Stelle aus hält, sind dazu bestimmt, den Werkstätten draußen Sand in die Augen zu streuen, um sie irre zu führen. Wir werden es nicht unterlassen, den Werkstätten besonders in den Landorten die Augen zu öffnen über die Heuchelei, die an dieser Stelle getrieben wird.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a s e n: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über die Punkte 17 bis 33 einschließlich abstimmen. Falls sich kein Widerspruch erhebt, werde ich über diese Punkte gemeinsam abstimmen lassen. (Zuruf: Einzelabstimmung!)

Ich lasse also zunächst über Punkt 17 abstimmen. Wer für den Antrag des Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Wer dafür ist, daß hier der Antrag der KPD. durch Annahme des in der Drucksache 15 enthaltenen Antrages als erledigt erklärt wird, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch das ist die Mehrheit.

Punkt 18. Wer für den Antrag des Sachausschusses und für Ablehnung des in der Drucksache 85 niedergelegten Antrages ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch das ist die Mehrheit.

Punkt 19. Wer für den Antrag des Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch das ist die Mehrheit.

Drucksache 60. Wer für den Antrag des Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch das ist die Mehrheit.

Punkt 20. Wer für den Antrag des Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch das ist die Mehrheit.

Punkt 21. — Auch hier stelle ich die Annahme des Antrages des Sachausschusses fest.

Punkt 22. — Desgleichen.

Punkt 23. — Desgleichen.

Punkt 24. — Desgleichen.

Punkt 25. — Ebenso.

Punkt 26. — Angenommen.

Punkt 27. — Angenommen.

Punkt 28. — Angenommen.

Punkt 29. — Angenommen.

Punkt 30. — Der Antrag des Sachausschusses ist angenommen. (Zuruf des Abgeordneten Lohmeyer: Bei Punkt 31 möchte ich namentliche Abstimmung beantragen!) — Von wem wird der Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützt? — Die erforderliche Anzahl Stimmen ist nicht vorhanden. — Der Antrag kann nicht zur namentlichen Abstimmung gestellt werden.

Ich lasse über Punkt 31 abstimmen. Wer für den Antrag des Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Angenommen.

Punkt 32. Wer für den Antrag des Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Angenommen.

Punkt 33. — Auch hier stelle ich die Annahme fest. Wir treten ein in die Besprechung der Punkte 34 bis 37. Zunächst erteile ich das Wort als Berichterstatter dem Herrn Abgeordneten Dr. Weiß.

Abgeordneter Dr. Weiß: Meine Damen und Herren! Der VI. Sachausschuß begrüßt es, daß für das wichtige Gebiet der Kulturpflege ein besonderer Ausschuß bestellt worden ist und hierdurch die Bearbeitung dieses Haushaltes in weitgehender Weise ermöglicht worden ist, als es bisher der Fall war. Um so mehr bedauert der Ausschuß, daß auch dieser wichtige Haushaltsplan sich gewaltige Abstriche hat gefallen lassen müssen. In seiner Haushaltsrede hat der Herr Landeshauptmann darauf hingewiesen, daß die Ausgaben, welche die Provinz für kulturelle Zwecke macht, im ganzen nur 0,52 Prozent betragen und daß es besonders in der heutigen Notzeit, wo so viele private Eigentümer nicht in der Lage sind, die Kunst- und Denkmäler zu erhalten, dringend notwendig ist, daß die öffentliche Hand mehr als sonst für die Erhaltung dieser Kunst- und Denkmäler eintritt. Der VI. Sachausschuß gibt der dringenden Erwartung Ausdruck, daß im nächsten Haushaltsplan mindestens wieder die Ausgabenbeträge in der vorjährigen Höhe eingestellt werden. Insbesondere empfiehlt Ihnen der Ausschuß, dafür einzutreten, daß vom Jahre 1932 ab der Betrag für den Kölner Dom, das Nationaldenkmal am Rhein, wieder in der früheren Höhe eingesetzt wird. Er empfiehlt ferner, zu prüfen, ob es nicht richtig ist, auch den Zuschuß für das Nachener Münster als eine besondere Haushaltsposition aufzuführen.

Den Antrag der SPD., für die Zwecke der Denkmalspflege sämtliche Beträge zu streichen, die der Erhaltung von Kirchen, kirchenähnlichen Einrichtungen oder monarchistischen Denkmälern bestimmt sind, empfiehlt der Ausschuß abzulehnen.

Was die Frage der Denkmäler-Statistik angeht, so steht der Ausschuß auf dem Standpunkt, daß hier eine vorzügliche Arbeit geleistet wird von der Kulturabteilung der Provinzialverwaltung, wie überhaupt diese unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmanns und seines trefflichen Mitarbeiters, des Herrn Landesverwaltungsrats Dr. Busley, tätige Abteilung hohe Anerkennung in den Ausschußberatungen gefunden hat. Der Ausschuß empfiehlt aber zu erwägen, ob es nicht richtig ist, neben den neuen Publikationen auch

vergriffene Werke wieder neu aufzulegen; insbesondere ist hingewiesen worden auf das Trierer Münster, das vergriffen ist.

Was die Frage der Ausgrabungen angeht, so steht der VI. Sachausschuß auf dem Standpunkt, daß mehr als bisher deutsche Forschung zu betreiben ist und weniger einseitige römische Ausgrabungen in der heutigen Zeit betrieben werden sollten. Von der Verwaltungsseite ist insbesondere darauf hingewiesen worden, daß ein Musterbeispiel für eine solche Ausgrabung im Sinne des Ausschusses die Ausgrabung im Altbachtale in Trier ist, wo wichtige Ergebnisse aus der frühfränkischen Geschichte zutage gefördert worden sind. In dem Ausschuß ist die Anregung gegeben worden, der Provinzialausschuß möge prüfen, ob diese Ausgrabungen nicht dadurch abgeschlossen werden können, daß die Provinz als Träger der Notstandsarbeit mit Hilfe der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge diese Ausgrabungen im laufenden Jahre zu Ende führt.

Was die Frage der Verteilung der Mittel des Provinzialausschusses für die Zwecke der Denkmalspflege angeht, so empfiehlt Ihnen der VI. Ausschuß, dem Vorschlage der Verwaltung beizutreten, wie er in der Drucksache Nr. 9 niedergelegt worden ist. Bei dieser Gelegenheit ist aber darauf hingewiesen worden, daß der Regierungsbezirk Trier und die angrenzenden Höhengebiete entgegen der kulturellen Bedeutung und entgegen der finanziellen Armut dieser Bezirke relativ ungünstig davongekommen sind in der Verteilung der Mittel, sowohl in diesem Jahr wie im vorigen Jahr. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es wird erwartet, daß die Mittel, die der Provinzialausschuß und der Landeshauptmann selbst zur Verfügung haben, mit in erster Linie diesen Bezirken zugute kommen.

Zusammenfassend empfiehlt Ihnen also der VI. Ausschuß, dem Antrage der Verwaltung beizutreten, die Resolution in der Drucksache 129 anzunehmen und den Antrag der SPD. abzulehnen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Als Berichterstatter zu Punkt 36 Herr Abgeordneter Rosenkranz.

Abgeordneter Rosenkranz: Der VI. Sachausschuß empfiehlt zu Kapitel 63 und 64 unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Als Berichterstatter zu Punkt 37 Herr Abgeordneter Hohmann.

Abgeordneter Hohmann: Der VI. Sachausschuß empfiehlt Ihnen zu Punkt 37, und zwar zu Kapitel 65, 66 und 69 des ordentlichen Haushaltsplanes unveränderte Annahme, zu den Anträgen der kommunistischen Fraktion auf den Drucksachen 97, 73 und 98 — und es dürfte noch hinzugekommen sein die Drucksache 138 — Ablehnung. Die Ablehnung ist durch die unveränderte Annahme des Antrages des VI. Sachausschusses gegeben.

Zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, daß der Landtag beschließen möge, daß nicht nur die Organisationen unterstützt werden, wie sie in dem Beschlusse des Rheinischen Provinziallandtages von 1928 festgelegt sind, wurde gesagt, der Sachausschuß sei grundsätzlich gar nicht dagegen, daß auch der marxistischen Arbeiterschule Zuwendungen gegeben werden; die marxistische Arbeiterschule möge aber

zunächst auch erreichen, eine durch Reich und Staat anerkannte Organisation zu werden; dann würde auch der Bewilligung dieser Mittel nichts mehr im Wege stehen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Besprechung außerdem ausgedehnt wird auf den Punkt 63, die Drucksache 138.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Boden.

Abgeordneter Dr. Boden: Meine Damen und Herren! Zu dem Haushaltsplan Kulturpflege hatte ich mir erlaubt, in meiner Statsrede am vergangenen Dienstag eine Entschließung dem Hohen Hause vorzuschlagen und auch den Wortlaut schon bekanntgegeben:

„Der Provinziallandtag beauftragt den Provinzialauschuß, für die Durchführung einer staatlichen Bildungsanstalt bei Bensberg die Verhandlungen mit der Staatsregierung zu fördern.“

Ich darf mich auf die Begründung beziehen und bitte um Annahme dieser Entschließung.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hohmann.

Abgeordneter Hohmann: Meine Damen und Herren! Zu der Beratung dieser Punkte gehört vor allen Dingen die Bewilligung der Mittel zur Denkmalspflege. Man kann über die Bewilligung dieser Mittel sicherlich heute außerordentlich geteilter Meinung sein, in Anbetracht dessen, daß man heute ja wohl nicht in erster Linie von Traditionen leben kann, sondern es heute wohl in erster Linie darauf ankommt, dafür zu sorgen, daß zunächst der Hunger gestillt wird. Man muß jetzt in erster Linie an die Lebenden und nicht an die Toten denken. Sie wissen, daß wir deshalb auch, wie in jedem Jahr, von unserer Fraktion aus verlangt haben, daß diese Mittel etwas eingeschränkt werden.

Wir begrüßen es, daß für die Volksbildungssache 35 000 RM, die bisher schon immer im Haushalt gestanden haben, auch in diesem Notjahr stehen geblieben sind. Wir möchten, daß das Volkshochschulwesen, das ja auch unter diesen Punkt hier fällt, auch im kommenden Jahr noch seine Berücksichtigung findet. Leider wird dem Volkshochschulwesen in den verschiedenen Gemeinden heute nicht mehr die Pflege zuteil, die es verdient. Und doch haben in der gegenwärtigen Zeit die Teilnehmer, wenigstens in den Industriestädten, noch außerordentlich an Zahl zugenommen. Wenn die Städte aus finanziellen Gründen heute das Volkshochschulwesen in dem Maße nicht aufrecht erhalten können, so ist es sicherlich zu begrüßen, wenn die Provinz noch mit dafür sorgt, daß das Volkshochschulwesen nicht ganz zum Erliegen kommt.

Einige Worte möchte ich auch noch zu dem Antrage der KPD-Fraktion bezüglich der marxistischen Arbeiterschule sagen. Auf der Tagesordnung steht — das ist wohl ein Druckfehler — „marxistische Arbeiterschule“; es soll ja wohl heißen: „marxistische Arbeiterschule“. Man kann ja sehr geteilter Meinung darüber sein, ob die Methoden, die in der marxistischen Arbeiterschule angewandt werden, immer der Idee des Marxismus entsprechen. Ich möchte Ihnen, verehrte Freunde von der KPD-Fraktion, sagen, daß Ihre Methoden nach dieser Richtung hin nicht die Methoden sind, um wirkliche Kämpfer zu erziehen, sondern oft

nur Methoden, um vielleicht Leute zu Rebellen zu machen. Wir brauchen heute aber nicht Rebellen, wir brauchen heute Kämpfer für die Arbeiterklasse. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Demokratie ist eine andere Art des Klassenkampfes!)

Über der Rechten möchte ich hier doch sagen, daß es gerade die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten sind, die den Marxismus so außerordentlich schmähren. Ich nehme es ja eigentlich Krämerseelen und auch Bokämpfern nicht übel, daß sie gegen den Marxismus anrennen, weil Sie ja an Bildung von Ideen außerordentlich arm sind. (Abgeordneter Gerlach: Sehr gut!) Man kann sogar sagen, daß hier ein Mangel an Ideologie überhaupt besteht. Wenn man aus Ihrem ganzen Programm herausstriche, was direkt mit Ihren Berufsinteressen zu tun hat, so würde, glaube ich, von Ihrem Programm fast nichts mehr übrig bleiben. (Zuruf rechts: Haben Sie eine Ahnung!) Ich möchte Ihnen, vor allen Dingen den Nationalsozialisten, doch einige Sätze ins Stammbuch schreiben: Der Marxismus als solcher ist eine Theorie, und zwar die Theorie, die der Arbeiterklasse in ihrer ganzen Entwicklung Ziel und Antriebs geben hat. (Zurufe der Nationalsozialisten.) Sie müssen, wenn Sie Zwischenrufe machen wollen, sie so machen, daß man sie auch verstehen kann. — Die marxistischen Arbeiter gehen ja von der materiellen Notlage aus. Aber sie verknüpfen mit ihrer materiellen Notlage doch die Idee der gesellschaftlichen Entwicklung, die Idee des Sozialismus. Diese Idee des Sozialismus ist es ja, die Sie von der Wirtschaftspartei sowohl als auch die Herren Nationalsozialisten nicht begreifen können. Das nehme ich Ihnen bei Ihrer ganzen Einstellung auch durchaus nicht übel. Ich wollte das in diesem Zusammenhang nur kennzeichnen.

Den Kommunisten sage ich noch einmal: Es ist notwendig, daß Sie sich in Ihrer Arbeit und in Ihren Methoden anders einstellen. Dann wird vielleicht auch in Zukunft der Bewilligung von Mitteln nichts im Wege stehen. Der Weg ist Ihnen dadurch gegeben, daß Sie zunächst erreichen müssen, daß Ihre Organisationen auch von Reich und Staat anerkannt werden.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiegel.

Abgeordneter Kiegel: Der Vorsitzende Jarres hat gestern mit seinem Vorschlag, die Tagung des Provinziallandtages heute schon zu beenden, versucht, einen Betrag von 4500 Mark einzusparen. Dieser Vorschlag lag in der Linie, daß an allen Ecken und Enden gespart werden soll. Wir hatten in unserem Antrag die Möglichkeit gegeben, größere Ersparnisse zu machen, indem wir forderten, daß der in den Etat für Denkmalspflege eingesetzte Betrag in Höhe von 343 000 RM gekürzt werden sollte. In dieser Situation, in der Millionen Menschen den bittersten Elendsverhältnissen ausgesetzt sind, dürfte es wirklich niemand mit seinem Gewissen, soweit ein solches vorhanden ist, vereinbaren können, daß für diese Fragen ein derartiger Betrag hinausgeworfen wird. Wir haben schon bei anderen Gelegenheiten und auch früher schon gesagt, daß wir Kommunisten es ebenfalls verstehen und einzuschätzen vermögen, daß eine Bevölkerung gewisse Fragen der Denkmalspflege zu beachten hat, daß dies aber auf das engste zusammenhängt mit

den Fragen, die Sie auch in diesem Punkte Kulturpflege zusammengefaßt haben.

Wir betonen erneut, daß Ihre Kultur, die Kultur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, niemals unsere Kultur sein kann (Sehr gut! bei den Kommunisten), daß Ihre Kultur, die diese schmachvolle Ausbeutung der breitesten werttätigen Schichten duldet, eine Kultur ist, die niemals die Kultur der ausgebeuteten und zur Macht emporstrebenden Klasse sein kann und sein wird. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wenn wir gefordert haben, diesen Betrag für Denkmalpflege zu streichen, so geben wir ja denen, die daran ein besonderes Interesse als die Träger dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben, durchaus die Möglichkeit, von sich aus die Mittel, die hier als notwendig im Interesse der notleidenden Bevölkerung erachtet werden, aus eigenen Kräften aufzubringen. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Dann verfielen sie!) Warum appellieren Sie nicht an die Kirchen oder diejenigen Kreise, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung der kirchlichen Denkmalpflege haben, an das gute Herz der Millionäre, an das gute Herz derjenigen, die aus der Not der Bevölkerung Goldströme herauszuziehen vermögen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Sie glauben nicht mehr an dieses gute Herz. Die Berliner kirchlichen und kapitalistischen Kreise versuchten kürzlich, an das gute Herz zu appellieren zur Linderung der in breitem Maße vorhandenen Not. An zwei Sonntagen wurden die Werber hinausgeschickt, und das ganze Ergebnis war der lächerliche Betrag von 25 000 RM. Damit glaubten die Berliner Kapitalisten und Großkapitalisten, die besitzenden Klassen, ihren Obolus den notleidenden Schichten gespendet zu haben. (Hört, hört! links.) Das ist auch ein Stück Kultur.

Es ist auch ein Stück Kultur, meine werten Anwesenden, wenn man in der bürgerlichen Presse heute liest, daß an einer tapferen Ärztin ein Justizmord verübt werden soll, wenn die bürgerliche Presse heute berichtet, daß diese tapfere Frau, die im Stuttgarter Untersuchungsgefängnis eingesperrt ist, heute beinahe zusammenbricht. Wir benutzen die Beratung der Kulturpflege, um auch gegen diese Justizschmach unseren schärfsten Protest zu erheben. (Abgeordneter Wohl: Sehr richtig!)

In den Ausschußberatungen wurde von verschiedenen Seiten von der Krise der Volkshochschule gesprochen. Herr Rektor Hohmann wollte auch hier diese Krise nicht in dem Maße anerkennen, wie sie in Wirklichkeit vorhanden ist. Warum besteht diese Krise? Sie besteht deshalb, weil sowohl die Lehrmittel als auch das, was den Teilnehmern der Volkshochschulkurse geboten wird, sich immer stärker als im Widerspruch mit den wirklichen Verhältnissen stehend erweist, weil diejenigen, auf die Sie spekulieren, die Sie als Schüler zu diesen Volkshochschulen heranziehen wollen, allmählich erkennen, daß auch an diesen Volkshochschulen nichts als eine geistige Verblödung durchgeführt werden soll, wie sie in den ganzen Schulen und Lehranstalten des kapitalistischen Systems durchgeführt wird. (Zuruf des Abgeordneten Kurt: Was nennt Ihr denn Verblödung?)

Herr Hohmann wollte uns einen Vortrag über Marxismus halten. Ich erinnere ihn daran, daß es einer der SPD-Führer, und zwar der Gewerkschafts-

vorsitzende Tarnow war, der zur Begründung der neuen Theorie der Wirtschaftsdemokratie folgendes erklärte: „Die Idee des Sozialismus hat Schiffbruch erlitten. Man muß der Arbeiterschaft eine neue Illusion, eine neue Religion, und zwar die Religion der Wirtschaftsdemokratie geben.“ (Abgeordneter Kemmer: Sehr gut!)

Es ist von verschiedenen Ihrer Führer gesagt worden (Zuruf des Abgeordneten Hohmann: Reissen Sie doch nichts aus dem Zusammenhang!): „Verbrennt die alten Dokumente.“ Man versucht, einen neuen Marxismus, neue sozialistische Ideen der Arbeiterschaft zu geben, die Ideen des Staatssozialismus, die Ideen, die Severing der Arbeiterschaft mit dem Gummiknüppel einzubleuen versucht. Es ist also ganz natürlich, und wir begreifen es von unserem Standpunkt aus durchaus, daß von diesem Reich, von diesem kapitalistischen Staat, wie von den Gemeinden und natürlich auch von der Provinzialverwaltung nur diejenigen Anstalten und Körperschaften — dazu gehören auch die Gewerkschaften — mit Geldmitteln unterstützt werden, die die Kultur des kapitalistischen Systems fördern und unterstützen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Bei der Darlegung über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel wurde auch hier erneut bestätigt, daß die Gewerkschaften auch aus diesem sogenannten Kulturfonds Subventionen erhalten. (Zuruf des Abgeordneten Heintz: Wo denn?) Im Rheinland, fragen Sie Herrn Hohmann! Im übrigen haben ja die Gewerkschaften nicht nur diese Mittel erhalten, sondern sie haben sogar aus dem Ruhrfonds zwei Millionen zur Verfügung gestellt bekommen (Hört, hört! und Sehr gut! bei den Kommunisten), um das, was Sie so Bildung nennen, die Bildung des Staatssozialismus, die Bildung im staatskapitalistischen Sinne, die Bildung im Sinne der Wirtschaftsbürokratie zu unterstützen und zu fördern.

Wenn heute der Wunsch ausgesprochen wurde, daß es möglich werde, in den nächsten Jahren höhere Beträge für die Kulturbestrebungen einzusetzen, so sagen wir Ihnen schon jetzt von dieser Stelle, daß dies niemals der Fall sein wird. Das kapitalistische System ist in seinen Grundfesten erschüttert, mit ihm auch die Kultur, die es vertritt. Erst auf dem Boden einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung wird auch eine neue sozialistische Kultur erwachsen, die den Interessen der breiten werttätigen Massen dienen wird.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafien: Das Wort hat Herr Abgeordneter Bodamp.

Abgeordneter Dr. Bodamp: Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Boden hat im Namen der Zentrumsfraktion vorhin eine Entschliebung dem Präsidium überreicht, die in seiner Staatsrede angekündigt war und die Errichtung einer staatlichen Bildungsanstalt in Bensberg zum Gegenstand hat. Die Entschliebung liegt bis jetzt als Drucksache nicht vor. Nach ihrem Wortlaut handelt es sich aber überhaupt nicht um eine einfache Kundgebung, sondern um einen regelrechten Antrag, durch den die Provinzialverwaltung ersucht wird, über die Errichtung dieser staatlichen Bildungsanstalt in Bensberg in Verhandlungen mit der Staatsregierung einzutreten und diese Verhandlungen zu fördern. Es liegt also ein Antrag vor, der geschäftsmäßig behandelt werden

muß. Meine Fraktion, die Arbeitsgemeinschaft, beantragt deshalb, daß die Dinge auch dementsprechend behandelt werden, nämlich zunächst durch Verteilung der entsprechenden Drucksache und dann durch Vorberatung im Ausschuß. In zweiter Linie beantragen wir Ueberweisung des Antrages, wenn er als solcher noch zulässig sein sollte, an den Provinzialausschuß.

Es handelt sich nicht um irgendeine gleichgültige Angelegenheit, die hier so nebenher behandelt und erledigt werden könnte, sondern um etwas sehr Scherwiegendes, die Errichtung einer neuen staatlichen Bildungsanstalt in Bensberg, eine Angelegenheit, die finanziell sehr belastend ist, weil sie hohe Baukosten erfordert — man spricht von 1½ Millionen — und die im übrigen auch nach der grundsätzlichen Seite hin von außerordentlicher Bedeutung ist.

Unser Etatsredner, Herr Dr. Lehr, hat bereits in seiner Etatsrede darauf hingewiesen, daß in einer Zeit, wo an bestehenden Anstalten überall gekürzt werden muß, keinerlei Anlaß vorliege, nunmehr ein ganz neues Institut ins Leben zu rufen, mit großen Kosten zu errichten und fortlaufend für seine Erhaltung neue Mittel aufzuwenden.

Ich widerspreche daher auf Grund der Geschäftsordnung der Behandlung dieser „Entschließung“ als Entschließung. Es ist ein Antrag, der in diesem Zeitpunkt überhaupt nicht mehr zulässig ist, der jedenfalls zunächst im Sachausschuß beraten und eventuell dem Provinzialausschuß zur weiteren Behandlung überwiesen werden muß.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n: Das Wort hat Herr Abgeordneter Simon.

Abgeordneter S i m o n: Die Kommunistische Partei ist neuerdings unter die Sparrer gegangen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Wichtig, Sie haben es direkt erfaßt!) Sie bekennst sich nun auf einmal zu einem Prinzip, das in Deutschland Geltung hat, besonders seit der Kanzler Brüning in Berlin daszepter schwingt. Sie verlangen hier die Streichung sämtlicher Mittel für Zwecke der Denkmalpflege. Sie haben allerdings Ihre Gründe nicht so klar herausgestellt, wie es notwendig gewesen wäre. Sie wollen die Mittel für die Denkmalpflege deshalb streichen, weil sie zum erheblichsten Teile für solche Denkmäler verwandt werden, die religiöser Art sind, weil diese Mittel in erster Linie für die Renovierung und Erhaltung unserer Kirchen verwandt werden. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut!) Wir Nationalsozialisten sehen darin gerade einen Grund, diese Mittel zu bewilligen. (Zuruf links: Dabei kannst Du nichts erben!) Sie wollen weiterhin die Mittel für Denkmalpflege gestrichen wissen, weil Sie mit dem, was wir Kultur nennen, absolut nichts zu tun haben. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ach, das habt Ihr auch schon gemerkt?) Ihre marxistische Weltanschauung hat absolut nichts zu tun mit den Zeugen einer zweitausendjährigen Kultur (Zuruf des Abgeordneten Kobl: Ihr macht jede Minute neue Entdeckungen!), vor der wir Achtung haben und auf der wir aufbauen wollen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Für die Achtung werden Sie ja auch bezahlt!) Sie brauchen sich nicht einzubilden, daß aus Ihrer Ablehnung des Vorhandenen jemals etwas Besseres erwachsen könne. (Zuruf des Abgeordneten Kobl: Euer Hitler-Palast

ist auch so ein Stück Kultur!) Dadurch, daß Sie organisch überhaupt keine Verbindung mit der Vergangenheit haben, dadurch, daß Sie sich von vornherein getrennt haben von dem, was wir Kultur nennen, ist es Ihnen geradezu zur Unmöglichkeit geworden, jemals kulturelle Aufgaben wahrzunehmen. Der Weg einer Kultur führt nur über die Vergangenheit. (Zuruf der Abgeordneten Fräulein Keller: Der führt über Schlagring und Revolver!) Sie werden niemals irgend etwas aufzubauen haben, wenn Sie nicht die wertvollen Kräfte der Vergangenheit mitbenutzen. Das ist aber auf Grund Ihrer marxistischen Anschauung unmöglich, weil eben der Marxismus als solcher mit deutschem und christlichem Wesen nichts zu tun hat. Ihr Marxismus ist ein jüdisch-asiatisches Gewächs, neuerdings mit mongolischer Verbrämung, die Sie sich in Moskau besorgt haben. (Lachen bei den Kommunisten. — Zuruf des Abgeordneten Kobl: Die Goebbels-Masse ist besser!) Wenn Sie nach Deutschland jüdisch-asiatische Einstellung mit moskowitzcher Verbrämung verpflanzen wollen, so dürfen Sie sich nicht einbilden, daß daraus jemals eine neue Kultur erwachsen wird. (Zuruf links: Sollen wir Ihnen einmal einen Spiegel geben?) Lieber Freund, wenn Sie sich nicht gewaschen haben, dann besorgen Sie sich doch den Spiegel selber. (Heiterkeit.)

Wir lehnen weiterhin dieses kommunistische Ansuchen deshalb ab, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Denkmalpflege auch eine Arbeitsgelegenheit bedeutet für diejenigen Berufe, die sich mit diesen Arbeiten befassen. (Zuruf links: Die werden wohl mit Abwaschen beschäftigt?) Sie wollen doch sonst so arbeiterfreundlich sein, Sie stellen doch sonst so häufig Anträge, durch die der Erwerbslosennot gesteuert werden soll. (Zuruf der Abgeordneten Fräulein Keller: Das Heine-Denkmal in Düsseldorf mit Hakenkreuzen beschmiert!) Dann sorgen Sie doch auch dafür, daß die hier beschäftigten Facharbeiter ihre Arbeit nicht verlieren. Ihre Anträge sind geradezu schaffensfeindliche Anträge. Es sind Anträge, für die sich die arbeitende Bevölkerung bedanken wird (Zuruf der Abgeordneten Fräulein Keller: Die werden sie sehr gut begreifen!), weil Sie ihr dadurch die wenige Arbeit, die noch vorhanden ist, wegnehmen wollen. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Die Herren von der Sozialdemokratie legen mir eben eine Zeitung hierhin, wahrscheinlich wegen des Artikels: Wo bleibt der zweite Mann? Ich kann Ihnen verraten, daß der zweite Mann längst bei den Nationalsozialisten gelandet ist. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. S t e i n: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hinsichtlich der von der Zentrumsparterie eingebrachten Entschließung betreffend Bensberg stehen wir auf demselben Standpunkt, den der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft vorgetragen hat. Auch wir sind der Ansicht, daß, da ein selbständiger Antrag vorliegt, dieser zunächst die Sachausschüsse zu passieren hat.

Der vorliegende Etat hat im Hinblick auf die finanzielle Lage wesentliche Kürzungen erfahren müssen, die auch wir außerordentlich bedauern. Besonders bedauern wir, daß die Aufwendungen für den Kölner

Dom beschnitten werden mußten. — Eine Position, über die wir uns nicht im klaren sind, ob sie auch richtig angewendet wird, ist der Betrag für Volksbildungswesen. Wir haben nämlich im Ausschuß erfahren, daß 10 000 RM davon den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden. Wir sind nicht der Auffassung, daß das, was die Gewerkschaften dafür leisten, wesentlich zur Erhöhung der Volksbildung beiträgt (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sagen Sie uns doch einmal, was da geleistet wird!), sondern es trägt höchstens dazu bei, die Interessen der Gewerkschaften zu fördern bzw. die Gewerkschaftssekretäre auszubilden.

Vorhin hat der Redner der Sozialdemokratischen Partei sich erlaubt, der Wirtschaftspartei vorzuwerfen, sie verstände vom Sozialismus oder Marxismus nichts. Kaum war er von der Tribüne herunter, da kam der Kommunist herauf und hielt den Sozialdemokraten eine Vorlesung darüber, was wirklicher Sozialismus wäre. Wenn solche hervorragenden Vertreter des Sozialismus — und das behaupten sie doch beide zu sein — sich nicht darüber einig werden, wer denn nun der richtige Jakob ist, können Sie es auch uns nicht übernehmen, wenn wir vielleicht nicht denjenigen Anforderungen hinsichtlich der besonderen Feinheiten des Sozialismus entsprechen, die die Herren zweifellos besitzen. Bitte, meine sehr geehrten Herren, lassen Sie mich ausreden. Ich will Ihnen mal sagen, wie Sie sich uns darstellen. Die Herrschaften ganz links sind in unseren Augen die Vertreter von Sowjet-Rußland, das sich als der schlimmste Staatskapitalismus darstellt, den die Welt gesehen hat, mit einer Verelendung und Verflavung der Massen, die schlimmer ist als in dem alten Pharaonenstaat, in Ägypten. Meine Herren von der Sozialdemokratie — das ist die andere Richtung —, was hat denn Ihr Sozialismus zur Beglückung des deutschen Volkes beigetragen? Er hat uns in Deutschland eine Bonzenwirtschaft gebracht, wie man sie sich schlimmer nicht vorstellen kann, und unter der wir heute alle in Deutschland schwer zu leiden haben.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a f e n: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hennes.

Abgeordneter H e n n e s: Der sozialdemokratische Redner hat sich soeben gegen die Nationalsozialisten und die Wirtschaftspartei als Bekämpfer des Marxismus gewandt. Wir Volksdienstleute möchten hier feststellen, daß auch wir den Marxismus bekämpfen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wir verstehen unter Marxismus die Gesinnung von Karl Marx, der vom Materialismus ausgeht und auf ihm seine Ziele aufbaut; dem diese materialistische Lebensanschauung zur Weltanschauung geworden ist, im krassen Gegensatz zur christlichen Weltanschauung, bei der auch heute noch das Wort Jesu gilt: Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen!

Es war interessant, die verschiedenen Interpretierungen des Marxismus von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite zu hören. Marxismus ist auf beiden Seiten. Wir lehnen den Marxismus, den ich eben gekennzeichnet habe, ab, ganz gleich, auf welcher Seite er sich findet, und darum lehnen wir auch den Antrag der kommunistischen Partei ab.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a f e n: Das Wort hat Herr Abgeordneter Jansen.

Abgeordneter J a n s e n: Sehr verehrte Damen und Herren! Heute morgen habe ich von dieser Stelle aus etwas gegen die äußerste Rechte gesagt (Zuruf bei den Kommunisten: Jetzt kommt's gegen links) und habe darauf hingewiesen, daß Adolf Hitler am 1. August 1929 in Nürnberg (Zuruf bei den Kommunisten: Passen Sie auf, Herr Simon!) — ja, geben Sie scharf obacht — auf dem Reichsparteitag der Nazis erklärt hat: Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder weniger bekommen und 7—800 000 der schwächsten beiseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis vielleicht sogar eine Kräftesteigerung sein. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Das ist gelogen; das ist eine bewußte Lüge! — Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a f e n: Ich rufe den Abgeordneten Simon zur Ordnung!) Weil dieses Wort bestritten worden ist, wollte ich bloß mitteilen, daß ich dieses Zitat dem nationalsozialistischen Blatt „Niedersächsischer Beobachter“, Nr. 34 vom Jahre 1929, entnommen habe. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Hier haben Sie ihn!) Ich wollte damit die Sache als erledigt betrachten, weil es mir bloß um eine Richtigstellung zu tun war.

Dann möchte ich zum gegenwärtigen Punkte der Tagesordnung einiges sagen. Wir sind hier wieder auf einem Gebiet, auf dem wir uns nicht einigen werden, und wir sind der Auffassung, daß man gerade hier wieder nicht mit ganz offenem Visier kämpft. Würde man das tun, dann würde es wohl heißen müssen, daß man um jeden Preis alle Mittel für die Erhaltung von Kunstgegenständen verweigern will, namentlich dann, wenn es kirchliche Gebäude sind. Die einen erklären, in dieser Zeit der Not solle man zunächst den Hunger stillen, bewerben sich dabei aber zu gleicher Zeit um Erhöhung der Mittel für Volkshochschulen, wofür wir an sich auch sind, während wir aber wissen, daß das notleidende Volk auch keinen Sinn mehr für Volkshochschulen hat, wenn es seinen Hunger nicht stillen kann. Die anderen erklären: Unsere Kultur ist nicht eure Kultur! Denen sagen wir: Ihre unkultur wird niemals unsere Kultur werden. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Was Sie so Kultur nennen!) Die ganze auffällige Art der Herren Nazis von der Rechten (Zuruf des Abgeordneten Simon: Nazi ist ein Schimpfname; es steht Ihnen sehr gut an, wenn Sie als Geistlicher schimpfen!) . . . Wie muß ich denn sagen, Herr Kollege? Also die auffällige Art der Herren Nationalsozialisten (Zuruf des Abgeordneten Simon: Sie können auch anständig werden!), mit der sie sich für Kirchen und Kirchenerhaltung einsetzen, legt die Vermutung nahe, daß die bischöflichen Mahnungen und Warnungen an das katholische Volk bei Ihnen sehr tief sitzen (Sehr gut! bei den Kommunisten), daß sie getroffen haben, und daß Sie diese Scharte ausweichen möchten. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Das haben wir nicht nötig!) Dem Kommunismus wäre es ja am liebsten, wenn man wie in Rußland die Kirchen mit Bomben in Mähe legte. (Zuruf bei den Kommunisten: Sagen Sie wo?)

Was ich letzten Endes sachlich sagen wollte, ist folgendes; ich möchte das nach links sagen. Man sucht heute mit Recht nach Wegen zur Behinderung der Arbeitslosigkeit und versucht überall, wo es geht, Notstandsarbeiten durchzuführen. In den Fällen, für die hier Gelder bewilligt werden, handelt es sich tatsächlich

um Notstandsarbeiten, die die Besitzer ohne zusätzliche Hilfe von der Provinz nicht ausführen können. Diese Mittel werden in der Regel für Löhne, und nicht für Materialien, gebraucht, die in der Beziehung den geringsten Kostenanteil ausmachen. Für die Mittel, die hier bewilligt werden, werden hunderttausende Tagewerke geleistet; und wenn es den Herren von links schon ganz ernst wäre mit der Beschaffung von Arbeit für die Notleidenden, dann könnten sie diese Mittel unmöglich in dieser Weise ablehnen. Wenn man mit offenem Visier kämpfte, würde man ganz klipp und klar sagen müssen: Wir lassen die Arbeiter eher verhungern, als daß wir ihnen Arbeit an kirchlichen Gebäuden geben. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Das ist ja eine nette christliche Dialektik!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaken: Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen über die Punkte 34 bis 37 und dazu über Punkt 63. Ich beabsichtige, falls kein Widerspruch erfolgt, darüber gemeinsam abstimmen zu lassen. Widerspruch erhebt sich nicht; dann stelle ich die Frage, wer bei diesen Punkten für die Annahme der Anträge der Sachausschüsse ist. Das ist die Mehrheit; die Anträge sind angenommen.

Wir kommen zu Punkt 38 bis 40. Das Wort als Berichterstatter hat Herr Abgeordneter Marx. (Abgeordneter Marx ist nicht anwesend.) Als zweiter Berichterstatter hat Herr Abgeordneter Maus das Wort.

Abgeordneter Maus: Zu Punkt 39 der Tagesordnung, Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betreffend Aufstellung und Durchführung eines umfassenden Notstandsprogramms, wird seitens des I. Sachausschusses Ueberweisung an den Provinzialausschuß beantragt.

Zu Punkt 40 der Tagesordnung, Antrag der Zentrumsfraktion betreffend Milderung der Arbeitslosigkeit, wird gleichfalls Ueberweisung an den Provinzialausschuß beantragt.

Zu Punkt 38 beantrage ich für den abwesenden Kollegen, Abgeordneten Marx, gleichfalls Ueberweisung an den Provinzialausschuß.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaken: Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl.

Abgeordneter Mohl: Die kommunistische Fraktion ist der Auffassung, daß die Anträge, so wie sie hier vorliegen, wiederum nur den Zweck verfolgen, nach außen hin eine schöne Geste zu machen, und zwar durch die Zentrumsfraktion, die SPD. und auch die Nazi-Fraktion des Provinziallandtages. In Wirklichkeit sind die Anträge so formuliert, daß überhaupt nichts beschlossen werden soll, was die Not lindert. Wenn man nämlich den Antrag schon so formuliert, daß der Provinziallandtag den Provinzialausschuß beauftragt, bei der Reichs- und Staatsregierung vorstellig zu werden, ein entsprechendes Notprogramm für die Westgebiete auszuarbeiten, dann möchte ich mal sehen, wann ein solcher Beschlusentwurf einmal irgendeinem Landes- oder Provinzialparlament vorliegt, auf Grund dessen man wirklich die Arbeit in Angriff nehmen könnte. Es handelt sich also lediglich um eine schöne Geste, die keinem Arbeiter ein Stück Brot bringt.

Wenn vorhin Kanonikus Janßen von der Zentrumspartei, ein Vertreter des klassischen Jesuitis-

mus (Heiterkeit im Zentrum und links) versucht hat, hier seine Kulturbelange zu vertreten und dabei die Kommunisten anzugreifen, so stellen wir fest, daß, wenn er meint, durch Kirchenbauten könne den Arbeitern Brot gegeben werden, man genau so gut sagen kann: Wenn wir neue Zuchthäuser bauen, in die wir später die hungernden Arbeiter hineinstecken, dann haben wir dem anderen Teil der Arbeiter vorläufig Arbeit gegeben. Das ist doch dieselbe Logik. Oder wenn das Zentrum sich auf den Standpunkt stellt: Wir bewilligen 1,2 Milliarden Goldmark für Panzerkreuzerbauten, dann kann man damit den Werftarbeitern Arbeit geben. Jawohl, das kann man alles; es kommt nur darauf an, wer von den Arbeiten am meisten profitiert, die Kanonikönige und Panzerplattenfabrikanten oder die Proleten, die man als Zwangsarbeiter an diese Arbeit stellt. Das ist der Unterschied, und da stehen wir auf dem Standpunkt, daß in erster Linie die Belange der Arbeiter zu vertreten sind, wie das bei jenen Fraktionen, die hier die Resolutionen eingereicht haben, nicht der Fall ist. (Zuruf des Abgeordneten Görlinger: Sprichst Du von Rußland?)

Was wird denn praktisch geschehen, wenn diese Entschliehung angenommen wird? Die Sozialfaschisten und das Zentrum haben den Reichstag bis zum 13. Oktober vertagt und Brüning ein Ermächtigungsgesetz gegeben, daß er in der Zwischenzeit mit dem § 48 gegen die Arbeiterklasse regieren kann, und Severing hat in seiner Abschiedsrede unterstrichen, daß er unter allen Umständen dafür eintreten wird, daß mit noch schärferen Waffen in dieser krisenhaften Zeit gegen die Arbeiter vorgegangen wird. Das ist Ihre praktische Politik: auf der einen Seite schöne Reden, auf der anderen Seite stellen wir fest, daß das ganze „Preislenkungsprogramm“ dieser Hungerregierung gegenüber den Arbeitern bisher darin bestanden hat daß die blauen Bohnen billiger geworden sind und sonst nichts. Man kann auf der einen Seite Westhilfe-Forderungen aufstellen, und auf der anderen Seite streicht man im Reichstag wiederum mit Zustimmung der SPD. 600 Millionen aus den Sozialetat heraus.

Sie reden hier davon, daß die Zuschüsse zu den Gemeinden immer kleiner werden und die Finanznot der Gemeinden ungeheuer anwächst. Auf der anderen Seite drosseln Sie durch Reichsgesetz die Zuschüsse an Reichssteuerüberweisungen für die Kommunen, so daß diese bankrott gehen müssen. Das ist die Politik der faschistischen Diktatur, die Sie hier vertreten, um mit radikalen Redensarten gegenüber ihren Wählern im Lande Verschleierungspolitik zu betreiben. Man bewilligt auch Millionen und aber Millionen für eine Osthilfe; aber diese kommt wiederum keineswegs den Arbeitern und Kleinbauern zugute, sondern ausschließlich den Großagrarern, Junkern und Rittern von Ur und Halm, die gerade die SPD. vor dem Kriege so sehr angegriffen hat. Dabei will man sich hier hinstellen und erklären, daß man etwas für die notleidenden Grenzgebiete übrig hat.

Ja, der Provinzialausschuß soll prüfen, inwieweit im Laufe des Jahres eine Anregung an die Regierung ergehen soll, ob nicht etwas getan werden kann. Wer ist denn in diesem Provinzialausschuß drin? Sind das die Vertreter der Arbeiter oder sind es in der übergroßen Mehrheit die Vertreter der rheinischen

Ausbeuter? Da sitzt Jarres, der sich in seiner letzten Periode ausdrücklich mit den Lohnräubern von Nord-West solidarisiert hat; da sitzt Silberberg, der Braunlohlenkönig; da sitzen all' die Vertreter, die daran schuld sind, daß in den letzten Monaten Hunderte von Grubenarbeitern gemordet wurden, damit die Profite des Eschweiler Bergwerksvereins nicht weiter sinken konnten; da sitzt ein Aldenauer, der Vertreter der rheinischen Zentrumsbürokratie in den Gemeinden; da sitzt Professor Goldschmidt als Vertreter der Klassenjustiz, damit die Arbeiter rechtzeitig in die Zuchthäuser hineinkommen; da sitzt ein Heuser, der Interessenvertreter des rheinischen Grundabels, und dieses Gremium soll entscheiden, ob für die Notlage der leidenden Grenzgebiete etwas getan werden soll. Die Arbeiter und Kleinbauern des Rheinlandes bedanken sich für solche Sorte „Interessenvertreter“.

Wir wissen, daß der Westhilfefonds, der eine Zeitlang bestanden hat und noch besteht, nichts anderes gewesen ist als ein Korruptionsfonds, aus dem nichts für die Arbeiter und nichts für die Kleinbauern herausgekommen ist, aus dem sich vielmehr die Großjunker und Fabrikanten die Taschen gefüllt haben. So ist es jedesmal, wenn diese Leute schreien: „Grenzland in Gefahr!“. Wenn sie ihre patriotische Fahne hissen, wenn „Oberschlesien“ in Gefahr ist, dann sagen sie: Wir Grubenbesitzer, Graf Henkel-Donnersmarck usw., wir müssen Gelder haben und Subventionen; das bedeutet „Oberschlesiengefahr“. Wenn sie schreien: Grenznot im Rheinland, im Saargebiet, in Eupen-Malmedy, so meinen sie damit ihre Taschen, die gefüllt werden sollen. Und die Arbeiter?, für sie ist es ganz egal, ob sie unter französischer, englischer oder belgischer Flagge ausgebeutet werden; sie bleiben am Hungern. In diesem Zusammenhang kann noch einmal daran erinnert werden, daß es doch gerade diese „Patrioten“ gewesen sind, die sich nicht geschämt haben, als die Frage der Bezahlung der Tariflöhne in der Schifffahrt zur Debatte stand, statt der sogenannten deutschen Reichsfahne die Flagge von Panama zu hissen, um diesen Steuer- und Lohnraub ungehindert durchführen zu können, und daß die „patriotischen“ Rheinveeder sich nicht geschämt haben, zum Zwecke der Steuerflucht auf deutschen Rheinschiffen die holländische Flagge zu hissen. So sieht dieser „Patriotismus“ aus. Man drückt ihn am besten in dem Schlagwort Prozentpatriotismus aus.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß, wenn in der Tat Notstandsarbeiten durchgeführt werden, diese bei dem Meer von Arbeitslosigkeit doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein können, der an dem vollkommenen Bankrott des kapitalistischen Systems absolut nichts ändert. Wir stellen fest, daß die Notstandsarbeiter zu entsetzlich niedrigen Löhnen zu dieser Arbeit gepreßt werden, daß sie gezwungen werden, für 6, 7, 8 RM Wohlfahrtsunterstützung 48 Stunden mit Schuppe und Hacke im Regen zu arbeiten, ohne daß sie etwa Kleidung bekommen. Das sind sozialdemokratische Landräte, zentriemliche Landräte, Bürgermeister und Arbeitsamtsvorsitzende, die nichts anderes tun, als diese Diktatur über die wehrlosen Arbeiter ausüben, denen man sagt: Kommst du nicht zur Arbeit, dann kriegst du kein Stück trockenes Brot mehr. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Gilles: Damit haben die Landräte doch nichts zu

tun! — Zuruf des Abgeordneten Adams: Wie sieht es denn in Rußland aus?) Wenn Sie Gelder für Notstandsarbeiten bewilligen, so wollen wir als Kommunisten nicht, daß diese Gelder dazu benutzt werden, Eurer korrupten Bürokratie die Taschen voll zu machen, sondern die Arbeiter sollen das Geld bekommen. Sonst pfeifen die Arbeiter auf die Zwangsarbeit; sie wollen keine Arbeitsdienstpflicht und werden sich mit allen Mitteln dagegen wehren.

Wenn die Nazis hier davon reden, daß sie auch gegen die Ausbeutung sind, so wollen wir sie doch daran erinnern, daß sie keine Ursache haben, über die Ausbeutung durch die Youngtribute zu reden, denn ihre Vertreter im Reichsrat aus Thüringen und Braunschweig haben noch am 20. November vorigen Jahres in einer Sitzung des Reichsrates ausdrücklich dem Beschluß zugestimmt, daß die Ratenzahlungen der Youngtribute in Höhe von 1800 Millionen Goldmark für 1931 gezahlt werden sollen. (Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Ihre Zeit ist abgelaufen!) Im übrigen ist die ganze Politik der Nazis dadurch gekennzeichnet, daß sie aus Angst vor Enttarnung aus dem Parlament geflüchtet sind und auch jetzt hier im Parlament nicht mehr wagen, den Mund aufzutun. Das ist die „Tapferkeit“ dieser Leute.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Junker.

Abgeordneter Junker: Meine Damen und Herren! Unter den vorliegenden zur Beratung stehenden Anträgen ist ein Antrag unserer Fraktion, Nr. 87, der sich ebenfalls mit der Arbeitslosigkeit im Grenzgebiet beschäftigt. Dieser Antrag ist mit der Begründung gestellt worden, daß sich die Arbeitslosigkeit zur Hauptsache aus den Maßnahmen ergibt, die infolge der Grenzziehung durch den Versailler Vertrag auf uns lastet. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß diese Arbeitslosigkeit, die sich aus den angeführten Gründen ergibt, in Verbindung mit den Maßnahmen des Reiches und des Landes behoben werden muß. Ich verstehe deshalb nicht, wie der kommunistische Redner hier erklären kann, darin, daß der Antrag so gestellt und begründet sei, könne zunächst eine Verschleppungstaktik gesehen werden. Wir als Sozialdemokraten sehen die Tatsache so, daß für diese Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit des Grenzgebietes in der Hauptsache das Reich verantwortlich ist und daher auch mit zu diesen Maßnahmen beitragen muß. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, daß der Antrag dahin lautet, die Arbeitslosigkeit solle in Verbindung von Provinz, Preußen und Reich behoben werden.

Die Denkschrift, die der Regierungspräsident in Trier herausgegeben hat, die sehr gutes Zahlenmaterial aufweist, und aus der man ohne weiteres entnehmen kann, daß die Arbeitslosigkeit an der Grenze in der Hauptsache auf die erwähnte Grenzziehung zurückzuführen ist, ist leider schon wieder überholt. Wir glauben heute feststellen zu können, daß die Zahl der Arbeitslosen gerade in den letzten Tagen noch weiter gestiegen ist, daß die im Saargebiet und Elsaß-Lothringen angebotenen Entlassungen schon durchgeführt sind, daß also die Arbeitslosigkeit noch ganz erheblich gestiegen ist. Daher sind wir der Auffassung, daß mit größter Beschleunigung umfassende Maßnahmen getroffen werden müssen, die sich nicht darauf

beschränken können, daß in einer Gemeinde oder einem Kreise eine Straße ausgebaut wird. Vielmehr muß in Verbindung mit den genannten Stellen ein umfassendes Notstandsprogramm ausgearbeitet werden, damit dieser kolossalen Arbeitslosigkeit, die prozentual weit über den üblichen Durchschnitt hinausgeht, gesteuert werden kann.

Früher, vor der Grenzziehung durch den Versailler Vertrag, hat nicht nur die kleine Landwirtschaft in den Kreisen Trier-Land, Baumholder usw. ihr Absatzgebiet im Saargebiet gehabt, sondern auch die deutschen Arbeiter haben — wie es auch in der letzten Zeit der Fall war — ihre Arbeitsstellen im Saargebiet, in Luxemburg und Elsaß-Lothringen gehabt. Die französische Grubenverwaltung geht jetzt dazu über, alle deutschen Arbeiter, soweit sie Grenzgänger sind, abzubauen und die betreffenden Kreise können jetzt schon die Lasten für die Wohlfahrtszwecke nicht mehr aufbringen. Eine bedauerliche Tatsache ist es dabei, daß insbesondere die Arbeiter aus dem lothringischen Erzgebiet, wenn sie entlassen werden, keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Besonders interessant ist es dabei, darauf hinzuweisen, daß für diese Tatsache nicht zuletzt auch unsere Freunde, die Kommunisten, die hier immer so große Töne reden, verantwortlich sind. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Wir haben den Arbeitern, die in Lothringen beschäftigt sind, von Anfang an erklärt, daß sie sich, da nach Lage der Dinge und nach den gesetzlichen Bestimmungen keine Möglichkeit besteht, sie in die Arbeitslosenversicherung aufzunehmen, zum mindesten selbst versichern sollen, damit sie einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hätten. Wir müssen aber feststellen, daß die Kommunisten, die in der Hauptsache in Lothringen ihre verwerfliche Politik getrieben haben (Hu, hu! bei den Kommunisten), die Arbeiter dazu veranlaßt haben, dem nicht nachzukommen, so daß diese heute vor der Tatsache stehen, keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu haben, und daß infolgedessen die bedrohten Grenzkreise nunmehr überhöhte Wohlfahrtslasten tragen müssen.

Bei den Staatsreden ist schon darauf hingewiesen worden, insbesondere auch von meinem Parteifreund Kolaf, daß hier unter allen Umständen etwas geschehen muß, wenn nicht die sozialpolitischen und auch staatspolitischen Verhältnisse noch weiter in Gefahr geraten sollen. Insbesondere legen wir Wert darauf, daß die Frage der Rückkehr des Saargebiets günstig beeinflusst wird und wir daher alles unternehmen müssen, was den Weg hierfür ebnet. Hierbei ist es interessant, daß bei den Ausführungen, die der Herr Landeshauptmann in seiner Staatsrede zu dieser Frage gemacht hat, von den Nationalsozialisten ein Zuruf gemacht wurde: „Ja, Sie haben ja das Saargebiet verraten.“ Meine Herren Nationalsozialisten, auch an dieser Stelle muß doch einmal gesagt werden: es scheint gar nicht über die Grenze zu Ihnen hinübergedrungen zu sein, was erst vor ganz kurzer Zeit durch alle Zeitungen des Saargebietes und letzten Endes auch durch die deutsche Presse ging, daß nämlich die Saarbündler im Saargebiet heute eigentlich in der nationalsozialistischen Partei beheimatet sind. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Wer hat Ihnen denn das aufgebunden? Ihnen kann man wieder alles aufbinden. Ich bin Saarbrücker, ich kenne die Verhältnisse besser als Sie!)

Vielleicht merken Sie sich das einmal und untersuchen es einmal; dann werden Sie feststellen, daß Sie keine Veranlassung haben, sich hier als nationale Männer aufzuspielen, daß Sie vielmehr alle Veranlassung hätten, betreten zu schweigen, wenn es darauf ankommt, den nationalen Mann zu mimen.

Wir sind jedenfalls der Auffassung, daß unser Antrag durchaus berechtigt ist, und wir bitten Sie, ihn anzunehmen. Sehr gerne hätten wir es gesehen, wenn der Antrag nicht nur dem Provinzialausschuß überwiesen worden wäre, sondern wenn man ihn durch unveränderte Annahme Rechnung getragen hätte. Wir glauben aber, auch dieser Fassung zustimmen zu können, weil wir die Auffassung haben, daß der Provinzialausschuß dadurch schon gezwungen wird, nun zu den Dingen Stellung zu nehmen und damit das zu tun, was wir wünschen. Wir wollen aber dadurch, daß der Provinzialausschuß sich dieser Dinge annimmt, erreichen, daß möglichst bald etwas getan wird. Wenn ich mich hier darauf berufe, daß dieser Antrag in seiner Grundtendenz letzten Endes mit den Zentrumsanträgen Nr. 46, 75 und 107 einig geht, so weise ich deshalb darauf hin, weil in unserem Antrage gleichzeitig gesagt ist, daß zur Behebung der Arbeitslosigkeit das getan werden soll, was in den übrigen Zentrumsanträgen verlangt ist, neben dem Straßenbau auch Wasserleitungsbauten durchzuführen, die in den Höhengebieten unbedingt notwendig sind.

Wir bitten Sie also, unserem Antrage zuzustimmen, damit in den bedrohten Grenzkreisen endlich das getan werden kann, was notwendig ist. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß Ihnen die Bevölkerung für diese Maßnahmen danken wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Getrennte Abstimmung wird zu den Punkten 38 bis 40 nicht beantragt. Ich lasse über diese Punkte gemeinschaftlich abstimmen und bitte diejenigen, die für die Ueberweisung an den Provinzialausschuß im Sinne des Vorschlages des Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen.

Ich darf dann einschalten den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Boden namens der Zentrumsfraktion, eine Entschliebung zum Abschnitt 6 zu machen dahingehend:

„Der Provinziallandtag beauftragt den Provinzialausschuß, für die Durchführung einer staatlichen Bildungsanstalt bei Bensberg die Verhandlungen mit der Staatsregierung zu fördern.“

Ich kann aber diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringen, weil er verspätet eingegangen ist. Er ist erst heute eingegangen, während die Frist für die Einbringung derartiger Anträge nach Ihren Beschlüssen gestern mittag 12 Uhr abgelaufen ist. Es handelt sich hier um einen selbständigen Antrag, nicht etwa um einen Antrag auf Annahme einer Entschliebung im Sinne des § 19 Absatz 3 der Geschäftsordnung. Ein derartiger Entschliebungsantrag muß im Anschluß an die Verhandlungen über einen bestimmten Gegenstand zur Abstimmung gestellt werden. Dieser Antrag ist aber ein selbständiger Antrag und steht nicht in Verbindung mit einem Gegenstande unserer Tagesordnung. Ich kann also diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringen.

Ich schlage nunmehr vor, die Punkte 41, 42 und 43 heute noch zu erledigen und uns alsdann zu vertagen. Damit sind Sie einverstanden.

Ich rufe die Punkte 41, 42 und 43 auf. Berichterstatter zu allen drei Punkten ist Herr Abgeordneter Maus, dem ich das Wort erteile.

Abgeordneter Maus: Die Sachkommission I bittet, dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion betreffend Finanznot der Gemeinden und Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge unverändert zuzustimmen. Das gleiche beantragt die Sachkommission I zu dem Zentrumsantrage betreffend Uebernahme der Kosten für die Wohlfahrtsarbeitslosen auf Reich und Staat. Es sind dies beide Drucksachen 105 und 115. Der Sachausschuß I bittet, den Antrag der SPD-Fraktion, betreffend Forderung eines Reichszuschusses für die Reichsnappschaff Drucksache 112 dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kenner.

Abgeordneter Kenner: Die Anträge der Sozialdemokraten unter Drucksache 105 und des Zentrums unter Drucksache 115 sind — das muß hier offen gesagt werden — nichts anderes als eine Täuschung der Öffentlichkeit. Wenn man in den letzten Wochen das kommunale Leben verfolgt hat, dann kam immer und immer wieder eine Klage zum Durchbruch, nämlich die Klage, daß die kommunalen Finanzen in allererster Linie dadurch ruiniert würden, daß die Zahl der ausgesetzten Wohlfahrtsarbeitslosen einen Umfang angenommen habe, der einfach unerträglich geworden sei. (Richtig! links.) Hier fordern nun Sozialdemokraten und Zentrum, daß das Reich etwas tun solle. Die Sozialdemokraten fordern die Schaffung eines sogenannten Arbeitslosenfürsorgegesetzes (Zuruf von den Sozialdemokraten) neben der Arbeitslosenversicherung, ganz recht. Als wir vor zwei Jahren hier den Antrag einbrachten und vertraten, die Fürsorgepflichtverordnung zu beseitigen und in der Richtung zu ändern, daß das Reich die Fürsorgeleistung für alle Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu tragen habe, haben Sozialdemokraten und Zentrum diesen Antrag abgelehnt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Der heutige Antrag ist auch nichts anderes als ein Druckmittel gegen die Regierung. Heute steht Ihnen in den Gemeinden das Wasser am Hals, und Sie müssen nun so etwas unternehmen, schon um in der Gemeinde den Arbeitern gegenüber eine Argumentation dafür zu finden, daß die Wohlfahrtsleistungen insgesamt in wenigen Wochen dank der Anordnung des Herrn Severing abgebaut werden. Das ist der Geist dieses Antrages.

Meine Herren! Warum haben wir denn so viel ausgesteuerte Wohlfahrtsarbeitslose? Die fallen doch nicht vom Himmel herunter! Die sind die Folge der Verschlechterung der Arbeitslosenfürsorgegesetzgebung und die Folge der fast restlosen Beseitigung der Krisenfürsorge. Arbeitslosenversicherung und Krisenbestimmungen sind aber Gesetz geworden auch mit der Zustimmung der Sozialdemokraten und natürlich des Zentrums. Wir beklagen uns also hier im Provinziallandtag und in den Gemeinden über einen Zustand, der durch die Reichspolitik des Zentrums und der Sozialdemokraten hervorgerufen worden ist. (Ab-

geordneter Muhl: Sehr richtig!) Wenn man die Notlage der Kommunen hätte beseitigen wollen, so hätte man besser getan, diese Notlage erst nicht in die Erscheinung treten lassen. Dann hätte man bei der Schaffung der Arbeitslosenfürsorgegesetzgebung und bei den Abbaumaßnahmen der Brüning-Regierung, die die Sozialdemokraten mit ihrer Stellungnahme zum Brüning-Kabinetts am 1. Dezember 1930 gedeckt haben, dafür sorgen müssen, daß die Kommunen in die Lage versetzt werden, die ausgesteuerten Arbeitslosen und die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu unterstützen. Wir haben heute in Deutschland über 900 000 Wohlfahrtsarbeitslose. Der sozialdemokratische Antrag will dafür neben der Arbeitslosenfürsorge eine Reichsarbeitslosenfürsorge, die auf der Grundlage der Bedürftigkeit aufgebaut wird. Das sagen Sie ausdrücklich. (Abgeordneter Gerlach: Krisenfürsorge!) Sie machen sich außerdem in Ihrem Antrage zu eigen die Anregungen des Deutschen Städtetages und des Deutschen Landkreistages, zusammengefaßt in einem Referat des Herrn Mülert. Was sagt der Herr Mülert? Er sagt auch u. a., daß die heutige Regelung der Krisenfürsorgeunterstützung schlecht sei, daß sie nicht individuell genug eine Prüfung des einzelnen ermögli- che. Bei einer schärferen Prüfung der Bedürftigkeit der Krisenfürsorge-Unterstützungsempfänger könnte man 100 Millionen RM einsparen. Die Sozialdemokraten haben sich damit identifiziert; sie sind genau derselben Meinung. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Das ist doch genau das Gegenteil! — Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sie müssen nicht schwindeln, daß sich die Balken biegen!) — Nein, das ist in Ihrem Antrag enthalten. Das Schwindeln überlasse ich Ihnen. Ihre Politik ist ein fortgesetzter Schwindel an der deutschen Arbeiterklasse.

Vorsitzender Dr. Farres: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abgeordneter Kenner (fortfahrend): Nun ein Wort zu dem Antrage unserer Fraktion, das Reich möge etwas tun für die Reichsnappschaff. Es ist etwas getan worden für die Reichsnappschaff, Herr Gerlach, das haben Ihre Freunde zusammen mit den christlichen Gewerkschaftsführern getan. Sie haben nämlich im Sinne der Sanierung zuerst einmal die Leistungen der Knappschaff abgebaut, d. h. unter anderem das Kindergeld für alle Kinder mit Vollendung des 15. Lebensjahres beseitigt. Sie haben die Invalidenpensionen, gestaffelt nach dem eventuell vorhandenen Einkommen, abgedrosselt und haben damit 40 Prozent Invaliden, Witwen und Waisen getroffen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das stimmt ja gar nicht!) Wenn Sie das bestreiten wollen, dann lesen Sie (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sie reden ja von Dingen, von denen Sie nichts verstehen!) die Reden der Herren Stegerwald und Imbusch in Gelsenkirchen.

Warum besteht eine Notlage der Knappschaff? 300 000 Bergarbeiter sind seit 1923 abgebaut mit dem Erfolg, daß logischerweise die Einnahmen aus den Versicherungsbeiträgen sinken mußten. In der Zeit vom 1. Januar 1924 ab ist die Zahl der Versicherten von 727 000 auf 626 000 gesunken, also in sechs Jahren ein Abbau von 100 000 Leuten. Demgegenüber steht ein Ansteigen der Zahl der Leistungsempfänger in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis 1. Juli 1930 von 63 383 auf 170 000, also fast eine Verdreifachung. Der Zu-

stand ist heute so, daß im Gegensatz zu 1924, wo noch auf etwa 5,7 Versicherte ein Knappschafts-Invalidenpensionär entfiel, heute auf 2,2 Versicherte 1 Invalide entfällt. 2,2 versicherte Bergarbeiter müssen also mit ihren Beiträgen einen Knappschafts-Invalidenpensionär unterhalten. Man besehe sich dabei die ungeheuren Personalaufwendungen und die baulichen Verschwendungen, die gerade bei der Reichsknappschaft getrieben worden sind.

Meine Herren! Die Verschlechterungen bei der Ruhrknappschaft zu Lasten der Versicherten sind einstimmig beschlossen worden. Als wir vor wenigen Jahren die Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz bekamen, haben die Gewerkschaftsbonzen das als einen Erfolg für die Arbeiterklasse herausgestellt, daß der Vereinsvorstand der verschiedenen Zweige so zusammengesetzt ist, daß auf drei Fünftel Arbeitnehmer, wie es im Gesetz heißt, zwei Fünftel Arbeitgeber entfallen. Die drei Fünftel Arbeitnehmer und die zwei Fünftel Unternehmer haben diesen Beschluß auf Ausbau der Leistungen einstimmig gefaßt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Sie haben also hier eine Einstimmigkeit sowohl der Arbeitervertreter wie der Arbeiterausbeuter. (Unruhe links.)

Was nun die Behandlung der Frage eines Reichszuschusses angeht, so muß doch gesagt werden, daß, als die Kommunisten im Reichstage den Antrag stellten, der Reichsknappschaft einen Betrag von 100 Millionen RM zur Sanierung zur Verfügung zu stellen, damit es ihr möglich wäre, das Defizit von rund 80 Millionen RM aus der Welt zu schaffen, haben Sozialdemokraten und die übrigen bürgerlichen Parteien diesen kommunistischen Antrag abgelehnt. (Zuruf des Abgeordneten Hennes: Wo soll das Geld denn herkommen?) Woher das Geld kommen soll? Ich habe gestern mit dem Finger gezeigt, wo man das Geld hernehmen kann. Ich habe so gemacht. (Abgeordneter Renner macht die Bewegung des Aufhängens.) Ein Bechengewaltiger an der Ruhr aufgeknüpft, dann ist das Geld da; aber Ihre christliche Religion läßt das ja nicht zu.

Noch etwas zu der Knappschaftsgeschichte. Es muß auch noch gesagt werden, daß seit dem Jahre 1928, beginnend mit der Müller-Regierung, Jahr um Jahr die Zuschüsse des Reiches aus gewissen Einnahmen, z. B. aus der Lohnsteuer, die noch im Jahre 1928 50,4 Millionen betragen haben, bis auf einen minimalen Betrag abgebaut worden sind. So haben wir auch da eine Notlage, die seitens der Unternehmerknechte in den Gewerkschaften dadurch pariert wird, daß man die Leistungen abdröckelt und die in erster Linie durch die Rationalisierung im Bergbau verursacht ist, durch den Wegfall des Reichszuschusses, den die Brüning-Regierung mit Unterstützung der Sozialdemokraten vorgenommen hat.

Vorsitzender Dr. F a r r e s: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Görlinger.

Abgeordneter G ö r l i n g e r: Meine Damen und Herren! Ich habe im Auftrage meiner Freunde kurz unseren Antrag zu begründen, der sich mit der Notlage der Gemeinden befaßt und mit der Notwendigkeit, daß auch der Provinziallandtag seine Stimme erhebt und bei Reich und Staat dafür eintritt, daß die Gemeinden eine Entlastung erfahren, die sie in die

Möglichkeit versetzt, ihre Aufgaben, die ihnen bis dahin gestellt waren, wirklich zu erfüllen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr gut!) Wir haben darauf hingewiesen, daß im Verlaufe der Wirtschaftskrise die sozialen Lasten in steigendem Maße auf die Gemeinden und Gemeindeverbände abgewälzt worden sind, wobei das Reich immer wieder, um seinen Haushaltsplan in Ordnung zu halten, sich darauf beschränkte, eine bestimmte Summe zur Verfügung zu stellen und alles andere den Gemeinden überließ, ohne jemals daran zu denken, den Gemeinden etwas zur Verfügung zu stellen. Umgekehrt ist man den Weg gegangen und hat den Gemeinden Einnahmequellen, die sie bisher zur Verfügung hatten, durch die Steuernotverordnung abgesperrt. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Ich denke an die Realsteuern, die auch für uns in den Gemeinden keine sehr sympathischen Steuern waren. Niemand von uns sieht in den Realsteuern eine Einnahmequelle, die für die Gemeinden vorbildlich ist; aber die an ihre Stelle getretenen Einnahmequellen, Bürgersteuer, Gemeindegetränksteuer und Biersteuer, sind sicher auch für die Totalität der Bürger kein besserer Ersatz gewesen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, daß gerade die Herren Mittelständler, die mit die Väter des Gedankens der Bürgersteuer waren, in diesem Jahr ihr blaues Wunder erleben werden, indem sie feststellen müssen, daß die große Zahl der Gewerbetreibenden, die bisher pro Jahr mit 6, 8 und 10 RM Gewerbesteuer belastet waren — und zwar war das die große Gruppe von Zehntausenden —, in Zukunft um 10 Prozent, um 80 Rpfr., 1 RM und 2 RM entlastet werden, dafür dann das Vielfache an Bürgersteuer zu zahlen haben. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört! — Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Dann kommen sie wenigstens zum Steuerzahlen!) Sie werden dann feststellen müssen, daß ihre Führer sehr schlecht waren. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Das ist eine Erfahrung, die sie machen werden. Ich hoffe, daß Sie die Nutzenanwendung daraus ziehen.

Wenn wir das so scharf herausgestellt haben, und zwar in Verbindung mit der Provinz, so nicht, um eine Täuschung der Öffentlichkeit vorzunehmen, wie Herr Abgeordneter Renner es hier gesagt hat, sondern um alle Mittel, die verfügbar sind, an politischer Willensbildung anzuwenden, daß eben Reich und Staat sich der Verantwortlichkeit bewußt werden. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Ich kann darauf hinweisen, daß auch die kommunistische Fraktion im Reichstag inhaltlich genau demselben Antrage mit zur Annahme verholten hat, der auch angenommen worden ist, den sie hier als Täuschung der Öffentlichkeit bezeichnet. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wie es trifft!) Das ist eine Tatsache, die gar nicht abzuleugnen ist; denn auch Sie (zu den Kommunisten) haben von der Reichsregierung in der angenommenen Entschliefung gefordert, eine Reichsarbeitslosenfürsorge zur Entlastung der Gemeinden zu schaffen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Man muß politisch etwas schlauer sein!) Wir sind der Auffassung, daß die Länder durchaus in der Lage sind, und auch mit herangezogen werden müssen, sich an den Kosten zu beteiligen, die für die Erwerbslosenfürsorge aufgebracht werden müssen, die heute den Gemeinden zur Last

liegt. Wenn wir auf die Vorschläge des Deutschen Städtetages und des Landkreistages Bezug genommen haben, so darf ich auch da bemerken, daß wir mit der Auffassung einig gehen, wie sie im Reichstage von unserer Fraktion vertreten worden ist, daß Reich und Länder stärker beteiligt werden sollen, nicht aber in der Form, in der sie aufgezo-gen werden soll. Während der Städtetag im Gegensatz zum Landkreistag der Auffassung ist, daß bei den Gemeinden diese Fürsorge zusammengefaßt werden soll, war unsere Reichstagsfraktion und die Kommunisten mit der Auffassung, daß eine Reichsarbeitslosenfürsorge geschaffen werden soll, die nicht bei der Gemeinde liegt. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Das ist unser alter Antrag!) Sie soll sich nur der Kontrolle der Gemeindeorgane bedienen. Es wäre gar nicht schwer gewesen, Herr Renner, das festzustellen; aber dann hätten Sie keine Möglichkeit gehabt, in dieser demagogischen Weise Ihre Ausführungen zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, heute besteht eigentlich ohne Unterschied der Partei von ganz rechts bis ganz links keine Meinungsverschiedenheit mehr über die Notwendigkeit der Hilfe von Reich und Staat. Wir bitten auch die übrigen Fraktionen des Hauses, nicht nur unseren Antrag anzunehmen und auch dem des Zentrums zuzustimmen, der ja weniger scharf formuliert ist, sondern auch Ihrerseits alle politischen Machtmittel, die Sie haben, anzuwenden. Da muß ich leider sagen, daß bisher festgestellt werden mußte, daß fast nur die Sozialdemokratie im Reichstag und im Preussischen Landtag Freunde der Gemeinden waren. (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr!) Das ist eine bedauerliche politische Tatsache, daß wir uns im Deutschen Städtetag zusammenfinden von rechts bis links, Vertreter aller politischen Parteien, die kommunalpolitisch tätig sind, daß aber diese Gruppen keinerlei Einfluß haben auf die politischen Vertreter in der Reichsregierung, auf die politischen Vertreter im Reichstag und im Landtag. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Während in der Auffassung der Sozialdemokratie, die wir im Städtetag und in den Parlamenten vertreten, keinerlei Differenzen bestehen, ist das leider vor allen Dingen bei den bürgerlichen Parteien in stärkstem Maße festzustellen. Es konnte passieren, daß unserm Herrn Vorsitzenden, der in Frankfurt a. Main über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden gesprochen hat, der von uns im Gemeindevorstand des Preussischen Landtages zitiert wurde, dort von seinen Freunden erklärt wurde: Das ist der Oberbürgermeister Jarres. Dort differenziert man also sehr stark zwischen dem Politiker und dem Oberbürgermeister. Was dort an sich symptomatisch in die Erscheinung trat, gilt auch für die übrigen politischen Parteien. Ich kann betonen, daß es notwendig ist, daß Sie dafür Sorge tragen, daß die Erkenntnis dort Platz greift, wo politisch gehandelt wird und wo zugleich die Entscheidung fallen wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zimmer (Mörs).

Abgeordneter Zimmer (Mörs): Herr Abgeordneter Renner hat sich hier von dieser Stelle aus wieder nach dem Grundsatz betätigt: Wer schimpft hat

unrecht und eines Mannes Rede ist keine Rede. Mein Freund Gerlach hat Ihnen (zum Abgeordneten Renner) bereits dazwischen gerufen, daß Sie von der Materie, d. h. von dem Knappschaftswesen, sehr wenig Ahnung haben. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Herr Gerlach hat schon öfter davon geredet!) Nein, nein, nicht Herr Gerlach. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Eine nette Abwehr, wenn man sagt: Der andere ist der Idiot!) Sie machen den sogenannten Gewerkschaftsbözen zum Vorwurf, daß sie Verrätereien begangen haben, einseitlich mit den Unternehmern. Ich dürfte Ihnen ein Beispiel sagen. Es stimmt nicht, habe ich gerufen, es sind keine 40 Prozent Leistungen abgebaut. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Das habe ich nicht gesagt!) In Ihrem Antrage heißt es: 40 Prozent der Leistungsempfänger, Pensionäre, Witwen und Kinder. Oder leugnen Sie das? (Zuruf des Abgeordneten Renner: Lesen Sie den Antrag richtig und lesen Sie nichts Sozialdemokratisches heraus!) — Sozialdemokratisches? Das ist auch eine Wissenschaft? Das mußte ich nicht. (Zuruf des Abgeordneten Renner.) Herr Renner, meine Zeit ist kurz. Der Herr Vorsitzende wird mir nicht gestatten, daß ich mit Ihnen einen kleinen Disput über das Ziel hinaus machen kann. Das ist nicht zulässig. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Sie können ja ins Weiße Haus nach Mörs gehen!)

Die Vereinbarungen, die zwischen den Unternehmern und den Arbeitnehmern abgeschlossen wurden, lagen auf der Grundlage des absolut Notwendigen. Ich will das an einem Beispiel der Praxis erläutern. Nach dem Gesetz war es möglich, daß ein Bergarbeiter, der Invalide war, noch Arbeiten verrichten konnte. Es waren Fälle, in denen dieser Mann bis 140 RM Rente erhielt — ich kenne einen Fall, in dem ein Mann 160 RM mit Kindergeld erhielt — und daß er als Bergarbeiter auf der Zeche beschäftigt war. Der Bergarbeiter, der Invalide war und von der Knappschaftskasse unterhalten wurde, verdiente 150 RM mehr als der andere, der schwer in der Grube arbeiten mußte. (Hört, hört! links.) Diese Ausnahmefälle sind nicht vereinzelt, wir haben eine ganze Reihe.

Nun, Herr Renner, Ihre Fraktion ist ja erst durch den Sprecher der Zentrumsfraktion — Herr Dr. Boden hat ja in seiner Etatsrede die Lage der Knappschaft geschildert — zu dem Antrage gekommen. Sie schreien ja gewöhnlich über die Subventionen. In Ihrem Antrage sprechen Sie aber von einer Sanierung der Knappschaft. Das ist auch nichts anderes als eine Subvention. Woher das Geld kommen soll, haben Sie aber auch nicht gezeigt. Sie sagen u. a., an der Ruhr seien 300 000 Bergarbeiter abgebaut. Das stimmt ja auch nicht. Die Ruhr hat 100—120 000 abgebaut. (Zurufe von den Kommunisten.) Ja, ja, an der Ruhr waren wir 456 000 Bergarbeiter und sind noch weit über 300 000. Das stimmt schon, was ich sage. Also ich bitte Sie, meine Herren, bevor Sie sich auf das Podium stellen, in die Materie hinauszusteigen und nach dem Rechten zu sehen. Der Leistungsabbau wird bei der Mehrzahl der Kameraden und Versicherten, die noch in Arbeit und nicht in Arbeit stehen, wohl beherzigt. Sie verstehen, in welche unglückliche Lage die Knappschaften hineingekommen sind, nicht durch unsere Schuld. Ich weiß durch praktische Erfahrungen, daß einmal der Beharrungszustand kommen mußte. (Zuruf